Nr. 143 Halle (Saale), Dienstag den 23. Juni 1914 25. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,65 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Barr 42/43. Fernsprecher 888 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die Gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textteil die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Barr 42/43. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Molochs Selbstanklage.

Der Militarismus hat schon viele Ankläger gefunden und darunter sehr scharfe, aber noch niemand hat ihn so hart angefaßt, wie der Kriegsminister von Falkenhayn mit den Strafanträgen, die er gegen die Kritiker der Soldatenmißhandlungen gerichtet hat.

Gegen die Kritiker nicht einmal, sondern nur gegen diejenigen Nutznießer der deutschen Preßfreiheit, die die Soldatenmißhandlungen als eine Erscheinung erwähnt haben, die im deutschen Heere „an der Tagesordnung" sei. Diese Bemerkung soll nach Ansicht des preußischen Kriegsministers eine „Beleidigung des deutschen Offizierkorps" enthalten, denn es wäre dabei unterstellt, daß die Offiziere nicht mit der genügenden Energie und Schärfe gegen die Mißhandlungen der Soldaten einschritten.

Ueber diese halsbrecherische Logik an sich brauchen nicht viele Worte verloren zu werden. Wenn man die notorische Tatsache erwähnt, daß die Prostitution und das Zuhältertum in Berlin an der Tages- oder auch Nachtordnung seien, so wird nächstens Herr v. Jagow wegen Beleidigung der Berliner Polizei klagen, weil diese nicht mit dem nötigen Eifer gegen die Prostitution und das Zuhältertum einschreite. Man gehört die Logik gewiß nicht zu den hervorragenden Eigenschaften eines forschen Kriegsmanns, aber in dem Falle der Soldatenmißhandlungen liegt die Sache doch noch ganz besonders. Um die Strafanträge des Herrn v. Falkenhayn zu verstehen, muß man sein Bekenntnis mit heranziehen, daß ihm die ganze Kultur gestohlen werden könne, in welchen heroischen Verzicht er die moderne Arbeiterbewegung als die größte Kulturerscheinung der Weltgeschichte mit einbegreifen mag.

Denn sonst müßte er doch wissen, daß die sozialdemokratische Agitation zwar eine unerbittliche Gegnerin des Militarismus ist, aber daß sie ihn deshalb nie für so dumm gehalten hat, um an den Soldatenmißhandlungen seine Freude zu haben. Seit einem Menschenalter und länger ist in sozialdemokratischen Reden, Schriften, Zeitungen immer wieder gesagt worden: Wir glauben gern, daß die Heeresverwaltung alles Mögliche tut, um die Soldatenmißhandlungen auszurotten; wir glauben gern, daß sie es einen Schandfleck des „herrlichen Kriegsheeres" empfindet, wenn aus seinem Schoße immer wieder so erbärmliche und feige Schufte auftauchen, wie mißhandelnde Vorgesetzte sind. Aber so lange das „Volk in Waffen" nicht mehr als eine täuschende Redensart ist, und so lange das deutsche Heer sich nicht von der Organisation jener Söldnerheere frei zu machen weiß, deren Seele die Disziplin der Entnervung war, so lange werden die Soldatenmißhandlungen sich als unausrottbar erweisen.

Das altpreußische Heer, das Heer des alten Fritz, wurde zusammengehalten durch den Kitt der Soldatenmißhandlungen. Es bestand zur größeren Hälfte aus geworbenen, d. h. durch eine Hand voll Geld und einen Sack voll trügerischer Versprechungen herangelockten Ausländern, zur kleineren Hälfte aus gewaltsam gepreßten Inländern. Nach Art der „großen Männer" oder wie die hohenzollernschen Historiker sagen, „mit der Naivität des Genius", verachtete Friedrich alle moralischen Einwirkungen auf die „Kerls": der Stock sollte sie zusammenhalten und hielt sie zusammen. „Respekt vor dem Stock" war das Zaubermittel der Disziplin, das der König seinen Generalen nicht oft und nicht scharf genug einzuprägen wußte.

Nirgends auf der weiten Welt wurde so viel geprügelt, wie im preußischen Heere, auch noch zur Zeit, wo in den Söldnerheeren kultivierterer Staaten dies Mittel der Disziplin längst als insam galt. Als die französische Heeresverwaltung, geblendet durch die scheinbaren Erfolge des preußischen Despoten, die Prügelstrafe in ihr Heer einführen wollte, scheiterte sie kläglich; mit Recht sagte der alte Ziegler einmal im Reichstage: „Es gehört zu den schönsten Seiten in der Geschichte des französischen Volks, daß der Unteroffizier, der im ersten Falle diese Prügel austeilen mußte, sofort das Gewehr ergriff und sich als Geschändeter vor der Front erschoß." Was bei der preußischen Prügelmethode wirklich herauskam, zeigte sich bei Jena und Auerstädt.

Aber auch nach diesem furchtbaren Zusammenbruch war der Stock noch nicht endgültig aus dem preußischen Heere verabschiedet. Selbst der Freiherr v. Stein hielt an der Prügelstrafe fest. Es war das Verdienst Scharnhorsts und Gneisenaus, daß sie offiziell abgeschafft wurde. Scharnhorst wandte gegen Stein ein: „Kein Soldat ist so erbärmlich geweitscht wie der preußische, und keine Armee hat weniger geleistet", und Gneisenau schrieb seine berühmte Abhandlung über die „Freiheit der Rücken". Jedoch selbst diese Männer, so frei sie von junkerlichen Vorurteilen waren, konnten sich den ehernen Konsequenzen der Dinge selbst nicht entziehen; da sie ihre Heeresreformen gegen den halsstarrigen Willen des Königs und der Junker nur in schwächlicher Weise durchführen und dem alten Söldnerheere keinen gründlichen Kehraus tanzen konnten, so mußten sie am letzten Ende auch nach dessen Pfeife tanzen, und Gneisenau hat im Herbste 1813 über die schlesische Landwehr ebenso barbarische Strafen verhängt, als wären die Helden von Jena noch am Ruder gewesen.

Nach dem Siege über Napoleon wurden die paar militärischen Reformer alsbald zum Teufel gejagt, und König- wie Junkertum setzten ihre ganze Kraft daran, alle volkstümlichen Elemente aus der Heeresverfassung zu entfernen und diese in ihren vorjenaischen Stand zurück zu führen. Es galt nunmehr wieder die Disziplin der Entnervung bis in ihre letzten Konsequenzen durchzuführen, den Soldaten wehr- und willenlos gegenüber seinen Vorgesetzten zu machen, den Ungehorsam selbst gegen wahnsinnige Befehlshaber mit lebenslänglichem Zuchthause zu strafen, das Schießen auf Vater und Mutter je nach dem Befehle des Kriegsherrn als ehrenvolle Soldatenpflicht zu erklären. Freilich so ungeniert, wie in den Tagen vor Jena, ließen sich diese Zustände nicht wiederherstellen, zumal da doch auch die holde Mär vom „Volke in Waffen" aufrecht erhalten werden muß. So wagte man den Stock nicht wieder in seine altpreußische Herrlichkeit einzusetzen, aber da alle Voraussetzungen dieser Herrlichkeit von neuem gegeben waren, so fand sich der unheimliche Gast auch umgehoben ein.

Aus dieser Sachlage zieht nun der preußische Kriegsminister seine sonderbaren Schlußfolgerungen. Will er der Sozialdemokratie beweisen, daß die Heeresverwaltung nach Kräften die Soldatenmißhandlungen auszurotten sucht, so rennt er offene Türen ein; die Sozialdemokratie ist überzeugt, daß der heutige Militarismus gern diese Frucht los wäre, an der sein abschreckendes Wesen am ehesten erkannt werden kann und hat nie etwas anderes behauptet.

Will Herr v. Falkenhayn aber nur der patriotischen Welt beweisen, daß er und seine Offiziere die äußerste Kraft daran setzen, die Soldatenmißhandlungen auszurotten, ohne daß sie doch trotz ihrer schrankenlosen Machtvollkommenheit ihr anerkennenswertes Ziel erreichen, so kann der Militarismus sich selber nicht wirksamer anklagen.

•

Das herrliche Soldatenleben.

Wieder eine Soldatentragödie. Wieder hat sich ein Vorfall, ein Soldatenselbstmord ereignet, der der ernstesten und gründlichsten Untersuchung bedarf. Der Arbeiter Friedrich Weber in Schwerte (Kreis Hörde) hatte einen Sohn, der im 3. Bataillon des 3. Oberelsässischen Infanterieregiments 172 in Neubreisach diente. Zu Pfingsten war der junge Mann noch acht Tage bei seinen Eltern auf Urlaub gewesen. Vor einigen Tagen erhielt nun die Familie ein Telegramm, daß der junge Mann plötzlich gestorben sei. Nach weiteren Informationen hieß es, er sei auf Posten erschossen worden. Inzwischen ist aber bei den Eltern folgendes Schreiben eingegangen:

„3. Oberelsässisches Inf.-Regt. Nr. 172.
3. Bataillon. J.-Nr. 1109.

Neubreisach, den 16. 6. 1914.

Herrn Friedrich Weber, Schwerte, Kreis Hörde,
Fleitmannstraße 5.

Unter Bezugnahme auf das Telegramm von heute morgen teilt Ihnen das Bataillon mit, daß sich Ihr Sohn, der Musketier Weber 12/172 heute nacht als Posten am Pontonschuppen — Wache Fort Mortier — erschossen hat. Der Grund zu der Tat ist hier nicht bekannt. Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

J. A. d. B. K. Leuchfeld, Major."

Also Selbstmord! Aber was mag den jungen Mann in den Tod getrieben haben? Hoffentlich wird das restlos klargestellt. Ein Brief, den der Soldat kurz nach seinem Urlaub an seine Eltern richtete, ist vielleicht für die Aufklärung nicht ganz belanglos. In diesem Briefe heißt es nämlich u. a.:

„. . . Von unserer Stube ist einer ausgerückt, der hatte vom 21. Mai bis 3. Juni (Urlaub), ist aber noch nicht hier. Gestern hat er seinen Anzug gesandt. Von der 10. Kompagnie sind zwei weg, ein Gefreiter und ein Rekrut. Darum gibt es hier aber noch mehr schlief (?). Der von unserer Stube ist in Brüssel, den werden sie wohl nicht mehr bekommen. . ."

Es wäre nur festzustellen, ob die Leute, wie in dem Briefe mitgeteilt, wirklich ausgerückt sind. Sollte es sich bewahrheiten, dann wäre die Tatsache doch sehr bedenklich, und es wäre nachzuforschen, wo die Gründe dafür liegen und ob vielleicht dieselben Gründe den jungen Soldaten Weber veranlaßten, sich selbst den Tod zu geben.

*

Noch ein Kasernenbild.

Vor dem Kriegsgericht der dritten Division in Stettin hatte sich der Unteroffizier Ebeling von der 1. Eskadron des Pasewalker Kürassierregiments Nr. 2 wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten. Am Himmelfahrtstage war ein Kürassier nicht pünktlich zum Dienst erschienen. Der Unteroffizier fand ihn in der Mannschaftsstube und versetzte ihm hier einige Ohrfeigen und mehrere Schläge mit dem Schemel. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu sieben Tagen Mittelarrest.

Vor dem gleichen Gericht hatte sich ein Kanonier vom Artillerieregiment Nr. 38 zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, dem Befehle des Wachthabenden nicht nachgekommen zu sein, den Vorgesetzten beleidigt, ihn belogen und Kameraden zum Ungehorsam aufgefordert zu haben. Alles Delikte, die sich furchtbar anhören, in Wirklichkeit aber ganz harmloser Natur sind. Und das Urteil? Drei Monate Gefängnis.

Der albanische Wirrwarr.

Als „ruhender Pol" in den täglich anders lautenden Meldungen bleibt nur unverrückbar die Tatsache bestehen, daß es in dem albanischen Hexenkessel noch mit unveränderter Heftigkeit weiter gärt und brodelt. Daran ändert auch der Umstand wenig, daß man mit den Rebellen eine Art Waffenstillstand abgeschlossen hat und wieder einmal mit ihnen in „Unterhandlungen" getreten ist. Der Fürst hat aber gleich wieder neuen Mut geschöpft und hofft, daß ihn „seine geliebten Albaner" doch noch im Lande behalten. In dieser trügerischen Hoffnung wurde er weiter bestärkt durch die Meldung, daß Prenk Bibdoda mit 2000 Mann in Eilmärschen auf Durazzo heranrücke und bereits 4 Kilometer von der Hauptstadt entfernt sei. Er beabsichtige die Rebellen bei Schiak anzugreifen. Der Albanischen Korrespondenz zufolge fordert Prenk Bibdoda durch Parlamentäre die Aufständischen auf, die Waffen niederzulegen und sich zu unterwerfen. Die dürften indessen solchen Wünschen kaum geneigt sein, und wenn sie sich scheinbar zu Verhandlungen herbeigelassen haben, so ist es noch sehr fraglich, ob das nicht mehr eine Kriegslist ist als die „ehrliche Absicht", die Herrschaft Wilhelms I. anzuerkennen. Indes: so oder so: des Fürsten Tage in Albanien sind gezählt!

•

Die Verhandlungen mit den Aufständischen.

Durazzo, 20. Juni. Nachmittags fand eine Versammlung der hiesigen mohammedanischen Bevölkerung statt, worauf eine Deputation von vier Hodschas in das Rebellenlager nach Schiak fuhr, um namens der mohammedanischen Stadtbevölkerung von Durazza die Aufständischen zur Unterwerfung und zum Niederlegen der Waffen zu bewegen. Zwei Hodschas kehrten abends zurück und überbrachten die Antwort der Rebellen, daß diese bereit seien dem Fürsten anzuerkennen, (?) jedoch um einen zweitägigen Waffenstillstand bäten. Die Hodschas wurden beauftragt, den Rebellen die Bewilligung des Waffenstillstandes zuzusagen unter der Bedingung, daß sowohl für den Fall des Bruches des Waffenstillstandes, als auch für den Fall eines abermaligen Vorrückens und eventuellen Angriffs auf die fürstentreuen Hilfskräfte von den Rebellen Geiseln gestellt werden.

Durazzo, 20. Juni. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Wie verlautet, sollen die Aufständischen bereit sein, Frieden zu schließen, sie verlangen jedoch Belassung der Waffen und volle Amnestie und verweigern die Stellung von Geiseln. An ihrem Standpunkte dürfte ein etwaiger Versöhnungsversuch abermals scheitern. Bei den Verhandlungen mit den Unterhändlern, welche in vollem Einverständnis mit der Regierung im Namen der Stadt über den Frieden verhandeln sollten, verlangten die Aufständischen Befreiung vom Militärdienst und den Steuern, sowie die Annahme anderer geringfügigerer Forderungen, die sie schon gestellt hätten. Außerdem verlangten sie einen dreitägigen Waffenstillstand. Da die Regierung auf die Forderung des dreitägigen Waffenstillstandes nicht eingehen zu können erklärte, wurde schließlich vereinbart, daß, wenn bis Sonntag (gestern) nachmittag 5 Uhr 30 Minuten keine Antwort erteilt werde, sämtliche Verhandlungen abgebrochen sein sollten. Eine Entscheidung hat die albanesische Regierung bisher nicht getroffen.

Eine Verschwörung in Durazzo.

Durazzo, 20. Juni. Heute morgen versuchte eine Angahl in der Stadt befindliche Anhänger der Rebellen durch Abgeben von zahlreichen Schüssen unter der Bevölkerung eine Panik hervorzurufen. Von den Verteidigern der Stadt wurde aber sofort gegen die Unruhestifter vorgegangen und das Gewehrfeuer zum Schweigen gebracht. Um weiteren, ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen, wurde eine aus 120 Mann bestehende Schutzwache gebildet, die einen strengen Ueberwachungsdienst über die Häuser eingeführt hat, in denen verdächtige Personen wohnen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter die des muselmanischen Großkaufmanns Hakki Suleiman.

Die italienisch-österreichischen Unstimmigkeiten.

Paris, 20. Juni. Eine Sonderdepesche des Journals aus Durazzo meldet: Die Reibungen zwischen Oesterreichern und Italienern arten mittlerweile in Streitigkeiten aus. Die Oesterreicher und Italiener bedrohen sich gegenseitig und die unglaublichsten Anschuldigungen werden in die Welt gesetzt. Besonders die Oesterreicher zeigen sich angriffslustig. Die österreichischen Offiziere in Zivilkleidung und österreichische Agenten benehmen sich, als ob sie sich in einer eroberten Stadt befinden. Außerdem tun die albanischen Gendarmen unter dem Vorwand, die Hospitäler und Gesandtschaften zu schützen, was sie wollen. Der Fürst ist absolut in ihrer Gewalt. Die Minister sind ihre Gefangene und die holländischen Offiziere ihre Helfer.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 22. Juni 1914.

Polizeiangst im liberalen Musterländle.

Der Protestversammlung gegen das Frankfurter Urteil, welche am 7. März in Freiburg i. B. stattfand, und in der Genossin Rosa Luxemburg sprach, ist folgender Briefwechsel zwischen der Freiburger Polizeibehörde und dem badischen Ministerium des Innern vorausgegangen, welchen der bekannte günstige Wind der Freiburger Volkswacht auf den Tisch geweht hat:

„Schreiben des Großherzogl. Bezirksamts in Freiburg.

An den Großh. Minister des Innern:

Wir beabsichtigen, im Hinblick auf die Person der Rednerin die Versammlung überwachen zu lassen, würden es aber auch für zweckmäßig halten, die Rede stenographisch aufnehmen zu lassen. Da unserer Ansicht nach nun ein ganz gewandter Stenograph verwendet werden sollte,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140623-10/fragment/page=0001

ein solcher uns aber unter unseren Beamten nicht zur Verfügung steht, so bitten wir gezieuend um die Erlaubnis, einen Stenographen für die erwähnte Versammlung bestellen zu dürfen."

„Schreiben des Großh. Bad. Ministeriums des Innern vom 4. März.

An das Großh. Bezirksamt in Freiburg:

Die beantragte Ermächtigung wird erteilt. Die Kostenrechnung ist zur Zahlungsanweisung hierher vorzulegen.

gez. Bodman."

Die engagierten Privat-Stenographen verlangten die Stunde den Satz von 20 Mk., der ihnen auch bezahlt wurde. Aber die Fürsorge der Polizei ging noch weiter, wie der Bericht des Leiters der Freiburger Polizei beweist:

„Bericht des Bezirksamtmanns Freiherrn v. Dusch:

Uniformierte Polizeibeamte wurden in den Saal nicht mitgenommen, dagegen zwei Fahnder in Zivil, von denen der eine im Saal nahe dem Ausgang zur Wirtschaft saß. Dieser hatte die Aufgabe, nötigenfalls durch das Wirtschaftstelephon die Hauptwache zu avertieren (in Kenntnis setzen. Red.). Der zweite Fahnder saß hinten im Saal am Haupteingang, er sollte, wenn die Versammlung einer etwaigen Auflösungsanordnung nicht Folge leistet, den Chargierten und Schutzmann (in Uniform) die vor der Hauptballe standen, avertieren, damit diese sich sofort durch den Seiteneingang (Hausmeisterwohnung) zur Verfügung des Polizeirespitienten begeben.

Sodann sollte der Fahnder auf seinem Rad, das er draußen vor der Stadthalle stehen hatte, nach der Hauptwache fahren, um diese zu avertieren, für den Fall, daß die Benachrichtigung durch das Telephon nicht funktioniert. Auf der Hauptwache waren 20 Mann unter dem ersten Polizeikommissar versammelt."

Es war also alles vorbereitet, damit das liberale Musterländle nicht von der — Revolution überrascht wurde. Aber ganz umsonst war diese Fürsorge nicht, denn der Prozeß, der am 29. Juni in Berlin verhandelt wird, stützt sich auf die Rede, die Genossin Luxemburg in Freiburg gehalten hat.

Junker und Volksinteressen.

Die Handelskammer Schweidnitz reißt in ihrem Bericht für das Jahr 1913 den Junkern die patriotische Maske schonungslos vom Gesicht, indem sie schreibt:

„Ein großer Teil des schönsten Getreides der Ernte aus 1912 wurde zu Beginn des Jahres 1913 nach dem Auslande verkauft, und zwar der Weizen nach Frankreich und Italien und der Roggen nach Rußland. . . ."

Und an anderer Stelle heißt es:

„Hierzu trat der leidige Umstand, daß die halbwegs brauchbaren besseren Qualitäten zur Ausfuhr verkauft wurden, so daß tatsächlich im Herbst 1913 fast nur minderwertiges Getreide für den Verbrauch im Handelskammerbezirk zurücklieb. Daß aus solchem Getreide kein schönes Mehl hergestellt werden konnte und kann, ist selbstverständlich, und deshalb hörten und hören die Klagen der Bäcker über das Gebäck natürlich nicht auf. . . "

Die Schlußbemerkung lautet:

„Die Ausfuhr des guten Getreides wird seitens des Auslandes, im besonderen anscheinend durch Frankreich, zur Kriegsproviantierung verwandt, denn es ist doch überraschend, daß gerade zu einer Zeit, in der die allgemeine Marktlage kriegerische Ereignisse in den Bereich der Möglichkeit rückte, eine Ausfuhr deutschen Getreides nach Frankreich stattfand, wie sie früher nie bestanden hat. Man vergleiche die Zahl von 1909, in welchem Jahre keinerlei politische Spannung bestand, gegen 1913, in dem die Balkanwirren beunruhigend wirkten. Im Jahre 1909 wurde nach Frankreich ausgeführt: Hafer 50 Doppelzentner, Roggen 129 Doppelzentner, Weizen 9320 Doppelzentner; im ersten Halbjahr 1913 dagegen 715 120 Doppelzentner Hafer, 275 560 Doppelzentner Roggen, 1 186 270 Doppelzentner Weizen. Das gibt zur eingehendsten Beachtung wohl Veranlassung."

Mit diesen Feststellungen wird den Agrariern im offiziellen Bericht der Handelskammer Schweidnitz ein Verdammungsurteil gesprochen, wie es nicht schärfer sein kann. So sehen die patriotischen Agrarier aus. Den „Erbfeinden" verkaufen sie das gute Getreide und ihren Landsleuten lassen sie allergnädigst den übrigbleibenden Schund ab. Man wird sich diese Feststellungen für die Zolltarifverhandlungen und für die Wahlkämpfe merken müssen.

Junkerlicher Wahl-Terrorismus in Ostelbien.

Ein Wahl-Idyll aus Labiau-Wehlau.

Der Wahlkampf in Labiau-Wehlau fängt gut an. Donnerstag nachmittag begab sich ein Königsberger Genosse zum Gemeindevorsteher Preuß in Peterswalde, um die Wählerlisten abzuschreiben. Als der Herr Gemeindevorsteher, ein großer starker Mann, hörte, was unser Genosse wollte, ging er fort und schimpfte. Der Genosse schritt hinter ihm her und fragte ihn, ob er bald zurückkehre. Darauf erhielt er zur Antwort: „Hund, halt die Schnauze! Oder ich haue dir in die Fresse, daß dich der Teufel holt!!" Unser Genosse verlor die Ruhe nicht, sondern sagte: Was fällt Ihnen denn ein! Es ist mein gutes Recht, daß ich mich an Sie wende und die Wählerliste abschreibe. Jetzt bekam der Gemeindevorsteher, der zweifellos eine Zierde der konservativen Partei ist, einen förmlichen Wutanfall. Er schimpfte und schlug nach dem Genossen! Inzwischen waren beide auf der Landstraße angelangt, und in Gegenwart der Nachbarschaft tobte der Gemeindevorsteher weiter und wieder hieß es: Halt die Schnauze, oder ich schlag dich, daß dich der Teufel holt!

Jetzt ging der Genosse zum Gendarmerie-Wachtmeister und dieser wunderte sich, daß Preuß nicht wisse, daß die Listen für jedermann auszuliegen hätten. Denn es wäre doch noch kurz vorher eine Verfügung des Landrats erschienen, die darauf hingewiesen hätte. Zusammen mit dem Wachtmeister begab sich der Genosse zum Gemeindevorsteher. Zweimal versuchten sie, Einsicht in die Listen zu nehmen, doch einen Erfolg erzielten sie nicht. Um 6 Uhr abends sagte man, der Gemeindevorsteher sei beim Einfahren des Heues! Und um 7½ Uhr hieß es, der Herr Vorsteher lade das Heu ab! So wurde es der Sozialdemokratie unmöglich gemacht, die Listen abzuschreiben. Selbstverständlich wird mit dem Gemeindevorsteher Preuß noch ein recht deutliches Wort geredet werden.

*

Die Kehrseite zu der vorstehend geschilderten amtlichen Wahlrechtsbeschränkung zeigt die Wehlauer Zeitung; sie teilt mit, daß der konservative Kreisverein Wehlau an eine große Menge Wähler, besonders an Beamte und Geschäftsleute, ein Schreiben folgenden Inhalts richtete:

„Hierdurch bitte ich Sie höflichst, gestatten zu wollen, daß Ihr Name unter den demnächst zu veröffentlichenden Wahlaufruf gesetzt wird. Sofern Sie nicht umgehend ablehnen, werde ich annehmen, daß Sie mit der Verwendung Ihres Namens im obigen Sinne einverstanden sind.

Hochachtungsvoll Der Vorsitzende: Voigt."

Natürlich werden wenige der abhängigen Adressaten den Mut haben, das Ansinnen zurückzuweisen.

Erzberger in der „Opposition".

In einer soeben im Verlage der Germania (Berlin) erschienenen Broschüre: Die Zentrumspolitik im Reichstage (Reichstagssession vom 25. November 1913 bis 20. Mai 1914) befaßt sich Herr Matthias Erzberger in bemerkenswerter Weise mit dem Verhältnis der Regierung zum Reichstage. Er spricht von einem „latenten innerpolitischen Krisenzustand". Die Drohung, den Reichstag sofort aufzulösen, wenn der sozialdemokratische Antrag, den Landbriefträgern 100 Mk. Zulage zu gewähren, in den Etat aufgenommen würde, lasse Konfliktslust beim Bundesrat vermuten, wogegen die Regierung den ganzen Sessionsabschnitt hindurch die Zügel am Boden habe schleifen lassen. Es heißt in der Erzbergerschen Broschüre weiter:

Das System völliger Systemlosigkeit legt die beiden gesetzgebenden Körperschaften (Bundesrat und Reichstag) lahm und vergeudet viel Kraft und Zeit nutzlos. Es fehlt nahezu jede Fühlungnahme zwischen Regierung und Reichstag; alle Parteien klagen ganz gleichmäßig hierüber. Stockt dann ein Gesetz ganz, so schweigt die Regierung wie eine Pagode und läßt alles laufen oder liegen, bis ein diensteifriger Abgeordneter sich bemüht, eine Formel zu finden. Wenn manche dieser Klagen auch alt, so sind sie in dieser Häufung doch nie aufgetreten. 24 Stunden vor Beendigung der Reichstagsarbeiten wußte kein Abgeordneter, ob Vertagung oder Schluß der Session eintreten wird; so ungemein wenig Rücksicht wurde auf die bürgerlichen Verhältnisse der Abgeordneten noch nie genommen. Die Bureaukratie scheint sich gar nicht vorstellen zu können, daß ein Abgeordneter auch einen bürgerlichen Beruf hat, für welchen er voraussichtlich Dispositionen treffen muß. Jeder Gymnasiast kann über seine Zeit besser verfügen als das M. d. R. Solche gewollte oder ungewollte Unfreundlichkeiten wecken und verstärken den Eindruck, daß man den Reichstag mit der denkbar größten Geringschätzung behandeln will; man braucht ja ausnahmsweise in diesem Jahre keine neuen Steuern, keine neue „Hohenzollern" und anderes mehr. Der Reichstag darf daher auch nicht auf die Regierung vertrauen, sondern muß zur Selbsthilfe schreiten; will die Regierung nicht mit ihm zusammenarbeiten, so hat der Reichstag Macht genug, um zu seinem Rechte zu kommen.

Herr Erzberger deutet auch an, wie er seine „Macht" zu zeigen gedenkt: Die systemlose, kunterbunte, sich überhastende Vorlegung von Gesetzentwürfen soll dadurch bekämpft werden, daß der Reichstag „einfach alle diese Entwürfe unerledigt liegen" läßt; er „muß es ablehnen, auch nur in die erste Lesung einzutreten, er darf keine Kommission bilden, bis die Regierung ihr ganzes Vorlagenprogramm für einen Sessionsabschnitt mitgeteilt hat". Die Fahrkartenfrage sei „der beste Barometer für die Behandlung des Reichstages durch die Regierung".

Herr Erzberger hat kein Empfinden dafür, wie unsäglich lächerlich diese „Courage hinterher", dieser „Mut" wirkt, nachdem der Feind außer Sehweite ist! Ganz besonders widerwärtig ist die Erzbergersche Wichtigtuerei nach dem jämmerlichen Ineinanderklappen der Reichstagsmehrheit in dem schließlichen Verlauf der Zabernbedatte. In ungewollter Offenheit verrät Erzberger selbst, was die Ursache der miserablen Behandlung des Reichstags ist: „Man braucht ja ausnahmsweise in diesem Jahre keine neuen Steuern, keine neue „Hohenzollern" und anderes mehr." Eine Selbstohrfeigung ärgster Art! Die Regierung kennt ihre „Volksvertreter"; sie weiß, daß diese Herren sich überbieten in Bewilligungseifer und Folgsamkeit, und daß insbesondere das Zentrum in seiner unheilbaren Regierungslüsternheit immer darauf bedacht ist, sich von keiner der rechtsstehenden Parteien und den Nationalliberalen an „Loyalität" den Rang ablaufen zu lassen. Dutzende Male hat die Regierung es erlebt, daß das Zentrum trotz seines donnernden „Niemals!" nachher stets glatt umgefallen ist und brav bewilligt hat. Eine gelegentliche scheinoppositionelle Pose täuscht immer noch unzählige harmlose Zentrumswähler, nie aber die Regierung.

Deutsches Reich.

— **Geht Delbrück?** Die Milit. Pol. Korresp. hatte mitgeteilt, der Staatssekretär Dr. Delbrück werde einen viermonatigen Urlaub antreten und dann aus dem Reichsdienst scheiden, da er nicht geeignet sei, die allseitig verlangte schärfere Tonart im Kampfe gegen die Sozialdemokratie mitzumachen. — Die Nordd. Allg. Ztg. bemerkt hierzu, die Mitteilung, daß der Urlaub des Staatssekretärs der Vorläufer seines Rücktritts sei, „entbehre jeder Begründung". — Einem Dementi der Nordd. Allg. Ztg. darf man so große Bedeutung nicht beimessen; die Milit. Pol. Korresp. wird schon gut unterrichtet sein.

— **Verschlechterung der Reichsversicherungsordnung in Bayern.** Die bayerischen Verwaltungsbehörden haben verständigerweise mehrfach ihren Einfluß dazu benutzt, daß einheitliche Ortskrankenkassen statt Landkrankenkassen errichtet wurden. Dagegen richtet sich eine Interpellation des Zentrums und ein konservativer Antrag, die am Sonnabend in der bayerischen Abgeordnetenkammer verhandelt wurden. Die Regierung wird in dem Antrag aufgefordert, den Distriktsgemeinden den Weg zu zeigen, wie sie noch nachträglich neben den Ortskrankenkassen Landkrankenkassen einführen können. Das Zentrum nahm diesen sozialpolitisch reaktionären Antrag an gegen den Widerspruch der Linken, obwohl auch der Minister des Innern Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit äußerte. Von sozialdemokratischer Seite wurde festgestellt, daß kein christlicher Arbeiter sich gegen diese Verschlechterung der Reichsversicherungsordnung zu wenden gewagt hat.

— **Ein echtpreußischer General.** Der Generalleutnant Pelet-Narbonne ist am Freitag im Alter von 58 Jahren in einem Sanatorium in Schlendorf an einem Herzschlag gestorben. Diese an sich belanglose Tatsache ist deshalb besonders erwähnenswert, da sich der Herr General im Reuterprozeß als militärischer Richter recht vorteilhaft bekannt gemacht hat. Angeklagt waren der Oberst Reuter und der Leutnant Schad. Narbonne war Vorsitzender des Kriegsgerichts und er bemühte sich schon während der Verhandlung, nicht zu verbergen, daß er auf der Seite der angeklagten Offiziere stand. Er setzte diesem Verhalten die Krone auf durch Telegramme an den Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow und an den echtpreußischen Junker Oldenburg-Januschau, in denen er noch vor der eigentlichen Beendigung des Prozesses die von ihm selbst verkündete Freisprechung der beiden Offiziere mitteilte und die beiden Telegramm-Adressaten zu diesem Ausgang des Prozesses beglückwünschte. Die Erregung, die sich selbst in bürgerlichen Kreisen bei diesem Vorkommnis zu erkennen gab, hatte für Pelet-Narbonne keine unangenehmen Folgen; im Gegenteil, er, der damals Generalmajor war, wurde zum Generalleutnant befördert und zum Kommandeur der zweiten Garde-Kavallerie-Division ernannt. So verkörperte er den Sieg des Militarismus über das Rechtsempfinden im Volke und er war vielleicht noch zu höheren militärischen Ehren auserwählt. Die „echtpreußischen" Leute werden trauernd an seiner Bahre stehen.

— **Die Rennbahn-Gendarmen freigesprochen.** Im Prozeß gegen die drei Rennbahn-Gendarmen beantragte am Sonnabend der Staatsanwalt gegen den Gendarmeriewachtmeister Haneberg wegen fortgesetzter passiver Bestechung zwei Jahre Zuchthaus, Ehrverlust, Degradation und Entlassung aus der Gendarmerie, gegen Suchland ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und dieselben Nebenstrafen, gegen Erxleben Freisprechung. Die Verteidiger sprachen für Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Das Urteil lautet auf Freisprechung der drei Angeklagten. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt. Die Gendarmeriewachtmeister Haneberg und Suchland, die seit Mitte September 1913 in Untersuchungshaft sich befinden, sollen sofort aus der Haft entlassen werden. — Haneberg wurde in erster Instanz vom Kriegsgericht der zweiten Garde-Division zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis, Degradation und Entlassung aus der Gendarmerie, Suchland zu einem Jahre Gefängnis und denselben Nebenstrafen verurteilt, Erxleben jedoch freigesprochen.

In der Urteilsbegründung hob der Verhandlungsführer hervor, daß gegen die Angeklagten zwar der starke Verdacht der Bestechung vorliege, doch sei die Schuld nicht für hinreichend nachgewiesen erachtet worden.

— **Folgen der Luftbarkeitssteuer.** Sieben Hamburger Theaterdirektoren, darunter die Leiter des Stadttheaters und des Deutschen Schauspielhauses, haben an den Hamburger Senat eine Eingabe gerichtet, worin sie um Entlastung von der Luftbarkeitssteuer ersuchen, durch die ihre Institute zum finanziellen Ruin gebracht worden sind. Seit Einführung der Luftbarkeitssteuer, 1. Januar 1912, haben die sieben Bühnen 841 000 Mk. zahlen müssen. Sie verlangen jetzt Staatszuschuß oder Befreiung von der Steuer. — Die Sozialdemokraten in der Bürgerschaft haben diese schädliche Wirkung der Luftbarkeitssteuer vorher gesagt und haben dagegen gestimmt. Die bürgerliche Mehrheit war dafür.

— **Kleine politische Nachrichten.** Liebesgabe für die Mittelständler. Die Neue Pol. Korresp. meldet, in den preußischen Ministerien werde die Abänderung des Warenhaussteuergesetzes vorbereitet. „Es seien vielfach Wünsche der Detaillistenverbänden geäußert und auch Erfahrungen gesammelt worden, die bei der Aenderung des Gesetzes Beachtung finden werden." Ein entsprechender Gesetzentwurf werde noch in dieser Session dem Landtage zugehen. — Die neue Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige veröffentlichte am Sonnabend der Reichsanzeiger. — Die diesjährige Generalversammlung der Katholiken Deutschlands findet in Münster (Westf.) vom 9.—13. August statt.

England.

Eine Arbeiterfrauendeputation für das Frauenwahlrecht. Der englische Ministerpräsident, der sich seit langem weigert, die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zu empfangen, empfing am Sonnabend eine Deputation der Londoner Arbeiterinnen. Frau Scurr, die die Deputation einführte, mahnte Asquith daran, daß die Arbeiterinnen das Wahlrecht für alle Frauen über 21 Jahre verlangten. Diese Forderung habe der Minister selbst als die am besten verständliche bezeichnet. Die Arbeiterinnen wüßten, daß Asquith gegen das Frauenstimmrecht sei, aber er möge sich erinnern, daß große Staatsmänner in kritischen Zeiten die eigene Meinung hinter das Gemeinwohl zurückgestellt hatten, wie Wellington bei der Reformbill und Peel bei den Korngesetzen. Nach Frau Scurr schilderten eine Reihe Arbeiterinnen in rührenden Worten ihr hartes Los und wiesen auf die Notwendigkeit der Vertretung der Frauen im Parlament hin.

Die Deputation verlangte die unbedingte Freisetzung ihrer Führerin Fräulein Sylvia Panthurst, die man wegen Reden eingesperrt habe, die nicht heftiger gewesen seien als die des Sir Edward Carson. Asquith antwortete in versöhnlichem Sinne, verneinte die Notwendigkeit der Frauenvertretung für den wirtschaftlichen Schutz der Frau, erklärte sich aber entschieden für das demokratische Frauenstimmrecht, falls das Frauenstimmrecht eingeführt werden sollte; er meinte, man dürfe mit der Frage nicht tändeln. In bezug auf unbedingte Freilassung des Fräulein Panthurst versprach er, mit dem Minister des Innern Rücksprache zu nehmen. So endete eine der interessantesten Episoden im Emanzipationskampfe der englischen Frauen.

Balkan.

Die griechisch-türkische Spannung soll viel von ihrer Schärfe verloren haben, und eine Verständigung steht bevor. Die Köln. Ztg. meldet aus Berlin: Nach den aus Athen vorliegenden Meldungen kann angenommen werden, daß die griechische Regierung, wenn sie auch die Antwort der Pforte als eine befriedigende Ausnahme ihrer Forderungen nicht betrachten sollte, doch angesichts der von den Großmächten bekundeten Bereitwilligkeit zu einer unparteiischen Untersuchung der griechischen Beschwerden durch die Entsendung europäischer Beamter zunächst eine abwartende Haltung einnehmen wird, so daß die Entspannung in den griechisch-türkischen Beziehungen unter Mithilfe der Großmächte weitere Fortschritte machen kann.

Konstantinopel, 19. Juni. Auf direktem Wege wird „aus sicherer Quelle" gemeldet, daß die Pforte ihren Gesandten in Athen beauftragt habe, die griechische Regierung zu verständigen, daß die Pforte die zur Auswanderung gezwungenen Griechen zurückkehren lassen und ihnen Ersatz ihres Schadens verbürgen werde. Man glaubt hier, daß diese Mitteilung, wenn sie sich bestätige, einen wichtigen Schritt zur Lösung der gegenwärtigen schweren Krisis bedeute.

Portugal.

Ministerkrise. Das Blatt O'Mundo schreibt, daß der Minister der Oeffentlichen Arbeiten infolge eines Urteils des Obersten Verwaltungsgerichtshofes betreffend eine Konzessionsforderung bei den Wasserfällen in Portas Rodas demissioniert hat. Ministerpräsident Machado wird heute abend mit dem Präsidenten der Republik de Arriaga die Lage des Ministeriums besprechen. Einzelheiten über die Vorgänge, die zu der Ministerkrisis geführt haben, fehlen.

Mexiko.

Die letzte Hoffnung. Die Erklärung der amerikanischen Delegierten, daß die Einsetzung eines Präsidenten in Mexiko, der aus den Reihen der Rebellen hervorgegangen wäre, bei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140623-10/fragment/page=0002

einzige Mittel sei, den Feindseligkeiten ein Ende zu setzen und weiteres Blutvergießen zu verhindern, war ein Ultimatum. Falls die Delegierten Huertas nicht auf die amerikanischen Forderungen eingehen, so wird die Vermittlungskonferenz Montag (heute) zu Ende sein. Die meisten amerikanischen Zeitungen betrachten den Vermittlungsversuch als gescheitert. Aus der Stadt Mexiko wird gemeldet: Huerta sei sehr zuversichtlich. In Washington wird erklärt, Veracruz werde besetzt bleiben, bis das mexikanische Problem auf irgendeine Weise erledigt sein werde.

Washington, 20. Juni. Nach einer Erklärung des Präsidenten Wilson über die gestrige Sitzung der Vermittlungskonferenz ist die Aussicht auf Erfolg der Vermittlung „günstiger". (?)

Vertagung der mexikanischen Präsidentenwahlen. Der Minister des Innern teilt mit, er beabsichtige der Kammer vorzuschlagen, die Präsidentenwahlen, die am 4. Juli stattfinden sollten, bis zur Beendigung der Konferenz in Niagara Falls zu verschieben.

Aus der Partei.

Zum Internationalen Sozialistenkongreß.

Das vorbereitende Komitee des Internationalen Sozialistenkongresses in Wien 1914 benötigt die Namen und Adressen aller Genossen und Genossinnen, die im August als Delegierte nach Wien kommen.

Die Beschaffung von passenden und preiswerten Wohnungen ist bei den Wiener Hotelverhältnissen und gerade in der Reisezeit mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Das Kongreßkomitee, das in Verbindung mit den Wiener Hoteliers arbeitet, wird aber die Teilnehmer des Kongresses zufriedenstellen können, wenn die Anmeldung der Delegierten sobald als möglich erfolgt. Wir ersuchen daher alle Delegierte aus Deutschland, uns ungesäumt ihren Namen und ihre Adresse mitzuteilen.

Berlin, den 20. Juni 1914.

Mit Parteigruß!

Der Parteivorstand.

Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Anträge zum Parteitage.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins München nahm folgende Anträge an den Parteitag in Würzburg an:

„Der Parteitag möge beschließen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bei Zusammentritt des Reichstags einen Gesetzentwurf betr. Sonntagsruhe oder Ersatzruhetag im Bäcker- und Konditorgewerbe einzureichen oder unter die sozialpolitischen Anträge einen solchen einzufügen und tatkräftig zu fördern, wonach der § 105c der Gewerbeordnung dahin zu ergänzen ist, daß allen Beschäftigten in solchen Gewerben, deren Ausübung zur Befriedigung täglicher Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, als Entschädigung für die Sonntagsarbeit wöchentlich eine 36stündige ununterbrochene Ruhezeit an einem anderen Wochentag zu gewähren ist."

„Der Parteitag 1914 in Würzburg empfiehlt den Parteiorganisationen, besondere Kommissionen einzusetzen, die eine planmäßige Agitation unter der Jugend über 18 Jahren zu entfalten haben. Die Kommissionen sollen möglichst zu zwei Dritteln aus jugendlichen und zu einem Drittel aus älteren Parteigenossen bestehen. Ihre Aufgabe muß es sein, die Jugend über 18 Jahre durch planmäßige Schulung und Bildung zu aufgeklärten und überzeugten Parteigenossen zu erziehen.

Der Parteitag wolle ferner beschließen, daß die Parteiorganisationen dahin wirken sollen, daß die 18- bis 23jährigen Genossen die Arbeiter-Jugend abonnieren. Die alten Parteigenossen wollen für die Agitation unter den jungen Genossen Sorge tragen."

Als Delegierte zum Parteitag in Würzburg wurden gewählt die Genossen Müller Adolf, Witti, Kellertshofer, Kandlbinder und die Genossin Mauerer. Als Delegierter zum internationalen Kongreß wurde einstimmig Gen. Franz Schmitt gewählt.

Vertagung des Luxemburg-Prozesses.

Der gegen die Genossin Dr. Rosa Luxemburg auf den 27. Juni vor dem Reichsgericht anberaumte Termin ist auf den 22. Oktober vertagt worden. Aus welchen Gründen, das ist nicht zu erfahren.

Kaiserhoch und Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Verein für Zittau i. S. beschäftigte sich am Donnerstag in einer Mitgliederversammlung mit dem Verhalten der Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch. Alle Redner, außer zweien, begrüßten den Fraktionsbeschluß und die Haltung der Fraktion. Eine Zustimmungsresolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Da der Abgeordnete des ersten sächsischen Reichstagswahlkreises, Genosse Edmund Fischer, am Erscheinen verhindert war, so wurde ein Antrag angenommen, nach welchem ihm in einer demnächst stattfindenden Kreisversammlung Gelegenheit gegeben werden soll, seine abweichenden Standpunkt klarzulegen.

Gemeindewahlen in Baden.

Bei der Wahl der zweiten Klasse zum Bürgerausschuß in Pforzheim i. B. hatte unsere Partei weiteren Erfolg. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen 828 Stimmen, 267 mehr als vor drei Jahren. Die Gegner erhielten 2096 Stimmen, die Zunahme beträgt 18. Unsere Partei erhält vier Mandate gegen bisher drei. Im ganzen verfügt die Sozialdemokratie auf dem Rathaus über 28 Sitze. In Freiburg i. B. verlor unsere Partei bei 137 auf die sozialdemokratische Liste abgegebenen Stimmen den bisher innegehabten Sitz in der 2. Klasse.

Staatsanwaltschaftliche Aktionen gegen die Arbeiterbewegung.

Gegen Danziger Genossen sind zurzeit zwölf Strafverfahren im Gange. Als größter „Sünder" marschiert der Parteisekretär Georg Leu mit sieben Fällen an der Spitze. Seine Frau, die Genossin Käte Leu, soll in einem Falle, der Kassenführer Adolf Bartel in zwei Fällen den Staat ins Wanken gebracht haben. Der Gewerkschaftsbeamte Brill und der Redakteur Schröder schließen mit je einer Anklage den Reigen.

Gehaussucht wurde auf richterliche Anordnung in der Privatwohnung eines Redakteurs und später auch in den Redaktionsräumen unseres Waldenburger Parteiblattes, der Schlesischen Bergwacht. Gesucht wurde nach einem Artikel, durch den ein schlesischer Großgrundbesitzer beleidigt sein sollte. Gefunden wurde nichts.

Der Vorsitzende des Arbeiterturnvereins in Bertsdorf in Sachsen hatte sich vor dem Schöffengericht in Zittau wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu verantworten. Er hatte sich geweigert, der Polizei das verlangte Statut des Vereins und das Mitgliederverzeichnis des Vorstandes einzureichen, weil der Verein sich niemals mit Politik befaßt hatte. Das Gericht erklärte jedoch den Verein für politisch, weil er dem Arbeiterturnerbund angeschlossen ist, und erkannte gegen den Angeklagten auf 30 Mk. Geldstrafe oder 5 Tage Gefängnis.

Hierauf hatte sich vor demselben Gericht der Leiter der Arbeiterjugend in Hartau zu verantworten, der wegen des gleichen Vergehens angeklagt war. Das Gericht kam in diesem Falle jedoch zu einer Freisprechung, da es sich bei der Arbeiterjugend von Hartau um keinen Verein, sondern nur um lose und unregelmäßige Zusammenkünfte handele; Sitzungen seien nicht vorhanden und ein Mitgliedsbeitrag werde nicht erhoben. Die Anklage war auf Beweise gestützt, die von einem Gendarmen zusammengetragen worden waren. Dieser sagte als Zeuge aus, „man nehme an, daß eine Beeinflussung der Jugend im politischen Sinne erfolge". Damit konnte das Gericht aber nichts anfangen.

Wegen Schutzmannsbeleidigung

erhielt Genosse Förster in Breslau 100 Mark Geldstrafe. Die Volkswacht hatte kritisiert, daß der Schutzmann bei einer Differenz mit Kutschern den Säbel zog, obwohl er nicht angegriffen wurde. Da solche Säbelziehereien in Breslau schon zu schlimmen Folgen geführt haben, nannte dies die Volkswacht voreilig und nervös. Das Gericht fand, daß der Schutzmann berechtigt war, den Säbel zu ziehen und belegte die Kritik mit 100 Mk. Strafe.

Gewerkschaftliches.

Mordversuch des Streikbrechers straffrei.

Das Geschworenengericht in Graz hat dieser Tage ein Urteil gefällt, welches mit der klar erwiesenen Tat in so schroffem Widerspruch steht, daß man es nicht anders denn als Ausfluß der Klassenjustiz bezeichnen kann. — Ein Streikbrecher saß auf der Anklagebank. Er gab selbst zu, daß er einen wohlüberlegten Anschlag gegen den Streikleiter ausgeführt hat. Dennoch haben die Geschworenen den Angeklagten des Mordversuchs nicht schuldig erklärt. Die Tat hat sich im wesentlichen so abgespielt:

Der Schneidergehilfe Mattaschitz war früher Mitglied des österreichischen Schneiderverbandes. Er trat aus und als in Graz ein Streik geführt wurde, machte auch Mattaschitz denselben mit und trat wieder in den Verband ein. Unterstützung konnte er unter diesen Umständen nicht bekommen, er versprach aber, sich aus seinen Ersparnissen zu erhalten. Die reichten aber nicht lange und so nahm Mattaschitz Streikarbeit an. Von Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß sein Name in der Liste der Streikbrecher veröffentlicht werden könnte, geriet Mattaschitz so in Wut, daß er erklärte, er werde noch einen kalt machen. Diese Drohung konnte sich den Umständen nach nur auf den Sekretär des Schneiderverbandes, Kosel, beziehen. Später wiederholte Mattaschitz seine Drohung. Kosel ersuchte die Polizei um Schutz, aber diese beachtete das Ersuchen gar nicht.

Eines Abends führte Mattaschitz seine Drohung tatsächlich aus. Er steckte einen mit drei scharfen Patronen geladenen Revolver zu sich und lauerte Kosel vor dessen Wohnung auf. Als Kosel über die Straße ging, trat ihm Mattaschitz entgegen und fragte ihn, ob er ihn als Streikbrecher in die Zeitung geben werde. Während dieser Worte drückte Mattaschitz mit der rechten Hand in der Rocktasche den Knopf der Pistole hinein, wodurch die Sicherung zurückgeschoben wurde. Als Kosel antwortete: „Ich nicht, da ich dich nicht arbeiten gesehen habe!" riß Mattaschitz die Pistole aus der Tasche, hielt sie gegen Kosel, so daß die Mündung der Waffe nur dreißig Zentimeter von der Brust des Kosel entfernt war, und drückte los. Der Schuß traf Kosel mitten in die Brust. Als dieser sich umdrehte und die Flucht ergriff, eilte ihm Mattaschitz zehn Schritte mit erhobener Hand nach und wollte noch einmal auf ihn schießen. Dies gelang ihm aber nicht, weil die Waffe versagte.

Durch den Schuß wurde Kosel in die Mitte des Brustbeins getroffen, aber nur leicht verletzt. Daß der Mordbube seine Absicht, Kosel zu töten, nicht erreichte, das hat dieser einem glücklichen Zufall zu danken. Durch den Anprall an einen Westenknopf wurde die Wucht des Geschosses gemildert.

Mattaschitz hat nach anfänglichem Leugnen unumwunden zugegeben, daß er die Absicht hatte, Kosel zu töten. Wie er angab, wollte er das Beispiel des Kunschak nachahmen, der seinerzeit den Genossen Schuhmeier in Wien meuchlings erschossen hat.

Trotz dieses Eingeständnisses hat die Mehrheit der Geschworenen den Angeklagten des Mordversuchs nicht schuldig befunden. Von dieser Anklage wurde er freigesprochen und nur wegen unbefugten Waffentragens zu einer Woche Arrest verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt ist.

Der Mordgeselle war ein Streikbrecher, das Opfer, das er sich ausersehen hatte, der Leiter des Streiks. So erklärt sich auch dieses Klassenurteil.

Christliche Streikbrechervermittlung.

In Nr. 19 des Organs des christlichen Holzarbeiterverbandes befindet sich ein Inserat, in dem Kastenmacher und Helfer für eine süddeutsche Karosseriefabrik gesucht werden. Ein Arbeiter bewarb sich darauf um die Stelle und erhielt aus Köln vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter folgende Mitteilung:

„Werter Kollege! Die Wagenfabrik Regnin in Magdeburg, die Karosseriefabrik Reuter in Stuttgart und die Union in Dortmund stellen gegenwärtig Stellmacher, Kastenmacher und Kastenhelfer ein. Wende dich bitte an die Ortsverwaltung der betr. Zahlstelle, welche dir die nähere Auskunft geben kann. Besten Gruß. Th. Weyers.

Weyers ist Angestellter des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter in Köln a. Rh., Venloerwall 9. Sein Brief wird dadurch gekennzeichnet, daß bei der Firma Reuter die Arbeiter schon seit zwei Monaten im Streik stehen!! Unter den Streikenden befindet sich auch ein christlich Organisierter! Das gibt dem christlichen Verräterstreich noch eine ganz besondere Färbung.

9. Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Entsprechend dem Beschlusse der 1913 in Zürich stattgefundenen Konferenz wird die nächste oder 9. Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in San Franzisko anläßlich der dortigen Weltausstellung stattfinden. Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat nun bestimmt, daß die Konferenz am 3. Juni 1915 beginne, da in der darauffolgenden Woche der amerikanische Gewerkschaftskongreß stattfinden soll. Dem letzteren werden die Vertreter der anderen Länder, entsprechend dem bisherigen Gebrauch, ebenfalls beiwohnen. Der Termin ist von der Exekutive der A. F. of L. festgesetzt. Er bedarf wahrscheinlich noch der Zustimmung der im Herbst 1914 in Philadelphia tagenden Konvention. Um allen Ländern die Entsendung einer Vertretung zu ermöglichen, wurde in Zürich beschlossen, für einen Delegierten pro Land die gesamten Kosten im Umlageverfahren zu decken. Dort war auch, anläßlich der 1. Konferenz der internationalen Berufssekretäre, der Wunsch ausgesprochen worden, die internationalen Berufssekretäre auch in Zukunft zu den Konferenzen der Vertreter der Landeszentralen einzuladen. Es ist beabsichtigt, das auch für San Franzisko zu tun. Den Delegierten, denen sich möglicherweise auch andere Organisationsvertreter zu Studienzwecken anschließen werden, soll zugleich Gelegenheit geboten werden, das amerikanische Organisationswesen sowie die den einzelnen besonders interessierenden Industrien, so gut wie dies in kurzer Zeit möglich ist, kennen zu lernen. Ganz besonders aber darf man von der Konferenz in San Franzisko eine noch engere Verbindung zwischen der Arbeiterbewegung der alten und der neuen Welt erwarten, und eine solche ist in beiderseitigem Interesse dringend nötig.

Differenzen bei der Lederwarenfabrik Kramer in Zwickau (Sachsen). Die Firma F. H. Kramer, Lederwarenfabrik in Zwickau (Sa.) hat vor kurzem die Akkordarbeit in ihrem Betriebe zur Einführung gebracht. Die Akkordsätze sind aber so niedrig, daß die Arbeiter dabei nicht auf den früheren Wochenlohn kommen und auch die versprochenen Einstellungslöhne nicht erreicht werden. Eine Versammlung der Arbeiter nahm dazu Stellung und stellte an die Firma die Forderung, Mindestlöhne von 21—28 Mk. zu garantieren. Buchbinder, Portefeuiller und Lederarbeiter werden ersucht, zurzeit bei der Firma Kramer Arbeitsangebote abzulehnen.

Streik der Steinsetzer in Eberswalde. Weil die Steinsetzer im Innungsbezirk Eberswalde einen von den dortigen Unternehmern ausgearbeiteten und ihnen zur Unterschrift vorgelegten Sondertarif, der sich durchaus mit dem Groß-Berliner Vertrag nicht deckt, nicht anerkennen wollten, ist es bei der Firma Junge-Eberswalde zum Streik gekommen, der in den nächsten Tagen jedenfalls weitere Kreise ziehen wird.

Wie verlautet, soll sich der Steinsetzmeister Arndt-Oranienburg erboten haben, eine Anzahl Streikbrecher aus den Kreisen der Magdeburger Steinsetzer herbeischaffen zu wollen. Es wird hiermit an alle Steinsetzer das Ersuchen gerichtet, einem solchen Ansinnen nicht Folge zu leisten, sondern ihren Kampfesbrüdern vollste Solidarität zu bewahren. Als Kampfgebiet kommt der ganze Innungsbezirk Eberswalde in Betracht. Zuzug dorthin ist also streng fernzuhalten.

Soziales.

Gemeindeunterstützung zum Bau von Arbeiterwohnhäusern.

Der Bürgerausschuß der Gemeinde Kehl (Baden) bewilligte 5000 Mark zur Erbauung von Arbeiterwohnhäusern. Mit diesem Gelde und den von der Landesversicherungsanstalt zugegebenen Mitteln sollen Arbeiter, die sich ein eigenes Heim bauen wollen, soweit unterstützt werden, daß sie nur 5 Prozent des Bau- und Platzpreises anzahlen müssen.

Steuerfreiheit der Minderbemittelten.

Der Finanzausschuß der Stadt Mainz beschloß auf Antrag der Sozialdemokraten, daß Witwen, Waisen und erwerbsunfähige Personen, die ein Vermögen unter 10 000 Mark besitzen und deren Einkommen jährlich 750 Mark nicht übersteigt, von Gemeindesteuern frei bleiben. Ferner sollen Personen, die ein Einkommen unter 600 Mark haben, nicht mit Gemeindesteuern belastet werden. Diese Beschlüsse bedürfen noch der Bestätigung durch die Stadtverordneten.

Das Dach für den Säugling.

Es ist bekannt, daß die sommerliche Hitze eine große Gefahr für den Säugling darstellt, zumal unter den heutigen Wohnungsverhältnissen. Ist doch durch sorgfältige Untersuchungen erwiesen, daß die schwer lüftbaren Wohnungen eine im Durchschnitt um 8 Grad höhere Temperatur haben als draußen. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, schlug Dr. Karl Hamburger jetzt in Berlin in der Gesellschaft für soziale Medizin vor, die Säuglinge auf das Dach zu bringen. Er hat von mehreren Architekten Kostenanschläge machen lassen, die ergeben, daß, wenn man die Häuser mit Dachgärten versieht, auf jeden Mieter ein Raum von etwa 10 Quadratmetern kommt und daß die Miete hierdurch nur um 1 Mk. bis 1,50 Mk. für den Monat erhöht wird. Andererseits hat man die günstige Wirkung der Dachgärten bereits festgestellt. Natürlich bedeutet dieser Vorschlag nur ein Hilfsmittel für die Gegenwart, aber so lange wir noch mit den traurigen Wohnungsverhältnissen bei einem großen Teile unseres Volkes zu rechnen haben, verdient dieser Vorschlag gewiß Beachtung.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten und Feuilleton Karl Bock; Gewerkschaftliches, Soziales, Wirtschaftliche Rundschau und Vermischtes Wilhelm Koenen; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Gottlieb Kachparet; Anzeigen Wilhelm Hersig. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Harz 42/44, Hof, 2 Treppen.

Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

— Telephon-Nr. 1541. —

Säuglinge und magenkranke Kinder schützt man am besten gegen die im Sommer so leicht auftretenden Brechdurchfälle und Darmkatarrhe, wenn man die gesundheitsgefährdende Milch eine zeitlang fortläßt und dafür das altbewährte Nestlesche Kindermehl anwendet, welches als eine stets gleichbleibende, vollendete Nahrung nur mit Wasser gekocht werden braucht, niemals Verdauungsstörungen verursacht, bestehende aber beseitigt. Probe gratis und franko durch Nestle's Kindermehl-G. m. b. H., Berlin W. 67. *818

1937

M. Schneiders billige Blusen-Tage haben begonnen.

Sehenswerte Auslage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140623-10/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Anfang 8 Uhr 20.

Heute und nur bis 30. Juni:

Winter-Tymians

Drittes lebendes Lied: **Waldesstille!** 1933

Die Zwerge mit dem Riesenkopf!

Auf eigener Prachtbühne! Urkomisch!

„Er kocht selbst!" Toller Schwank. Jede Nummer neu!

Dir. Tymian in 2 Hauptrollen persönlich!

Freitag: Dir. Tymians Benefiz!!

z. 1. Mai: **„Die Wirtin von Alt-Heidelberg"**

Herrl. Studenten-Stück. Tymian Hauptrolle.

Tageskasse 10—½2 u. 4—6 Uhr! Vorzugskarten gültig.

Metallarbeiterverband

Verwaltung Halle a. S.

Mittwoch den 24. Juni, abends Punkt 8½ Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27:

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Die Rechtsprechung vor den Instanzen der Unfallberufsgenossenschaften. Referent Bezirkssekretär Koll. **Daniel**-Merseburg.
2. Bericht über den Streik bei Paul Feller.
3. Verbandsangelegenheiten.

Die Aufklärung über die Rechtsprechung bei den Berufsgenossenschaften ist unbedingt notwendig, damit die Kollegen ihrer Rechte bei Unfällen nicht verlustig gehen. Die Mitglieder werden deshalb zu recht zahlreichem Erscheinen aufgefordert.

1931 **Die Ortsverwaltung.**

Sicherheits-Spirituspläitten, zuverlässig im Gebrauch. 1938 Preis 8 Mk.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Waschgefäße, dauerhaft, billigst. Gr. Klausstraße 12. *91 **Zander,** Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Morgen u. jed. Dienstag Schlachtefest. 269 **Joh. Fischer,** Große Gosenstraße 39.

Apollo-Theater.

Täglich abends 8.15 Uhr: Mit großem Lacherfolg: **„Schneider Wibbel"** Komödie in 5 Bildern von Müller-Schlösser. 1923

Wibbel **A. Hübener,** Kgl. preuß. Schauspieler a. D.

Von 7 Uhr abends ab sowie in den Zwischenaufz.: **Promenaden-Konzert** in dem prächtigen schattigen Garten d. Apollo-Theaters!

Volkspark

Burgstrasse 27.

Parteigenossen! Unterstützt Euer eigenes Heim!

Dienstag den 23. Juni cr.:

Großes Doppel-Konzert

ausgeführt vom gesamten

Arbeiter-Sänger-Chor und der **Kapelle** des Herrn **H. Engelmann.**

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert bestimmt im grossen Saale statt.

Zu zahlreichem Besuch ladet höflichst ein

1930 **Die Geschäftsleitung.**

Haarheilkundiger

Og. Schneider, Stuttgart, Gymnasiumstr. 21 A I Telefon Nr. 5703

Besitzer u. Leiter des I. Württ. Naturheil-Institut nur für Haar- u. Hartwuchsstörungen, sowie Haarpflege.

Jedes Vernünftige lasse sich meinen Beleihungsprospekt zur Behandlung der Haare „Von der Wiege bis ins Alter" kostenfrei einsenden, nebst Photographien, Anerkennungen und Dankschreiben.

Versand meiner Haarpflegemittel, der berühmt. Brennessel-Haartinktur gegen Haarausfall (kleine Flasche M. 1.50, das Liter M. 5.—) sowie meiner Pomade Manifol gegen Schuppen, Jucken, sowie gegen Schärfen und Unreinheiten der Kopfhaut (60 gr-Topf M. 1.50, 150 gr-Topf M. 3.—) gegen Nachnahme.

Sprech- und Behandlungsstunden: 9—12 u. 2—7 Uhr, Sonntags von 9—12 Uhr. *816

Allgem. Deutscher Gärtner-Verein

Ortsverwaltung **Halle.**

Sonnabend den 27. Juni, im geschmückten kleinen Volksparksaal, Burgstraße 27:

Feier des 16. Stiftungsfestes

verbunden mit **Konzert, Theater, Gesangsvorträgen der Sänger Völlberg-Wörmlitz.** [1926

BALL mit Rosen-Polonäse. Während der Kaffeepause: **Blumen-Verlosung.**

Karten sind: im Volkspark; Schüler, Triftstr. 16 und Blumengeschäft O. Wünsche, Steinstr. 34, zu haben. — Ohne Karte kein Zutritt. — Tanzen frei. — Eintritt pro Person 50 Pfg.

Auch bei 40 Grad Hitze

Seefische hochfein!

Dienstag früh 1 Kühlwaggon

Goldbarsch	. . Pfund	19 ₰
Kabeljau	ohne Kopf Pfund	
Seelachs	oh. Kopf, Pfund	17 ₰
Schellfisch	ohne Kopf, fett und zart . Pfund	25 ₰

Alle anderen **Seefische** ebenfalls billig.

Sehr billig!

Hochfeine zarte, fette [1935

Matjes-Heringe

Stück 6 Pfg.

tadellos, nur kleinfallend ½ Dutzend 35 ₰, 1 Dutzend 70 ₰ größere Stücke **10, 15, 20** ₰

Riesen-Fettheringe 3 Stück **19** ₰

Nordsee Deutschlands größt. Seefischhandel.

Schulbücher aller Art, Tafeln, Schiefer, Federkästen, Blei, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister usw.

Volksbuchhandlung Halle (Saale), Harz 29.

Jedermann freut sich über seine von mir gekaufte Laufdecke. Wer liefert Ihnen dieses in ein. solch vorzügl. anerk. Qualität.

Laufdecken 1 Jahr Gar.	4.60 M.
Luftschläuche 1 „ „	3.30 M.
Laufdecken ohne „	1.70 M.
Luftschläuche „ „	1.50 M.

Otto Sparmann, nur Gr. Steinstr. 47, neben dem Walhalla. *5

Wickel-Gamaschen aus gutem Loden, von **1.75 Mark** an.

1938 **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

Konsumverein für Weinböhla u. Umg.

e. G. m. b. H., Verkaufsstelle: Elsterwerda.

Markenabgabe.

Unsere werten Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche **Marken** und **Mitgliedsbücher** in der Zeit vom **1. bis 15. Juli** in den Verkaufsstellen, gegen Aushändigung einer Markenquittung abzugeben, sind. Kleinere Marken sind rechtzeitig gegen größere umzutauschen.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß vom **1. Juli** ab

neue Marken

zur Ausgabe gelangen und somit die bis 15. Juli nicht abgegebenen alten Marken ihre Gültigkeit verlieren. *821

Frauen-

und Mutterkraut-Tee, welcher schon seit altersher in Familien und Frauenkreisen, seiner meist sehr guten Wirkung wegen, sich einer ausserordentlich grossen Beliebtheit erfreut, ist **völlig unschädlich.**

Mit meist sehr gutem Erfolg wird derselbe angewendet gegen **zu starke** und zu lange anhaltende Menstruation und wird ihm nachgerühmt, dass er die periodischen Funktionen regelt und bei den verschiedensten Frauen- und Nervenleiden, speziell bei den Leiden der Wechseljahre, einen sehr günstigen Einfluss ausgeübt hat und sich schon oft als eine wahre Wohltat erwiesen hat.

Original-Paket Mk. **0.75.**

3 Pakete portofrei geliefert Mk **2.25.** — Gegen Nachnahme Mk. **2.50.**

Irrigatoren ausserordentlich billig!

Umtausch sofort gestattet! Geld zurück! Also kein Risiko!

Anfragen erbeten! Diskrete Erledigung ohne Firmaangabe, brieflich verschlossen gegen Rückporto.

Kein Laden! Aufmerksame Frauenbedienung in separaten Räumen! Kein Kaufzwang!

Unbemittelte, welche dieses Inserat mitbringen oder einsenden, erhalten Vorzugspreise!

Sanitas-Depot, Halle (S.),

Leipzigerstrasse 11, Eingang Kleiner Sandberg, part., hinter Neumann's Korsettgeschäft.

Nachnahme-Versand! 1929

Feuerzeuge 10 Pf.

7 Feuersteine 10 Pf.

20 Dochte 10 Pf.

nur kurze Zeit 1581

Leipzigerstrasse 53, neben **Kaiser-Automat.**

Wasch-Gefässe, dauerhaft und billig, Lagerbestand über 600 Stück. — Transport frei Haus. — Badewannen von 3 Mk. an, Waschwannen von 5 Mk. an, Brühfässer m. Deckel v. 4 Mk. an, Schöpfgefäße, Stück 60, 75, 90 Pf. **Böttcherei Schülershof I,** 163 dicht am Markt. — Gegründet 1883. —

Neuheit!

Butterkühler aus Ton, hält die Butter ohne Eis, selbst bei grosser Hitze, frisch. 1938 Preis **1.25** Mk.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Moden-Zeitungen in großer Auswahl.

Volksbuchhandlung Halle (Saale), Harz 29.

Kursbücher

Sommer 1914

Storms, fürs Reich	1.00 ₰
Storms, Nord- u. Ost-Deutschland	0.60 ₰
Storms, Süd- und Mittel-Deutschland	0.60 ₰
Storms, der kleine	0.45 ₰
Königs Kursbuch	0.60 ₰
Blitz-Fahrplan	0.30 ₰
Königs Auskunftsbuch	0.50 ₰

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung Halle (S.), Harz 29.

Für die rege und innige Teilnahme beim Begräbnis meiner lieben Frau, unserer unvergeßlichen, guten Mutter, Schwieger- und Großmutter **Marie Schleenvoigt,** der, für uns zu früh Dahingeschiedenen, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Kollegen, sowie dem Genossen Albrecht für seine trostreichen Worte unseren aufrichtigsten Dank. 1925

H. Schleenvoigt u. Kinder.

Wohnungs-Einrichtungen

in nur solider Ausführung zu 1927

Mk. **400 500 600 700 800** etc.

empfiehlt

G. Schaible.

Grosse eigene Werkstätten. Grosse Märkerstrasse 26.

Kataloge gratis und franko. Transport frei.

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Kleiner Anzeiger.

Preise für „Kleine Anzeigen": Die einspaltige Kolonel-Zeile kostet 20 Pfennig. Bei 5x und mehrmaliger Ausgabe Rabatt nach Uebereinkunft.

Abonnenten erhalten auf Kleine Anzeigen bis zu 6 Zeilen gegen Rückgabe der Abonnements-Quittung im Fälligkeitsmonat 50% Rabatt.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Expedition Volksblatt, Harz 42/44,

Zigarrenhandlung v. A. Albrecht, Lindenstraße 54
„ „ E. Bendlin, Torstraße 43
„ „ J. Schneider Nachf., Beesenerstr. 23
„ „ J. Sanow Nachf., Geiststraße 5
„ „ B. Leuschner, Mittelwache 9
„ „ E. Jungmann, Pfännerhöhe 33

Materialwarenhdl. v. G. Gerig, Triftstraße 28.

Ebenso nehmen die Volksblatt-Austräger Anzeigen entgegen.

Verkäufe.

Fahrräder, tadellos erhalten, von 15 Mk. an. Gr. Klausstr. 2, Fahrrad-Geschäft. 802

Neue Chaiselongue, 22 M., z. verk. 1882] Gr. Brunnenstr. 52, 3. p.

Fahrräder: 2 Halb-Renner u. 2 Touren-Räder mit Freilauf, noch tadellos, verkauft für nur 28, 45, 55, 65 Mk. **Kleine** [1901 **H. Schindler,** Ulrichstrasse 35.

Nähmaschine 20.00 u. 45.00 Mk. Nähmaschine f. Schneider, Mk. 35. Nähmaschine für Schuhmacher, leicht und gut arbeitend. **H. Schindler,** Kleine Ulrichstraße 35. 1900

Ein neuerbautes Haus m. Stall., Obst- u. Gemüsegarten sof. z. verk. [*806 Ennewitz Nr. 46, bei Giesien.

Gruden, einfache u. neueste Konstruktionen, verkauft 1924] Steinweg 50.

*820] **Zucht-Kaninchen,** 6 Stück alte u. 30 Stück junge, **eine Wring-Maschine,** fast neu, 2mal gebraucht, und **ein Fahrrad,** gut erhalten, billig zu verkaufen Ledermannstr. 2. **Döllnitz.**

Elegg. Kinderwagen z. verk. [1880 Ludwigstr. 11, H., Seitengeb., 1 Tr.

Guterh. Kinderwag. z. verk. [1932 Thüringerstrasse 22, III., Eing. Merseburgerstr.

Elegg. grünseidenes Kreppkleid mit pass. Hut billig zu verkaufen. Wo? sagt die Expedion d. Ztg. Händler verbeten. [1897

Zimmerer-Handwerkszeug sow. verschied. Hobel u. Sägen zu verk. 1903] Ludwig Wuchererstr. 18, S.

Schlafstuben-Einrichtung, Küche, Kinderbettstelle u. Sofa bill. z. verk. 1881] Raffineriestraße 4, III l.

Kaufgesuche.

Lumpen, Alteisen etc. kauft stets zu hohen Preisen **A. Samuel, Alter Markt 7.** 1661

Vermietungen.

Schlafstelle u. Mittagtisch offen 705] Friedrichstraße 6, 1.

Möbl. Zimmer od. Schlafst. z. verm. Gust. Herzbergstr. 4, II. r. [1934

Arbeitsmarkt.

Schuhmacher gesucht *822] Krukenbergstraße 18.

Verschiedenes.

Volkspark, Burgstr. 27, Unser neuerbauter Saal wird den verehrl. Vereinen u. Gewerkschaften z. Abhaltung v. Versammlungen u. Festlichkeiten bestens empfohlen. Derselbe eignet sich auch zur Abhaltung von Familien-Festlichkeiten (Hochzeiten usw.).

Bill. Fleischwaren! Empf. Rindabtellfleisch z. Koch., pa. Ware, gepök. u. heilb., 10 ℔ Postpak. 3.50 Mk. franko, Nachnahme. Viele Dankschr. **E. Ortmann,** Meiningen, Wint. 706

Ohne Preiserhöhung gibt große Möbelfabrik ganze **Wohnungs-Einrichtungen,** einzelne Zimmer sowie jedes einzelne Möbelstück usw. gegen **ganz bequeme Zahlungsweise** ab. Diskretion zugesichert. — Zuschriften, wann der Besuch des Vertreters erwünscht, unter Chiffre V. H. 113 a. d. Exp. d. Volksbl. erb. 1125

Braunbier täglich frisch **Günthers Brauerei.** 7—12 und ½2—5½. 1145

Achtung, Fettheringe! [1866 5 Stck. 20 Pfg. Bismarckwarte 30.

Sofa aufpolstern von 6 Mk. an, Matratzen aufpolst. v. 3 Mk. an. 1883] E. Dippold, Adolfstr. 9.

Guten Mittagstisch empfiehlt zu billigen Preisen Karl Emmerich, Bertramstr. 18

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140623-10/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 143 — Halle (Saale), Dienstag den 23. Juni 1914 — 25. Jahrg.

Gelbes.

Der Bund deutscher Werkvereine, oder wie er sich selbst nennt: „die bedeutendste Gruppe der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen", hielt Ende Mai in Saarbrücken seinen 4. Bundestag ab. Laut dem verlesenen Geschäftsbericht hat der gelbe Werbevereinsbund durch den Austritt der Berliner, unter denen eine auf die stärkere Betonung der Unabhängigkeit der Gelben von ihren kapitalistischen Gönnern gerichtete Strömung sich bemerkbar macht, 31 000 Mitglieder verloren. Doch soll dieser Verlust durch die Neugewinnung von 60 000 Mitgliedern — allein im Jahre 1913! — reichlich wett gemacht worden sein, so daß der gelbe Werbevereinsbund nun 140 000 Mitglieder zähle. Eine spezialisierte Mitgliederstatistik fehlt, daher ist selbst eine oberflächliche Nachprüfung der „merkwürdig runden" Zahlen nicht möglich. Der Oeffentlichkeit wird zugemutet, die gelbe Behauptung als wahr hinzunehmen. Sie soll glauben, daß die auf der Untergrabung der Arbeitersolidarität hinzielende „gelbe Bewegung" in einem einzigen Jahre 60 000 neue „zielbewußte" Anhänger gewann.

Es trifft sich gut, daß gerade jetzt ein neues Buch über die gelben Werkvereine in Frankreich kommt, das von keinem Freunde der „Streikvereine" geschrieben ist und sich auf ein reiches Originalmaterial stützt.*) Der Verfasser ist offensichtlich ein scharfer Gegner der in der Confederation general du Travail vereinigten revolutionären Arbeitersyndikate, wenn auch kein Feind der Arbeiterkoalitionen überhaupt. Er hat ein umfangreiches Quellenmaterial durchgearbeitet, um zu einer sachlichen Würdigung der antirevolutionären Syndikate zu kommen. Sagen wir es gleich: Sein Urteil lautet: Die Gelben haben am Ausgang des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts in wichtigen französischen Industriegebieten einen überraschend starken Aufschwung genommen, haben eine Reihe von Jahren bei den reaktionären Parteigruppen (Großkapitalisten, katholischer Klerus, chauvinistischen Revancheschreiern) große Hoffnungen erweckt, darum ihre reichliche finanzielle Unterstützung gefunden und sind heute schon so gut wie erledigt! Feßmann erklärt, namentlich gelte das von den gelben Syndikaten, die sich am offensten als Schutztruppen der Unternehmer gegen die Waffe des Streiks aussprachen, also prinzipiell den Streikbruch proklamierten. Wohl schossen sie, meistens anläßlich von Streikbewegungen, schnell in die Höhe, aber nach wenigen Jahren trat schon der Rückschlag ein. Es ist bezeichnend für die Lage, daß Feßmann im letzten Abschnitt seines Buches daran geht, „eine Charakteristik . . . der Trümmer der gelben Bewegung" in Frankreich zu geben.

Mit Rücksicht auf das Reklamegeschrei der deutschen Nachfolger der Lanoir und Bitey (die beiden meistgenannten Gelbenführer Frankreichs, auch sie sind beide schon erledigt) sind die Mitteilungen Feßmanns über die ziffernmäßige Stärke der Gelben in Frankreich aktuell. Als im September 1901 Paul Lanoir mit Unterstützung von großindustrieller Seite (es sollen 100 000 Frank geschenkt worden sein) die „unabhängige Arbeiterbörse" in Paris eröffnete, gab er an, 65 Vereine, 87 000 gelb organisierte Arbeiter ständen hinter ihm. Feßmann hat dieser Zahl nachgeforscht und verweist sie „in das Gebiet der Fabel". Im Dezember d. J. sprach Lanoir von ihm anhängenden 211 Werkvereinen mit 97 150 Mitgliedern. Eine Nachprüfung ergab, daß es im günstigsten Falle 20 000—25 000 waren. Auf dem im März 1902 in Paris abgehaltenen ersten französischen Gelbenkongreß sollten nach der Eröffnungsrede Lanoirs „1584 Gewerkvereine mit 590 096 Mitgliedern" vertreten sein. Tatsächlich waren Hunderte von Vereinen angemeldet, die gar keinen Gewerkvereinscharakter trugen, die Kongreßarrangeure hatten, auch vorbildlich für die klerikal-konservativen Veranstalter des „nationalen Arbeiterkongresses" für Deutschland, alle möglichen Vereinigungen eingeladen, um mit einer großen Zahl zu prunken. Feßmann stellte fest: „In Wirklichkeit hat die Anzahl der auf dem ersten Kongreß vertretenen gelborganisierten Arbeiter nicht einmal 20 000 ganz erreicht! Die Gelbenzüchter hatten also einen ungeheuerlichen Zahlenschwindel getrieben.

Der Nachfolger Lanoirs, sein persönlicher Feind Pierre Biétry, verstand den Schwindel nicht minder gut. Biétry versuchte es zunächst mit einer „nationalistischen" Gründung, machte dem Sozialismus allerhand Konzessionen, mußte aber die Erfahrung machen, daß dieser Bluff nicht zog. Außerdem gaben die Großindustriellen und Kleriker für nationalistische Experimente kein Geld her. Biétry löste denn auch bald den nationalistischen Bund auf und begab sich allmählich ganz auf die „gelben Richtlinien". Nunmehr floß ihm zwar das Geld von den reaktionären Parteien zu, aber mit der Entwicklung eines starken Gelbenbundes wurde es wieder nichts. Um seinen Geldgebern das Opfern für die „nationale Sache" schmackhafter zu machen und um sich als der einflußreichste Führer einer „mächtigen Bewegung" erscheinen zu lassen, schwindelte Biétry das Blaue vom Himmel herunter. Er arrangierte im November 1904 nach Lanoirs Muster in Paris einen Kongreß aller antisozialistischen Gewerkvereine Frankreichs. Auf ihm sollen, „zusammen 322 000 Arbeiter" vertreten gewesen sein, u. a. 214 Gewerkvereine. Feßmann stellt fest, daß zunächst einmal gewisse Mitgliedschaften doppelt gezählt wurden — was bekanntlich auch auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongreß für Deutschland konsequent geschieht — und daß die Nachprüfung der angeblich vertretenen Mitgliederziffern an Hand der amtlichen Statistik ergebe, daß nur 167 Vereine mit zusammen 22 162 Mitgliedern vertreten gewesen sein können. So ähnlich verhielt es sich mit der angeblichen und der wirklichen Stärke der auf den nachfolgenden Gelbenkongressen vertretenen „Bewegung". Die Biétry und Genossen machten fortgesetzt eine schwindelhafte Reklame, gaben hundertfausend Mitglieder an, wenn auch keine zehntausend wirklich existierten, verbrauchten beidenmäßig viel Geld, gespendet von Großindustriellen und Klerikern, für ihre gelben Zeitungen und „Arbeitshörien", bis der tolle Schwindel jählings zusammenbrach. Im Mai 1908 wurde der Biétrysche gelbe Nationalverband aufgelöst. Feßmann schreibt, die gelbe Bewegung habe das Interesse der Oeffentlichkeit „weniger durch praktische Erfolge als durch die außerordentlich gewandte Reklame" erweckt. Einen wirklichen Einfluß habe sie auf die französische Arbeiterbewegung nicht ausgeübt.

Ohne die finanzielle Unterstützung der Großindustriellen hätten die französischen Gelben überhaupt nicht leben können. In derselben Lage befinden sich die augenblicklich mit großen Zahlen prunkenden Gelben in Deutschland. Auch ihre Bäume werden nicht in den Himmel wachsen!

*) Dr. Karl Feßmann: Gelbe Werkvereine in Frankreich. Syndicats Jaunes. Berlin, Verlag von L. Simion. 1914.

Ostpreußischer Pferdehandel.

Ein Militärprozeß gegen die Vorwärtsredakteure.

II.

Auffällig! Gerade jetzt, wo es brenzlich wird, wo das angeblich nicht geführte Konto des Oberstleutnant Haack aus den rasch beschlagnahmten Büchern aufgeklärt werden soll, ist der Oberstleutnant schwer erkrankt. So schwer, daß er nicht im Gerichtssaal und auch nicht einmal in seiner Wohnung vernommen werden kann. Der Prozeß gegen die drei Vorwärtsredakteure mußte deshalb vertagt werden.

Der Prozeß hat aber auch jetzt schon ein Bild der kapitalistischen Verseuchung entrollt, wie selbst wir es kaum für möglich gehalten hätten. Die mühsame Pferdezucht der kleinen Besitzer und der Pferdezüchter in Ostpreußen sieht sich durch reiche Händlerfirmen bedrängt, ja in ihrer Existenz geradezu bedroht. Der Züchter hat die schwierige, langwierige Arbeit, den Profit hat das Kapital, und offenbar nicht zu knapp. Und dazu trägt der Militarismus das meiste bei. Nach dem Gesamteindruck, den der Prozeß machte, mögen die Gewinne, die die begünstigte Firma Sandelowski u. Rachmann aus dem Ankauf und Verkauf von Pferden zog, jährlich Hunderttausende betragen.

Dem Vorwärts war zur Last gelegt, daß er klipp und klar zum Ausdruck brachte, die Remonte arbeite nicht Hand in Hand mit dem Züchter, der da arbeitet, sondern mit dem Händler, der da besitzt. Die Beweisaufnahme hat das weit über alle Erwartungen hinaus bestätigt. Die Militärbehörde und Staatsanwaltschaft meinten allerdings, darin liege der Vorwurf, die Herren arbeiteten aus persönlichem Interesse, gewissermaßen als Bestochene für die Firma. Davon stand in den Artikeln kein Wort. Daß aber Militärpersonen Hand in Hand mit der Firma gearbeitet haben, durfte nach der Beweisaufnahme unmöglich noch bestritten werden können. Jede reinlich gehaltene Kommunalverwaltung schreibt vor: von den Lieferungen für die Kommune müssen die Magistratsmitglieder und Stadtverordneten sich fernhalten. Verpönt ist jede private Verbindung mit Leuten, über deren Aufträge für die Kommune man zu bestimmen hat. Und was sehen wir in Ostpreußen bei der Remontekommission? Es ist gang und gäbe und gilt als ganz selbstverständlich, daß die Herren von der Remonte bei den Pferdehändlern, bei denen sie den Bedarf für den Staat teilweise decken, auch für ihre Person Pferde kaufen. Die Pferde werden dann zugeritten und weiter verkauft. Der Major v. Rundstedt gab an, er habe es so mit nicht weniger als 14 Pferden gemacht. Durchschnittlich habe er an jedem Pferde „rund 514,28 Mark" verdient. Das macht also die Kleinigkeit von rund 7900 Mark. Wie viele Züchter haben durch ihre jahrelange mühsame Arbeit im vergangenen Jahr so viel verdient, wie hier der Major v. Rundstedt dadurch, daß er täglich eine Stunde lang ein von der Firma gekauftes Pferd zuritte?

Der Major hatte selbst, wie er als Zeuge bekundet, die Empfindung, die Firma wolle ihn durch besonders billige Preise bei guter Laune halten. Er gab deshalb in einzelnen Fällen 200, 250 und 300 Mk. mehr als von ihm verlangt wurde. Er fühlte intuitiv, daß die Inhaber der Firma, denen er keinen großen Drang nach Wahrheitsliebe zutraute, ihm besonders gefällig sein wollten.

In wieviel Fällen ein Pferd, das eben bei einem Züchter zurückgewiesen wurde, durch ihn von der Firma dann gekauft wurde, weiß er offenbar nicht. Gar lustig klang es als er selbst als Sachverständiger glaubte darlegen zu müssen, mit welchem Schwindel Pferdehändler zuweilen die Offiziere täuschen.

Weit, weit schlimmer als solche Kniffe von Roßtäuschern sind aber die Praktiken, die in der Beweisaufnahme gegen die Firma festgestellt sind. Wie eine Komödie hört sich die köstliche Schilderung an, bei der die Firma ihre bereits genutzterten Pferde durch scheinbare Besitzer nochmals vorstellen läßt. Und so manche andere Tricks der Firma sind ja durch die Beweisaufnahme bereits aufgedeckt.

Aber dem aufmerksamen Leser des Berichts wird auffallen, daß einige Zeugen an einer verhängnisvollen Schwächung des Erinnerungsvermögen leiden. So die semitischen Geschäftsfreunde der unzweifelhaft arischen Offiziere. Das fällt hier doppelt auf, weil sonst bei Kaufleuten und zumal bei jüdischen Kaufleuten, das Gedächtnis außerordentlich gut entwickelt ist. Von dieser bedauerlichen Krankheit ist leider auch der Buchhalter der Firma Sandelowski u. Rachmann befallen worden, so daß auch er wenig darüber aussagen kann, welcher Art die geschäftliche Verbindung zwischen Offizieren und Händlern gewesen ist.

Die Herren Sandelowski u. Rachmann sind nicht nur sehr vergeßlich, es scheint auch um ihre kaufmännischen Fähigkeiten schlecht bestellt zu sein, somit die Kenntnisse der Gesetzesvorschriften in Frage kommen. Diese Zeugen behaupteten nämlich, daß einige Geschäftsbücher ihrer Firma, woraus man näheres über die Verbindung mit den Offizieren hätte erfahren können, vernichtet worden seien. Nach dem Handelsgesetzbuch sind die Kaufleute verpflichtet, ihre Handelsbücher bis zum Ablauf von zehn Jahren, von dem Tage der darin vorgenommenen letzten Eintragung an gerechnet, aufbewahren. Die Firma Sandelowski u. Rachmann würde sich also einer Gesetzesverletzung schuldig gemacht haben, wenn die bedeutungsvollen Bücher vor der Zeit verschwunden sein sollten.

Ergänzend muß allerdings noch bemerkt werden, daß die vergeßlichen Zeugen nicht alles vergessen haben. Ihr Gedächtnis funktionierte viel besser, als es sich darum handelte, günstige Umstände für die Offiziere festzustellen.

Solche vergeßliche Zeugen sind schon oft aufgetreten. Sie tauchen gewöhnlich dort auf, wo es die Geschäfte von Leuten aufzuhellen gilt, die als Stützen der bürgerlichen Gesellschaft gelten. Die Vergeßlichkeit hat ebenso wie der kranke Mann im Eulenburgprozeß eine große Rolle gespielt, sie war in den Krupp-Prozessen sehr verbreitet, man trifft auf sie auch dort, wo Schutzleute über die Taten von streikenden Rowdys berichten sollen. In dem Falle der beiden Offiziere hat das Gericht telegraphisch die Herbeischaffung der Geschäftsbücher der Firma Sandelowski u. Rachmann verfügt. Infolgedessen wird man wohl noch genaueres über die militaristische Geschäftsverbindung erfahren.

In Ostpreußen sprechen nach den Bekundungen der Zeugen echt patriotische Anhänger der heutigen Gesellschaftsordnung ständig davon, daß der arbeitenden Züchter so außerordentlich gegen den kapitalkräftigen Händler benachteiligt sei. Es ist das Tagesgespräch. Sie wissen aber nicht, wie diese Benachteiligung zu erklären ist. Sie ahnen nichts von dem tiefen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Militarismus. Sie hatten bislang nur die dunkle Empfindung, daß, wer den Militarismus stärkt, auch den Kapitalismus stärkt und den Arbeitenden gegenüber dem Besitzenden benachteiligt.

Prächtig, daß die Aktion, die der Kriegsminister gegen den Vorwärts durch seinen Strafantrag eingeleitet hat, jenen der Sozialdemokratie noch so fernstehenden Schichten nunmehr die Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen Militarismus und Kapitalismus in die Gehirne hineinhämmert. Prächtig, daß so der Kriegsminister ferner die Erkenntnis verbreiten hilft: nur die Sozialdemokratie kann die Schäden der heutigen Wirtschaftsordnung beseitigen, nur sie bekämpft unerschrocken die Schäden des Kapitalismus und Militarismus.

*

Der Gutsbesitzer Brehmert und der Besitzer Warnand klagen über schlechte Behandlung der Besitzer durch den Major v. Rundstedt auf den Remontemärkten. Warnand bekundet, er sei **über die Behandlung geradezu entrüstet gewesen**, besonders weil er sah, wie der Major betrebt war, die Händler, insbesondere Sandelowski & Rachmann, verdienen zu lassen und die Besitzer, wenn angängig, auszuschließen. Es sei ihm ein ganz vorzügliches Pferd zurückgewiesen worden. — Verteidiger Dr. Heinemann: Herr Major, wie erklären Sie es, daß nicht nur dieser Zeuge, sondern auch ein so angesehener Mann wie Herr Simon aus Pillkallen bekundete, er sei über die Behandlung der Besitzer und die Bevorzugung der Händler geradezu entrüstet gewesen. — Major v. Rundstedt: Ich bitte, eine Anzahl Zeugen zu laden (er nennt mehrere Namen), die das Gegenteil bekunden werden. Ich bin bei den Remontemärkten derart überlastet, daß ich alles kurz abfertigen muß. Er ersucht, mehrere Zeugen zu vernehmen, die bekunden, daß ein Wink noch nicht Ablehnung bedeutet. — Besitzer Maschkowski-Pillkallen: Es sei ihm mitgeteilt worden, daß Major von Rundstedt zu dem Pferdehändler Tobias in Königsberg einmal gesagt hat: Wir brauchen nächstens 150 Pferde, führen Sie viel Pferde vor, damit Sie aus dem Dalles herauskommen. — Major v. Rundstedt: Ich habe von Tobias sehr wenig Pferde gekauft; eine solche Aeußerung habe ich jedenfalls nicht getan. — Stallmeister Voß: er sei fünf Jahre hindurch Reitlehrer bei Sandelowski & Rachmann in Königsberg gewesen. Der Major habe gewöhnlich im Winter ein, im Sommer zwei Pferde bei Sandelowski eingestellt gehabt. Das Futter habe er seines Wissens bezahlt, ob auch das Standgeld, entziehe sich seiner Kenntnis. — Vorsitzender: Major Rundstedt soll von Sandelowski & Rachmann 5000—6000 Mark jährlich Provision erhalten haben. Die Firma Sandelowski soll einmal fünf Kehlkopfpfeifer an die Militärverwaltung in Cassel verkauft und von dieser zurückerhalten haben. Alsdann sollen die Kehlkopfpfeifer dem Herrn Major v. Rundstedt verkauft worden sein. — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Auf Befragen des Zeugen durch Verteidiger Dr. Haase gibt er zu, daß die fünf Kehlkopfpfeifer wieder eingereiht wurden und Major v. Rundstedt drei davon gekauft habe! — Verteidiger Haase: Sind die Kehlkopfpfeifer für das Militär nicht vollständig unbrauchbar? — Zeuge: Jawohl. Die Kehlkopfpfeifer werden auch von den Regimentern stets wieder zurückgeschickt. — Verteidiger Haase: Weshalb mag Major v. Rundstedt die drei Kehlkopfpfeifer trotzdem gekauft haben? — Das konnte Major v. Rundstedt nicht erkennen. — Auf ferneres Befragen durch Haase bekundet der Zeuge: Ob Major v. Rundstedt und auch sein Vorgänger, Major v. Haack, Pferde von Sandelowski geschenkt bekommen haben, sei ihm nicht bekannt; er wisse auch nicht, ob der Sohn des Haack Pferde geschenkt erhalten habe. Soweit ihm bekannt, habe **Haack jun. zwei Pferde von Sandelowski gekauft. Das letzte Pferd sei bestimmt bezahlt worden; das Geld sei per Post von Berlin zu einer Zeit gekommen, als gerade Herr Rachmann in Berlin war.** Major v. Rundstedt habe vier bis fünf Pferde von Sandelowski und Rachmann gekauft, ob zum Einkaufspreis oder unter demselben sei ihm nicht bekannt; auch wisse er nicht, ob Major v. Hardt die Pferde zum Einkaufspreise oder darunter erhalten habe. Das muß der Buchhalter wissen. Der Buchhalter sagte einmal, er habe gefragt, wie er die Pferde, die v. Hardt erhalten, buchen solle. Es sei ihm darauf geantwortet worden, das gehe ihn nichts an. — Verteidiger Haase: Wenn ein Kaufpreis verabredet wird, wird er doch auch gebucht. — Vorsitzender: Major v. Rundstedt soll an jedem Pferde, das er von Sandelowski gekauft und wieder verkauft hat, 600—700 Mark und darüber verdient haben. — Zeuge: Davon ist mir nichts bekannt. — Vorsitzender: Major v. Rundstedt soll auch oftmals von Sandelowski und Rachmann Wagen geschenkt bekommen haben. Hat er dafür bezahlt? Zeuge: Das weiß ich nicht. — Major v. Rundstedt bestreitet, jemals Vorteile von Sandelowski und Rachmann erhalten zu haben. Er habe einmal einen Kehlkopfpfeifer gekauft. Als er das Pferd als solches festgestellt habe, habe er es zurückgegeben. Der Fehler sei sehr schwer festzustellen. Sachverständiger Abg. Hofer: Ein Kehlkopfpfeifer ist meiner Meinung nach durch einen Schlag auf den Bauch sofort festzustellen. — Major v. Rundstedt bemerkt im Weiteren auf Befragen des Vorsitzenden, er **habe allerdings einige Male einen höheren Preis für ein Pferd an Sandelowski und Rachmann gezahlt, als ihm in Rechnung gestellt wurde, da er erkannt hatte, daß das Pferd mehr wert war.** Er wollte kein Pferd unterm Preis kaufen.

Es wird darauf der Buchhalter Spieß von der Firma Sandelowski u. Rachmann als Zeuge vernommen. Er bekundet auf Befragen, Major v. Rundstedt und auch Major v. Haack haben, soweit ihm bekannt, keine materiellen Vorteile von Sandelowski und Rachmann erhalten. Major v. Rundstedt habe für die von ihm bei Sandelowski u. Rachmann eingestellten Pferde Futter und Standgeld bezahlt. Ob Major v. Rundstedt, Major v. Haack oder von Haack jun. Pferde geschenkt oder unter Preis erhalten haben, sei ihm nicht bekannt. — Verteidiger Haase: Haben Sie diese an Major v. Rundstedt, Major v. Haack und v. Haack jun. gelieferten Pferde gebucht? Zeuge: Soweit mir erinnerlich, ist das geschehen. Verteidiger: Sie sollen, **als für das letzte an Haack gelieferte Pferd 1200 Mk. mit der Post von Berlin antamen, sich gewundert haben, daß es gerade zu einer Zeit kam, als Herr Rachmann in Berlin war!** — Zeuge: Das ist mir nicht erinnerlich. — Verteidiger: Sie sollen zu Herrn Voß einmal gesagt haben, Sie haben gefragt, wie Sie die an Herrn Major v. Haack gelieferten Pferde buchen sollen. Es sei Ihnen geantwortet worden, das geht Sie gar nichts an. — Zeuge: Das ist mir nicht erinnerlich. — Auf Antrag des Verteidigers Haase wird dem Zeugen der Reitlehrer Voß gegenübergestellt. Der Zeuge Spieß bleibt jedoch trotz aller Vorhaltungen dabei, daß er sich nicht auf derartige Aeußerungen besinnen könne. — Major v. Rundstedt: Herr Spieß, ist Ihnen erinnerlich, daß ich alle meine Rechnungen bei Sandelowski u. Rachmann in längstens 24 Stunden reguliert habe? — Zeuge: Ich glaube, daß es so war. Vert. Haase: Wie kommt es, daß Sie sich auf nichts mehr erinnern und gerade bei dieser Frage des Herrn Major v. Rundstedt plötzlich ein gutes Gedächtnis haben? — Zeuge: Darüber kann ich nichts sagen. — Die Verteidiger beantragen darauf, die in Betracht kommenden Bücher der Firma Sandelowski u. Rachmann aus Königsberg zur Stelle zu schaffen. — Major v. Rundstedt ersucht, die Inhaber der Firma Wertmann als Zeugen zu laden, da ihm in einem Artikel des Vorwärts der Vorwurf gemacht worden sei, daß er die jüdischen Händler bevorzuge zu ungunsten der christlichen. Die Firma Wertmann ist eine christliche Firma, während Sandelowski u. Rachmann Juden seien. Der Gerichtshof behält sich die Beschlußfassung vor.

Im Weiteren wurde noch bekundet, daß Major Haack eine große Anzahl Pferde bei den Händlern, insbesondere bei der Firma

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140623-10/fragment/page=0005

Sandelowski u. Rachmann gemustert habe. Diese haben die Pferde dann an Privatpersonen verkauft und diese veranlaßt, die Pferde der Remontekommission vorzuführen. Das soll geschehen sein, um den Verdacht zu beseitigen, daß die Händler vor den Züchtern bevorzugt werden.

Zeuge Rittergutsbesitzer Simson sagt aus, er habe bei dem Remontemarkt wahrgenommen, daß Major v. Rundstedt ohne Ansehen der Person die Musterungen vorgenommen habe. Er habe auch wahrgenommen, daß bei der einzelnen Ablehnung eines Pferdes die Züchter über die Ursache der Ablehnung nicht im Zweifel sein konnten. Der Major sei niemals gegen die Züchter unhöflich gewesen. Allerdings wurden die Pferde scharf gemustert. — Major v. Rundstedt: Es ist oftmals vorgekommen, daß nach Beendigung des Remontemarktes der Bedarf noch lange nicht gedeckt war. Ich habe alsdann noch nachkaufen müssen. — Der Vorsitzende teilt hierauf mit, daß die in Betracht kommenden Kontobücher der Firma Sandelowski u. Rachmann in Königsberg zur Stelle geschafft werden sollen. — Die Zeugen **Sandelowski u. Rachmann bemerken, für den Major v. Rundstedt sei ein Konto bei ihnen vorhanden, nicht aber für den Major Haak!** (Große Bewegung im Zuhörerraum.) Buchhalter Spieß sagt: Ein Konto Haack sei jedenfalls vorhanden gewesen, ob es noch vorhanden sei, könne er nicht sagen. — Vors.: Sie müssen als Buchhalter doch Auskunft geben können, in welchem Buche ein Konto für Haack enthalten ist. — Zeuge: Genau kann ich es nicht sagen. — Vert. Haase: Wie kommt es, daß, wie Herr Rachmann sagte, für Herrn Major v. Rundstedt, der stets innerhalb 24 Stunden reguliert hat, ein Konto vorhanden ist, während für Haack ein solches überhaupt nicht existiert. — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Vert. Haase: Wenn Herr Haack am 12. Febr. 1912 ein Pferd von Sandelowski u. Rachmann gekauft hat, wo ist alsdann das Pferd gebucht worden? — Zeuge: Im Hauptbuch. — Vert.: Ist das nicht zunächst in die Kladde eingetragen worden? — Zeuge: Nein. Bisweilen, wenn die Zahlung nach einigen Tagen einging, **hat überhaupt keine Buchung stattgefunden.** — Vert. Haase: Da es den Anschein hat, daß der Zeuge keine Auskunft geben kann oder will, so beantrage ich, alle Kontobücher der Firma Sandelowski u. Rachmann von 1910 ab zur Stelle zu schaffen.

Pferdehändler Rachmann in Firma Sandelowski u. Rachmann bekundet, es sei ausgeschlossen, daß er an den jetzigen Oberstleutnant Haack oder dessen Sohn irgendwelche Geschenke in Form von Pferden oder Geld gemacht habe. Die Pferde, die Haack sen. und Haack jun. kauften, seien sämtlich bezahlt worden. Es sei ausgeschlossen, daß die 1200 Mk., die Haack jun. aus Berlin gesandt, von ihm (Zeugen) geschickt worden seien. — Vors.: Sie sagten vorhin, ein Konto Haack existiert nicht. Wie kommt es, daß für Herrn Major v. Rundstedt, der zumeist sofort spätestens innerhalb 24 Stunden bezahlte, ein Konto vorhanden ist? — Zeuge: Sobald die Zahlung erfolgt ist, habe ich kein Interesse an der Buchung. Vors.: Die Zahlung ging doch aber nicht sofort ein. Haben Sie den Verkauf aller Pferde im Kopfe. — Zeuge: Jawohl. In den alten Büchern werden ja die Pferdeverkäufe eingetragen sein. — Sind die Bücher noch vorhanden? — Zeuge: Ich glaube, **die alten Bücher sind vernichtet!** — Verteidiger Haase: Herr Rachmann, es ist mir doch persönlich bekannt, daß Sie in Königsberg mehrere Pferdeprozesse hatten und daß Sie aus ihren Büchern den Ein- und Verkaufspreis nachgewiesen haben. — Zeuge: Das ist möglich. — Vert. Haase: Wenn Sie für ein verkauftes Pferd die Bezahlung erhielten, wo ist das gebucht? — Zeuge: Das wird zunächst ins Kassabuch eingetragen. — Vert.: Nun wissen wir es endlich. Wir brauchen also vor allem Hauptbuch und Kassabuch. — Auf Befragen des Verteidigers Heinemann bemerkt der Zeuge Rachmann, er habe Herrn Haack oder dessen Sohn, ebenso wenig den Major v. Rundstedt irgendwelche materielle Vorteile gewährt. **Er wollte Herrn Oberstleutnant Haack im Herbst v. Js. in Berlin aufsuchen, habe ihn aber nicht angetroffen.** — Vert. Haase beantragt wiederholt, sämtliche Kontobücher von der Firma Sandelowski u. Rachmann zur Stelle zu schaffen. — Major v. Rundstedt: Ist Ihnen, Herr Rachmann, erinnerlich, daß Sie mir einmal ein Pferd für einen außergewöhnlich billigen Preis anboten und ich Ihnen sagte, für den Preis kann ich das Pferd nicht kaufen, das Pferd ist bedeutend mehr wert? Ich habe Ihnen alsdann einen höheren Preis gezahlt. — Rachmann: Ich glaube, daß das vorgekommen ist. Ich hatte einmal zu einem ausnahmsweise billigen Preise Pferde gekauft. — Vert. Haase: Ist es richtig, daß **Major Haack bei Ihnen Pferde gemustert, für gut befunden und Sie alsdann die Pferde an den Züchter Fink, Morne usw. verkauften mit dem Auftrage, die Pferde als eigene der Remontekommission vorzuführen?** — Zeuge: **Das ist möglich.** — Vors.: Wissen Sie das nicht genau? Zeuge: Ich erinnere mich nicht. — Vors.: Weshalb ist das geschehen? — Zeuge: Die Händler durften nicht sofort Pferde vorführen, das war nur den Züchtern erlaubt. — Auf Befragen des Verteidigers Heinemann muß nach einigem Hin und Her der Zeuge **Rachmann zugeben, in Berlin den Oberstleutnant Haack getroffen und gesprochen zu haben,** was den Verteidiger veranlaßt, den Zeugen zu sagen, er habe vorher das Gegenteil behauptet und damit einen glatten Meineid geleistet.

Pferdehändler Sandelowski bekundet, er habe weder dem Oberstleutnant Haack noch dem Major v. Rundstedt jemals materielle Vorteile gewährt. — Major v. Rundstedt hatte ein Konto, nicht aber Major Haack, da dieser stets sehr bald bezahlte. Die alten Kontobücher werden nicht aufgehoben, sondern als Makulatur verkauft oder sonst vernichtet. — Vert.: Sie müssen doch einen besonderen **Grund gehabt haben, die Pferdekäufe des Oberstleutnants Haack nicht zu buchen.** — Zeuge: Die Beträge waren nicht erheblich. — Vert.: Wie hoch belief sich der jährliche Betrag? — Zeuge: **Auf etwa 25 000 Mk.** — Vert.: Das ist bei Ihnen kein erheblicher Betrag? Nun frage ich aber, haben Sie für andere Leute ebenfalls kein Konto angelegt? — Zeuge: Das ist bei 30 bis 40 Kunden, die sofort bezahlten, geschehen. — Vert.: Sie haben also alle diese Geschäfte der Steuerbehörde verschwiegen? — Zeuge: Das habe ich nicht getan. — Vert.: Sie werden doch Ihre Steuerdeklaration auf Grund Ihrer Bücher machen. — Zeuge: Wir haben jedenfalls in der Steuerdeklaration nichts verschwiegen. — Vert.: Ist es richtig, daß Sie **an kleine Züchter Pferde, die Oberstleutnant Haack gemustert hatte, verkauften mit der Anweisung, die Pferde der Remontekommission vorzuführen? — Zeuge: Das ist richtig.** Vert.: Weshalb geschah das? — Zeuge: Es waren ja meine Pferde, mit denen ich machen kann, was ich will! — Vert.: Sie sind verpflichtet, meine Fragen zu beantworten. — Staatsanwalt: Herr Zeuge, das ist keine Frage vor Gericht aufzutreten. — Vors.: Ich mache Sie darauf aufmerksam, Herr Sandelowski, daß, wenn Sie etwas verschweigen, Sie sich des Meineids schuldig machen und ins Zuchthaus kommen können. — Zeuge: Das weiß ich wohl. **Ich erinnere mich aber nicht mehr.** — Auf weitere Fragen des Majors v. Rundstedt und des Staatsanwalts weiß sich der Zeuge der kleinsten Einzelheiten zu erinnern.

Vert. Heinemann: Ich stelle fest, daß sich der Zeuge jetzt der kleinsten Einzelheiten genau erinnern kann, während er bisher sich nichts erinnern konnte. Das ist doch ein offenbarer Meineid.

Es werden hierauf noch zwei Zeugen vernommen, die bekunden, daß Major v. Rundstedt die Händler vor den Züchtern nicht bevorzugt habe. — Alsdann wird die Verhandlung auf Sonnabend vormittag vertagt.

In der Sonnabend-Vormittagssitzung erschien ein Vertreter des Kriegsministeriums. Vor dem Richtertisch stehen drei große Koffer, in denen die bei Sandelowski u. Rachmann beschlagnahmten Kontobücher enthalten sind. Nach Eröffnung der Sitzung teilt der Staatsanwalt mit, es sei ein ärztliches Attest eingegangen, wonach **Oberstleutnant Haack,** der in Charlottenburg, Leibnizstraße wohne, **seit einigen Tagen an Schwindelanfällen leide und nicht in der Lage sei,** an Gerichtsstelle **zu erscheinen.** Da aber aus dem Attest nicht hervorgeht, daß Haack unfähig ist, nach dem Gericht zu kommen, wird zu erwägen sein, was geschehen muß. Von Haacks Vernehmung hängt der Ausgang des Prozesses nicht ab, da die Vorwürfe sich lediglich gegen Major Rundstedt richten. Da es aber im Interesse der Verwaltung und auch des angegriffenen Offiziers liegt, volle Klarheit zu schaffen, so beantragt der Staatsanwalt einen Arzt in die Wohnung des Haack zu schicken, um sich zu erkundigen, wann Haack vernehmungsfähig sei und ob er eventl. kommissarisch vernommen werden könne. Die Verteidiger sind damit einverstanden. — Buchhalter Spieß beschwert sich über die Zeitungsberichte, in denen es heißt, er habe gestern gesagt „ich weiß nicht". Verteidiger Haase: Das ist doch vollständig richtig. Sie haben selbst auf die in höflichster Form durch den Herrn Vorsitzenden gestellten Fragen, welche Kontobücher bei Sandelowski geführt werden, keine Auskunft geben können. Zeuge gibt hierauf einige Erklärungen. Auch der gestern vernommene Zeuge Sandelowski macht einige Ergänzungen; diese bleiben aber am Berichterstattertisch vollständig unverständlich. — Auf Antrag des Dr. Heinemann beschließt der Gerichtshof, die Einsicht in die Bücher erst nach Vernehmung des Oberleutnants Haack vorzunehmen. — Nach längerer Pause erscheint der telephonisch herbeigerufene Gerichtsarzt Dr. Marx, der beauftragt wird, sich zu Haack zu begeben. Es wird alsdann Bücherrevisor Weißkuhl-Königsberg als Zeuge vernommen. Er bekundet, es seien in einer Restauration in Königsberg die Eingesandts des Zeugen Eidner herumgereicht worden, er habe außerdem mit Stallmeister Voß eine längere Unterredung gehabt. Voß habe ihm mitgeteilt, Haack und auch Major von Rundstedt erhalten von Sandelowski u. Rachmann verschiedene Vorteile. Die Firma werde auch bei den Remontemärkten ungemein bevorzugt. Die Besitzer und kleinen Händler können infolgedessen gar nicht zu Geschäften kommen. Haack erhalte Pferdegeschenkt. Es seien einmal zur Zeit als Rachmann in Berlin war, 1200 Mark aus Berlin vom Oberstleutnant Haack für ein von ihm gekauftes Pferd angekommen. Diese Sache sei sehr verdächtig gewesen. Major v. Rundstedt habe seine Pferde bei Sandelowski u. Rachmann stehen und benütze auch dort die Reitbahn und das Telephon. Major v. Rundstedt verdiene durch An- und Verkauf von Pferden jährlich 5000—6000 Mark!! Der Zeuge hat sich nach der Unterredung mit Voß Aufzeichnungen gemacht, um im Interesse der kleinen Besitzer und Züchter sie eventuell einmal verwerten zu können. Stallmeister Voß bemerkt, er habe die dem Bücherrevisor Weißkuhl gemachten Erzählungen nicht bloß aus eigener Wissenschaft, sondern von Besitzern und kleinen Händlern erhalten. Im übrigen seien diese Dinge in Königsberg öffentliches Geheimnis gewesen. Major v. Rundstedt sucht die gegen ihn vorgebrachten Angriffe als unwahr zurückzuweisen.

Major v. Rundstedt bemerkt weiter, es sei eine große Kunst, ein brauchbares Pferd zu züchten. Es gehöre dazu, gute Fohlen auszuwählen, die Tiere gut zu füttern und in rationeller Weise zu verpflegen. Das verstehen leider die ostpreußischen Landwirte sehr wenig. — Verteidiger Haase zum Zeugen Voß: Sie sagten am Donnerstag, Oberstleutnant v. Haack hätte bei Sandelowski u. Rachmann eine Anzahl Pferde gemustert. Die Pferde wurden alsdann verschiedenen Züchtern mit der Anweisung verkauft, sie der Remontekommission vorzuführen. Hat Oberstleutnant Haack später sein Bedauern ausgesprochen, daß die von ihm gemusterten Pferde entfernt waren? Zeuge: Oberstleutnant Haack hatte die Pferde zu dem Zwecke, daß sie den Züchtern zugeführt werden, ausgesucht. — Es erscheint alsdann Gerichtsarzt Dr. Marx: Er sei in der Wohnung des Oberstleutnant Haack gewesen und habe ihn ärztlich untersucht. Der Oberstleutnant habe vor einigen Tagen einen Schwindelanfall erlitten und befindet sich in einem Zustande, daß er vorläufig und wahrscheinlich auch in den nächsten Tagen selbst in seiner Wohnung nicht vernehmungsfähig sein wird. Von einem Erscheinen an Gerichtsstelle kann keine Rede sein. — Vorsitzender: Ist der Herr Oberstleutnant Haack infolge dieser Verhandlung auch aufgeregt? — Dr. Marx: Jawohl, die Vorgänge in dieser Verhandlung haben auf den Herrn Oberstleutnant sehr aufregend gewirkt.

Nach einer kleinen Pause beantragen die Verteidiger, die Verhandlung zu vertagen, bis Oberstleutnant Haack in der Lage sei, an Gerichtsstelle als Zeuge zu erscheinen. Nach sehr langer Beratung verkündete der Gerichtshof, er habe beschlossen, die Verhandlung zu vertagen, bis Haack imstande ist, als Zeuge vernommen zu werden. Zu dem neuen Termin werden die bisherigen Sachverständigen und Zeugen wieder geladen und einen gerichtlichen Bücherrevisor wird der Auftrag gegeben, die Geschäftsbücher der Firma Sandelowski u. Rachmann zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.

Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Kr. Hamburg, 19. Juni.

Am letzten Verhandlungstage berichtete die am Tage zuvor eingesetzte Neunerkommission über die Finanzreform. Die Kommission stimmt im großen und ganzen der Vorstandsvorlage zu; nur in wenigen Punkten schlägt der Berichterstatter Grimm-Dresden Abänderungen vor. Die Verdienstgrenze für die zweite Beitragsgrenze soll nicht 18—23, sondern 18—24 Mk. betragen; ebenso soll das tägliche Krankengeld in dieser Klasse statt 85 Pfg. 1 Mk. betragen. Die von dem Vorstand vorgesehene Bestimmung, welche die Berechnung der Barentschädigung oder des nicht getrunkenen Freibieres regelt, will die Kommission gestrichen wissen. Die in den Zahlstellen verbleibenden Prozente empfiehlt die Kommission auf sieben zu erhöhen für Orte ohne angestellte Beamte.

In einer lebhaften Aussprache, die sich an diesen Bericht schloß, beanstandeten mehrere Redner die neuen Bestimmungen über den öfteren Bezug von Erwerbslosenunterstützung. Der Vorstand hat bei diesen Bestimmungen beabsichtigt, den Verband vor Kassenmardern zu bewahren. Von den Rednern wurde allgemein befürchtet, daß hierdurch mehr die älteren Kollegen, die vielleicht jahrzehntelang der Hilfe des Verbandes nicht bedurften, benachteiligt werden könnten. Von Supper-Bielefeld und Genossen lief folgender Antrag ein:

Es wird ein fakultativer Beitrag von 70 Pf. eingeführt. In diese Beitragsklasse können Kollegen mit einem Wochenverdienst von 27 Mk. eintreten. Die Krankenunterstützung beträgt bei diesem Beitrag 1,20 Mk. pro Tag, die Arbeitslosenunterstützung 1,75 Mk., Streikunterstützung pro Woche 27 Mk. oder pro Tag 3 Mk.; für Frauen und Kinder gelten die selben Unterstützungssätze wie in der 60 Pfg.-Beitragsklasse. Die Sterbeunterstützung beträgt 1,20 Mk.

Mit 59 gegen fünf Stimmen wird beschlossen, daß der Wochenbeitrag bei einem wöchentlichen Verdienst von 18 Mk. 40 Pf., bei einem Wochenverdienst von 18—21 Mk. 50 Pf. und bei mehr als 24 Mk. 60 Pf. betragen soll. Der Antrag Supper wird, ebenfalls in namentlicher Abstimmung, mit 35 gegen 29 Stimmen angenommen. In Zukunft gibt es also drei obligatorische und eine fakultative Beitragsklasse. Die Verkündung des letzten Abstimmungsresultates wurde von der Mehrheit mit stürmischen Beifall begleitet. Im übrigen wurde die Vorstandsvorlage angenommen mit der einen Aenderung, daß in der zweiten Klasse das Krankengeld 1 Mk. und in der dritten Klasse 1,10 Mk. beträgt.

Hierauf werden die übrigen Anträge zum Statut beraten. Abgelehnt wird die regelmäßige Abhaltung von Bezirkskonferenzen; diese sollen nur bei Bedarf zusammentreten. Ueber die Anträge der Zahlstellen Dortmund und Görlitz auf Schaffung eines Beirates geht der Verbandstag zur Tagesordnung über, nachdem Etzel sich lebhaft dagegen gewandt hatte. Künftig sollen die Verbandstage nicht alle zwei, sondern alle drei Jahre einberufen werden, wie es Hauptverwaltung und eine Anzahl Ortsverwaltungen beantragt hatten. Zum Schlusse wird dem Statut noch eine Bestimmung eingefügt, wonach der Vorstand die Streikbewilligung ablehnen kann, wenn das Organisationsverhältnis ungünstig ist. Sie muß abgelehnt werden, wenn nicht mindestens zwei Drittel der für die Bewegung in Betracht kommenden Verbandsmitglieder für den Streik gestimmt haben. — Die neuen Verbandssatzungen treten am 1. Oktober 1914 in Wirksamkeit.

Es werden darauf verschiedene Anträge erledigt. Zu den Vereinbarungen mit den Genossenschaften wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der 19. Verbandstag des Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verbandes bedauert die Tatsache, daß die Vereinbarungen, die zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter getroffen wurden, nicht immer so ausgelegt werden, wie das im Interesse der Weiterentwicklung und der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mühlenarbeiter notwendig ist.

Der Verbandstag beauftragt deshalb den Verbandsvorstand, bei dem Zentralverband der Konsumvereine dahin zu wirken, daß zur Lieferung an die Genossenschaft nur solche Mühlenfirmen zugelassen werden, bei denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich mit dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter geregelt sind.

Glauben die Genossenschaften, daß sie gezwungen sind, auch andere Mühlen zur Lieferung heranzuziehen, so muß darüber vorher eine Verständigung mit dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband herbeigeführt werden.

Zur Verschmelzungsfrage liegen Anträge aus den Zahlstellen Hamburg, Halle, Leipzig, Uelzen und Würzburg vor. Durch sie soll der Hauptvorstand beauftragt werden, mit den Verbänden der Böttcher und Bäcker wegen der Bildung eines Industrie-Verbandes für Nahrungs- und Genußmittel in Verbindung zu treten. Der Verbandsvorsitzende erklärt, daß sich der Vorstand bisher schon in dieser Hinsicht bemüht habe und es gegebenenfalls auch weiter tun werde; es müsse aber der Entwicklung Rechnung getragen werden.

Bei der Wahl des Hauptvorstandes wurden sämtliche Beamte einstimmig wiedergewählt. Sitz des Ausschusses bleibt Frankfurt; Wittich wird als Vorsitzender wiedergewählt.

Der nächste Verbandstag ist 1917 in Stuttgart.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. Juni 1914.

Vertiefung des gelben Sumpfes.

Durch die bürgerliche Presse geht die Mitteilung, daß die „vaterländisch gesinnten" Arbeitervereine im Evangelischen Vereinshaus eine Versammlung gehabt haben, in der der Frage einer festeren Organisation untereinander nähergetreten worden sein soll. Der Macher der Sache ist der Vorsitzende der bisher losen Vereinigung der Werkvereine, ein Herr Meyer vom Werkverein Weiße & Monski. Ein Herr Riffe vom Werkverein Mosi hielt einen Vortrag über das Thema: Wie können wir uns fester zusammenschließen, um mehr zu erreichen? Was der Mann erzählte, geht wirklich nicht mehr auf die Kuhhaut. Er sprach vom „unwürdigen Zwange, den die Sozialdemokratie skrupellos auf die Arbeiter" ausübe. Die Muß-Sozialdemokraten wünschten nichts Sehnlicheres, als von dem Drucke befreit zu werden. Nun ist aber das Köstlichste, daß gleich hinter diesen Worten die Zeitungsberichte den Satz bringen:

„Die Arbeitgeber sind gewillt, diese Bewegung zu unterstützen."

Das haben diese schon seither getan, und zwar mit den Mitteln des schlimmsten Terrorismus. Gerade heute, Montag, waren einige Arbeiter bei uns, denen ihr „Brotherr" erklärt hat, wer nicht dem gelben Werkverein beitritt, wird entlassen. Aehnliche Fälle des unerhörtesten Zwanges können wir hunderte aufzählen. Die ganze gelbe Bewegung ist ja überhaupt nur ein Angstprodukt und eine Zwangsgeburt der Unternehmer zum Schutze ihres Profits und zur Niederhaltung der schwer um ihr Dasein ringenden Arbeiter. Und etwas anderes soll auch das neue Kartell der Gelben nicht werden, wie die Berichte weiter sagen: „Das Kartell muß die Phalanx bilden den sozialdemokratischen Organisationen gegenüber." Also lediglich nur Bekämpfung der Arbeiterbewegung, die ein freies Wort führt und nicht die Interessen der Unternehmer, sondern die der Arbeiter vertritt. Aber noch einiges andere aus dem Bericht ist bemerkenswert. Es heißt da noch über die Aufgaben des neuen Kartells:

„Ferner dürfen Fragen über Sozialpolitik sowie Politik überhaupt nicht mehr ängstlich gemieden werden. Der bisherige Grundsatz: Politik darf nicht getrieben, gehört in die Rumpelkammer. Die nationale, vaterländische Arbeiterschaft ist verpflichtet, zu allen politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen."

Also noch eine Sturmkolonne gegen die freidenkende Arbeiterschaft bei politischen Aktionen sollen die armen Gelben bilden. Das ist besonders wichtig jetzt, wo man von den Behörden die freien Gewerkschaften trotz strengster politischen Neutralität als politische Körperschaften erklärt und ihnen die größten Beschränkungen und Schwierigkeiten auferlegt. Zu allem Ueberfluß will das gelbe Kartell auch noch einen neuen Arbeitsnachweis gründen, „damit die im nationalen Kartell organisierten Mitglieder vor Arbeitslosigkeit bewahrt werden." Die Herren Scharfmacher werden natürlich auch hier wieder ihre schützende Hürde walten lassen. Lauert hier nicht ebenfalls wieder der Terrorismus hinter der ganzen Absicht. Es ist bezeichnend eine solche Gründung jetzt vorzunehmen, wo die Stadt einen „zentralisierten paritätischen" Arbeitsnachweis gegründet hat.

Die Zeiten sind ernst. Alle reaktionären Elemente schließen sich zusammen, um jede freiheitliche Regung der Arbeiter zu unterdrücken. Alle Mittel, selbst die des Aushungerns, der sich nicht willenlos fügenden Arbeiter werden angewendet. Vom „Terrorismus der Sozialdemokratie" zu reden, ist politischer Betrug. Dieses gerade soll nur die Infamie verdecken, mit der man vorgeht. Für die aufgeklärten Arbeiter muß das alles nur ein Ansporn sein, noch fester zusammenzuhalten und für ihre Ideale zu kämpfen!

Der Schiedsspruch im Aerztekonflikt.

Wie schon kurz mitgeteilt, sind die Differenzen, die zwischen der neuen allgemeinen Ortskrankenkasse und den hiesigen Aerzten wegen des Abschlusses eines neuen Vertrages bestanden, durch einen Schiedsspruch erledigt worden. Der Schiedsspruch ist so eigenartig und bedeutungsvoll, daß nochmals darauf eingegangen werden muß.

Durch die Neugründung der Kasse ergab sich von selbst, daß der früher vom Magistrat für die Kassen mit den Aerzten abgeschlossene berühmte Zwangsvertrag hinfällig wurde und ein neuer Vertrag abgeschlossen werden mußte. Bereits am 18. Nov. 1913 fanden unter Leitung des Vorsitzenden des Versicherungsamtes Verhandlungen zwischen der Kasse und den Aerzten statt. Die letzteren stellten ganz unerhörte Forderungen auf. So sollten die Mitglieder in zwei Gruppen geteilt werden: in die Versicherungspflichtigen und die Freiwilligen. Bei Einführung der Familienbehandlung sollte pro Mitglied und Jahr für die erste Gruppe 18 Mk., für die zweite Gruppe 29 Mk. gezahlt werden. Daneben sollten alle Einzelleistungen, die in der staatlichen Gebührentaxe mit 2 Mk. und mehr im Minimum angegeben sind, extra bezahlt werden. Der Kassenausschuß lehnte in seiner Sitzung vom 20. November diese Forderungen nahezu einstimmig ab. Am 28. November fanden abermals Verhandlungen mit den Aerzten statt, in denen beschlossen wurde, die Familienbehandlung außer Betracht zu lassen. Für die Behandlung nur der Mitglieder forderten die Aerzte noch für Gruppe I eine Pauschale von 8 Mk. und für

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140623-10/fragment/page=0006

Gruppe II von 12 Mk. Daneben sollten Nachtbesuche Geburtshilfe und Kilometergebühren extra bezahlt werden. Aber auch diese Forderungen wurden von der Kassenausschußsitzung am 2. Dezember abgelehnt. Es wurde beschlossen, den Vorstand zu ermächtigen, Aerzte gegen Fixum anzustellen und die Anwendung des § 370 der Reichsversicherungsordnung beim Oberversicherungsamt zu beantragen. In einer Verhandlung Ende Dezember forderten die Aerzte noch 7,75 Mk. pro Mitglied, lehnten jetzt aber auf die Weisung des Leipziger Aerzteverbandes den Abschluß eines Vertrages überhaupt ab.

Inzwischen erfolgte das Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913, durch das die ganze Arztfrage auf eine andere Grundlage gestellt wurde. Die bis dahin gepflogenen örtlichen Verhandlungen waren damit hinfällig geworden. In erneuten Verhandlungen vom 27. Februar 1914 bot die Kasse eine Pauschale von 6 Mk., daneben sollten Nachtbesuche, Geburtshilfe und Kilometergebühren extra bezahlt werden. Die Aerzte forderten aber eine Pauschale von 7 Mk. Auch in einer späteren Unterhandlung forderten die Aerzte nur diese 7 Mk. und Extrabezahlung der erwähnten besonderen Leistungen. Da eine Einigung nicht zustande kam, wurde ein Schiedsgericht zur Entscheidung der Differenzen gebildet. Das Schiedsgericht entsprach in seiner Form nicht dem „Berliner Abkommen", es war nach gegenseitiger freier Uebereinkunft zusammengesetzt.

Es entschied bekanntlich, daß nur für die Behandlung der Mitglieder die Pauschale 7,50 Mk. zu betragen habe. Das hätten die Kassenvertreter nicht für möglich gehalten. Ist doch damit das Schiedsgericht über die 7 Mk. hinausgegangen, die die Aerzte selbst vorher nur gefordert hatten! Bei rund 40 000 Mitgliedern erhalten daher die Aerzte 300 000 Mk. Pauschale (außer den Honoraren für Extraleistungen); das sind 20 000 Mk. mehr, als sie selbst verlangten! Der Schiedsspruch wurde vom Vorsitzenden des Schiedsgerichts, Oberregierungsrat Listemann, damit begründet, daß die Kasse Ende des Jahres 1913 selbst bereit gewesen sei, 7,50 Mk. zu bezahlen. Aber das war unter gänzlich anderen Voraussetzungen und Umständen! Und dann ist gerade seinerzeit von einem Vertreter des Oberversicherungsamt dem Sinne nach der Ausspruch gefallen, **daß es unverantwortlich von der Kasse sei, mit der Zusage so weit zu gehen!** Dieser Ausspruch war auch den Aerzten bekannt, denn sie lehnten zunächst den Herrn Oberregierungsrat Listemann als Vorsitzenden des Schiedsgerichts ab. Später hatten sie aber nichts mehr gegen ihn einzuwenden. Woher die ganze Wandlung? Was ging inzwischen vor?

Bis zu dem berühmten Magistratsvortrag erhielten die Aerzte eine Pauschale von 5 Mk. einschließlich aller sonstigen Leistungen, auch der zahnärztlichen Behandlung. Mitte vorigen Jahres verlangten die Aerzte nur eine Pauschale von 6 Mk. und waren bereit, mit diesem Satz mit der alten (inzwischen aufgelösten) Allgemeinen Ortskasse ab 1. Januar 1914 einen Vertrag abzuschließen. Der Schiedsspruch gibt den Aerzten 60 000 Mk. mehr! Der Satz von 7,50 Mk. kommt in seiner Ungewöhnlichkeit erst zum Bewußtsein, wenn man erfährt, was auch jetzt noch andere Kassen zahlen. Die Ortskrankenkasse für den Saalkreis bezahlt für die Mitgliederbehandlung nur 4 und 5 Mk., die Ortskrankenkassen Querfurt 4 Mk., Torgau (einschließlich Familienbehandlung) 5 Mk., Leuna-werda (einschließlich Familienbehandlung) 6 Mk., usw. Auch große Städte bezahlen weit weniger als Halle. So zahlt Leipzig, einschließlich Familienbehandlung auch nur eine Pauschale von etwa 7,50 Mk.! Und selbst in Berlin wird für die Behandlung der Mitglieder allein etwa ein Drittel weniger als in Halle bezahlt!

Ueber die Verhandlungen des Schiedsgerichts erfahren wir noch, daß von den Parteien die Aerzte mit zwei, die Kasse aber nur mit einem Vertreter zugelassen war. Der eine Vertreter der Kasse hat tapfer für die Interessen der Kasse gekämpft; er fand aber nur wenig Zustimmung. Der Schiedsspruch ist endgültig und es läßt sich nichts gegen ihn machen.

Die Folgen sind noch unabsehbar. An eine Erweiterung der Leistungen, namentlich an eine Einführung der Familienfürsorge, ist unter diesen Umständen nicht zu denken. Es ist sogar leicht möglich, daß auch ohne solche Erweiterungen die jetzt schon hohen Beiträge noch weiter gesteigert werden müssen. Alles zum Wohle der Aerzte, deren Interessen eben höher im Kurse stehen als die der Allgemeinheit!

Sommerbeginn.

Heute, Montag um 8 Uhr vormittags, ist die Sonne in das Zeichen des Krebses getreten. Damit nahm der Sommer nach der Einteilung der Astronomen seinen Anfang. In Wirklichkeit hat er sich schon seit Wochen eingestellt, denn die Baumblüte ist längst vorbei, viele Früchte reifen: Kirschen, Johannisbeeren, Erdbeeren und die ersten Birnen gibt es auf den Märkten, das Laub ist dunkel geworden und die zarte Schönheit des Frühlingsgrüns gewichen. Mit ihrem Sommerputz hat sich die Natur versehen. Rosen und Jasmin sind erblüht, Glockenblumen und Rittersporn und allerlei Zierden des Gartens leuchten in Fülle, und auf den Wiesen ist der erste Blütenschmuck zum Teil vernichtet durch die Sense. Die Sonne steht am höchsten; leider nimmt sie schon wieder von uns Abschied, ehe wir uns recht ihres Kommens erfreuten. Die Höhe des Jahres ist erklommen, der Tag am längsten, die Natur am schönsten. Leuchtkäferchen ziehen im Nachtdunkel über Wiesen dahin und die Linden erblühen. Es mischt sich doch ein bißchen Trauer in die schönste Zeit, weil man schon wieder denken muß, daß die Tage kürzer werden, das Welken beginnt, die Blütenpracht abnimmt und die Vögel nach und nach verstummen. Der Sommer tritt astronomisch seine Herrschaft an. Man empfand ihn bisher nicht zu drückend. Die Hitze blieb mäßig, gluthetzige Tage fehlten und die jetzt nicht seltenen Gewitterregen kühlten immer wieder, so daß die Nächte selbst in den heißen Stadtwohnungen kühl blieben. Erst gestern wurde das Wetter ein wenig schwerer. Es wird zunächst noch mäßig heiß, vorwiegend schön sein, mit Neigung zu Gewitterbildung.

---

* **Kinder-Spaziergang.** Mittwoch, 24. Juni, nach Kröllwitz. Abmarsch: Rannischer Platz 2 Uhr, vom Wolkspark 2½ Uhr.

* **Beschränkung des Kraftfahrzeugverkehrs.** Mit Zustimmung des Magistrats hat die Polizeiverwaltung für den Stadtkreis Halle folgende Polizeiverordnung erlassen: Es ist verboten, mit Kraftwagen oder Krafträdern zu befahren: den Schloßberg, die Kapellengasse, unterhalb der Theatertreppe, die Rainstraße, von der Felsenstraße bis zur Giebichensteiner Straße, und die Straße Schlamm. Die Giebichensteiner Straße darf mit Kraftfahrzeugen nur in der Richtung von der Burgstraße zur Fährstraße und nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von 15 Kilometer in der Stunde befahren werden. Wer dem Verbote zuwiderhandelt, kann mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. bestraft werden. Diese Polizeiverordnung ist bereits in Kraft getreten.

* **Aenderung des Ortsstatuts über den Schlachthauszwang.** Der Viehhändler Bernhard Kühl in Halle, der die Absicht hat, Schweine, die auf dem städtischen Schlachthofe in Altona geschlachtet sind, hier einzuführen und in der städtischen Fleischverkaufshalle zum Verkauf zu bringen, hat an den Magistrat ein Gesuch gerichtet, in welchem er um die Aufhebung des § 7 unseres Ortsstatuts über den Schlachthauszwang im Bezirk Halle bittet. Der § 7 des Ortsstatuts bestimmt, daß außerhalb, d. h. nicht in unserem städtischen Schlachthof ausgeschlachtetes Fleisch, auch wenn es einer amtlichen Untersuchung durch approbierte Tierärzte unterlegen hat, von dem in unserem Schlachthof ausgeschlachteten Fleisch gesondert in getrennten Verkaufsständen feilzubieten und als solches auf einer an der Verkaufsstelle anzubringenden Tafel mit deutlicher Schrift zu bezeichnen ist. Der Zweck der Bestimmung soll sein, die Käufer darauf aufmerksam zu machen, daß dieses Fleisch der Kontrolle im Schlachthof nicht unterlegen hat. Es ist nicht zu verkennen, daß hierdurch der Handel mit auswärts geschlachtetem Fleisch sehr erschwert wird und daß durch die Bestimmung des § 7 besonders diejenigen Händler hart getroffen werden, welche einwandfreies und vor allen billiges Fleisch in Halle einführen. Auf der anderen Seite bietet der Umstand allein, daß das Vieh auf dem Schlachthof einer anderen Stadt geschlachtet worden ist, noch nicht genügend Gewähr dafür, daß das eingeführte Fleisch von einwandfreier Beschaffenheit ist. Der Magistrat ist daher der Ansicht, daß der § 7 des Ortsstatuts nur auf solches Fleisch nicht angewendet werden darf, welches in der städtischen Fleischverkaufshalle zum Verkauf gelangt ist. Der vom Kuratorium des städtischen Schlacht- und Viehhofs vorgeschlagenen Abänderung des § 7, die eine Ausnahme von der Schutzvorschrift davon abhängig machen wollte, daß das auswärts geschlachtete Fleisch im städtischen Schlachthof nachuntersucht wird, hat der Magistrat nicht zustimmen können, da sie gegen § 5 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau verstoßen hätte. Dagegen hat er folgenden Zusatz zu § 7 des Ortsstatuts über den Schlachthauszwang beschlossen: „Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf das in der städtischen Fleischverkaufshalle zum Verkauf gelangte frische Fleisch." Die heute laufende Stadtverordnetenversammlung wird um Zustimmung ersucht.

* **Eine unerwartete Entdeckung** machte die hiesige Kriminalpolizei gelegentlich einer Haussuchung in einer Strafsache bei einem Metallarbeiter, indem ihr eine größere Menge Kupferdraht in die Hände fiel. Sofort angestellte Untersuchung an der Arbeitsstelle in der Weisschen Fabrik förderte derartiges Belastungsmaterial zutage, daß die Verhaftung des Ehepaares verfügt werden mußte. Die nähere Untersuchung ergab, daß der Betreffende größere Mengen Metall fortgeschafft hatte, das zum Teil aus kaum fertiggestellten Nutzstücken bestand, durch deren Fehlen den betreffenden Drehern die größten Unannehmlichkeiten erwuchsen. Seine „Schatzkammer" befand sich unter einer in einem Schrebergarten angebrachten Gartenlaube, nach deren Beseitigung die Polizeibeamten Kupferdraht, Metallteile und mehrere tausend Mark bares Geld vorfanden. Helfershelfer bei dem Kupferdiebstahl sollen verhaftet sein.

* **Der Magistrat Wähler zur Stadtverordnetenversammlung!** Aus Berlin wird uns mitgeteilt: Der Bezirksausschuß in Potsdam hat, was von kommunalpolitischer Bedeutung ist, in der Neukölner Streikfrage die gesetzliche Berechtigung der Eintragung des Magistrats als Wähler in die Stadtverordneten-Wahllisten anerkannt, weil der Magistrat Vertreter wirtschaftlicher Unternehmungen Neuköllns ist. — In Halle wird man einen solchen Beschluß gewiß noch nicht herbeiführen, denn hier droht ja noch keine sozialdemokratische Rathaus-Mehrheit!

* **Betitelt.** Dem Privatdozent in der philosophischen Fakultät und Direktor des Städtischen Statistischen Amts, Hrn. Dr. Wolff, ist das Prädikat Professor verliehen worden.

* **Desinfektion am Krankenbett.** Die gemäß § 8 des Gesetzes betr. die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 28. August 1905 erlassene „Polizeiliche Anordnung" vom 15. Januar 1908 fordert im § 1 bei jedem Fall von Lungen- und Kehlkopftuberkulose die Desinfektion. Die während der Dauer der Krankheit erforderliche Desinfektion (Desinfektion am Krankenbett) liegt in der Regel den Angehörigen ob, jedoch ist die Polizeiverwaltung berechtigt, sie durch besonders beauftragte Personen im Einvernehmen mit dem behandelnden Arzte zu beaufsichtigen und nötigenfalls zu regeln. Die Schlußdesinfektion hat ausschließlich durch die städtischen Desinfektoren zu erfolgen. Die Aerzte sowie Hausbesitzer oder Abvermieter jeder Art werden daher ersucht, bei vorgeschrittener Lungen- oder Kehlkopftuberkulose der Desinfektionsanstalt oder dem Polizeiverwaltungs-Bureau I, Dreyhauptstraße 6, 2 Treppen, Zimmer 102, sofort, gegebenenfalls auch durch Fernsprecher Mitteilung zu machen, wenn der Kranke die von ihm benutzten Räume infolge Ueberführung in ein Krankenhaus oder in einen anderen Unterkunftsraum — Wohnungswechsel — verläßt. Die Desinfektion wird dann von den städtischen Desinfektoren unentgeltlich vorgenommen werden. Hausbesitzer oder Abvermieter, die in den vorstehenden Fällen eine Meldung unterlassen, würden sich möglicherweise haftpflichtig machen, wenn durch Unterlassen der Desinfektion eine Uebertragung auf die neuen Bewohner der Räume erfolgt.

* **Zwei Luftfahrzeuge** und zwar einen Doppeldecker und einen Eindecker konnte man am Sonnabend und Sonntag verschiedentlich über unserer Stadt kreuzen sehen. Der Doppeldecker war ein Militärflugzeug und führte am Sonntag morgen mehrere Passagierflüge mit hiesigen Offizieren aus. Von dem Eindecker wurden verschiedentlich Reklamekarten aus lustiger Höhe ausgeworfen, woraus hervorging, daß es sich um den Luftpiloten Trautwein handelte, der am Sonntag mit Schauflügen in Halle aufwartet.

* **Durchgebrannt.** Der Buchhalter und Kassierer Paul Bendix Pickert ist nach Unterschlagung einer Summe in Höhe von etwa 12 000 Mk. flüchtig geworden. Auch werden ihm Fälschungen in den Kassenbüchern zur Last gelegt. Eine weitere schwere Urkundenfälschung hat er vor Jahren begangen, durch die er 8000 Mk. in seinen Besitz zu bringen gewußt hat.

* **Unfälle.** Bei einem Umbau in der Kurzalle wurde ein Zimmermann von einem herabgleitenden Fahrstuhl auf den Kopf getroffen und erheblich verletzt. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er dem Diakonissenhause zugeführt. — In einem Stalle in der Merseburger Straße wurde ein Kutscher von einem Pferde gegen den rechten Unterschenkel geschlagen und erheblich verletzt. Er wurde der Klinik zugeführt. — Bei dem am Sonntag stattgefundenen Werderennen ereigneten sich zwei Stürze von Jockeis. Einer erlitt leichte Hautabschürfungen am rechten Oberschenkel. — Ein 64 Jahre alter Hofaufseher wurde in einer Badeanstalt als Leiche aufgefunden. Der Tod ist vermutlich durch Herzschlag eingetreten.

* **Die alte Geschichte.** Ein polnischer Arbeiter wurde in der Nacht zum Montag von seinen Landsleuten nach dem Cannaer Wege gelockt und dort seines Geldes und seiner Uhr beraubt. Ermittlungen sind bisher erfolglos geblieben.

* **„Gebildete Vandalen."** In der Delitzscher Straße zertrümmerte ein junger Kaufmann vorsätzlich die Scheibe eines Feuermelders. Er wurde zur Namensfeststellung festgenommen. — Von mehreren Studenten einer hiesigen Burschenschaft wurden in der Friedrichstraße und Kapellengasse mehrere Gaslaternen ausgelöscht und die Glasscheiben zertrümmert. Zwei der Täter sind ermittelt — und werden, wenn's gut geht, mit einigen Mark Strafe davonkommen.

* **Selbstmord.** Eine 65jährige Gartenarbeiterin wurde in ihrer in der Triftstraße belegenen Wohnung erhängt aufgefunden. Längere Krankheit soll der Grund zur Tat sein.

Vereins- und Vergnügungskalender.

Doppelkonzert im Volkspark. Morgen Dienstag findet unter gütiger Mitwirkung unseres gesamten Arbeiter-Sängerchores ein Liederabend in unserem prächtigen Garten statt. Der instrumentale Teil wird von der Kapelle Engelmann ausgeführt. Ein abwechselungsreiches, aus ausgesuchten Liedern und Musikstücken zusammengestelltes Programm, wird zur Aufführung kommen, so daß der Abend als ein genußreicher zu verzeichnen sein wird. Ein guter Besuch ist deshalb erwünscht.

Im Apollotheater löst die lustige Komödie Schneider Wibbel allabendlich große Heiterkeit aus. Von heute ab finden in dem schattigen Garten des Apollotheaters vor der Vorstellung und während der Zwischenpausen Promenadenkonzerte des Theaterorchesters statt, eine Zugabe, die alle Theaterbesucher mit Freude begrüßen werden.

Thaliatheater. Der stürmische Lacherfolg, den der übermütige Schwank Der müde Theodor allabendlich erringt, hat die Direktion des Gastspiel-Ensemble veranlaßt, das lustige Stück während dieser Woche täglich zur Aufführung zu bringen. Die Vorstellungen beginnen um 8¼ Uhr.

Nietleben, Dölau, Lieskau und Umgegend. Großes Gewerkschaftsfest am Sonntag, den 28. Juni, im Gasthaus zur Sonne, bestehend in Umzug, Gartenkonzert, Gesangsvorträgen, Tombola, Preisschießen, Blumenverlosung, Kinderbelustigungen und abends Ball. Der Umzug findet Punkt 3 Uhr statt. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Kartell-Nietleben-Dölau.

Aus der Provinz.

Eine merkwürdige Urkundenfälschung

soll der Lagerhalter Genosse Hentschler in Zeitz verübt haben, weshalb er vor die Naumburger Strafkammer mußte. Er hatte im Auftrage des Gewerkschaftskartells für die Vertreterwahlen der Ortskrankenkasse des Landkreises Zeitz die Vorschlagsliste aufzustellen. In der zu diesem Zweck einberufenen Versammlung ließ er die Liste von Hand zu Hand gehen, damit die Benannten ihre Zustimmungserklärung abgeben sollten. Es mußten 6 Vertreter und 12 Ersatzmänner genannt werden. Die ersten Namen galten für die Vertreter. Dazu wurde aus der Versammlung u. a. der bisherige Vertreter, Ziegler Wilhelm Glanz aus Crimmitzschau, vorgeschlagen, und da er nicht anwesend war, wurde die dritte Stelle unausgefüllt gelassen. Auf Benachrichtigung hatte Glanz in der Wohnung des Angeklagten seinen Namen eingeschrieben. In der Versammlung war erklärt worden, daß an der Liste durch das Kartell möglicherweise noch Aenderungen vorgenommen werden könnten. Dieser Fall war nun bezüglich Glanz' auch eingetreten. H. hatte die alte Liste überklebt und den Namen als Nr. 17 eingeschrieben. Glanz behauptete in der Verhandlung vor der Naumburger Strafkammer, daß man ihm von diesem Vorbehalt nichts gesagt hatte und daß die Aenderung nur deshalb vorgenommen sei, um ihn, den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler, als Vertreter zu beseitigen. Der Staatsanwalt sah die Urkundenfälschung für erwiesen an und beantragte die Mindeststrafe von 1 Tag Gefängnis. Der Gerichtshof sah darin aber eine Entrechtung der Wähler und sprach eine Woche Gefängnis aus.

Merseburg. 51000 Mark Defizit. Wiederholt mußten wir uns mit der am Orte befindlichen agrarischen Genossenschaft, die durch die Manipulationen ihres Geschäftsführers erhebliche Verluste erlitt, beschäftigen. Die durch die Manipulationen entstandenen Verluste, welche anfänglich auf 20 000 Mark geschätzt wurden, sind nach dem Bericht über die in dieser Woche stattgefundene Versammlung weit höher. Bis jetzt sind allein 51 000 Mark Verluste festgestellt und noch immer ist das Ende dieses Jammers nicht abzusehen. Die Debatte zeitigte denn auch eine recht verständliche Erregung, welche sich vorwiegend gegen Vorstand und Aufsichtsrat richtete, deren Leichtfertigkeit dieser Umstand zugeschrieben wird. Die Anregung auf Liquidation fand keine Mehrheit, da ja hierdurch nichts gebessert werden könne, auch die beantragte Erhöhung der Geschäftsanteile fand keine Sympathien. Die Einforderung der Unterschriften (Vollmachtsserteilung) zur Einziehung von Erkundigungen jeglicher Art über die Vermögensverhältnisse der Mitglieder wurde in der daran anschließenden Erörterung damit begründet, daß von den früheren Geschäftsführer bei der Kreditieräumung gesündigt sei und benötige man vor derselben diese Kenntnisse. Hier wird wieder einmal mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß diese konservativen Leute wirklich keine Ursache haben, über angebliche Mißwirtschaft in Arbeiterbetrieben den Mund aufzureißen.

Schkeuditz. Von der Ortskrankenkasse. Nach verhältnismäßig langer Zeit hält die Ortskrankenkasse am nächsten Mittwoch endlich wieder eine Aufsichtssitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Aenderung der Dienstordnung, 2. Beratung des Haushaltplanes, 3. Erhöhung der Beiträge und 4. Errichtung von Zahl- und Meldestellen. Der Haushaltplan liegt im Bureau der Kasse zur Einsicht aus. Die Sitzung findet diesmal im Lindenhof statt. Die Vertreter des Gewerkschaftskartells haben sich bereits eingehend in einer Vorbesprechung mit der Tagesordnung beschäftigt. Lebhaft wenden sich unsere Genossen gegen die beabsichtigte Herabsetzung des bisherigen Gehaltes des seit zirka 15 Jahren im Dienste der Kasse stehenden Rendanten. Ferner wird die Erweiterung der Leistungen, in Verbindung mit einer unbedeutenden Beitragserhöhung, für eine direkte Notwendigkeit betrachtet. Solange die Ortskrankenkasse besteht, hat sich dieselbe noch nicht gewagt, über die gesetzliche Höhe des zu zahlenden Krankengeldes hinauszugehen. Unsere Genossen beantragen deshalb in anbetracht der teuren Lebenslage der Arbeiter die Erhöhung des Krankengeldes von 50 auf 60 Prozent des Grundlohnes. Jedenfalls ist die Sitzung, die pünktlich 8½ Uhr beginnt, so wichtig, daß jeder Vertreter unter allen Umständen erscheinen muß.

Benndorf. Liebet Eure Feinde! Unter Kommandogewalt des Ortsgeistlichen und Gemeindeschöffen kam es am letzten Mittwoch auf der Straße zu einer Kampfesszene. Die Streitigkeiten zwischen dem Ortsgeistlichen und dem Ingenieur der die Wasserleitung ausführenden Firma war die Ursache des Kampfes. Dem Ingenieur riß man den Kragen herunter und brachte ihm am Halse Kratzwunden bei. Wie sagte doch der Amtsvorsteher, als vor zwei Jahren die Arbeiterradfahrer eine Korsofahrt in Benndorf machen wollten? Der Umzug wäre eine Demonstration, die zur Herausforderung der Bürgerlichen führen würde. Dieser vielsagende Vorgang zeigt, daß der Herr Amtsvorsteher seine Bürgerlichen gut gekannt hat. Nachdem der Stellvertreter Gottes die Erfolglosigkeit seines Vorgehens eingesehen hatte, zog er seine Mannen zurück und gab den Kampf auf. Ein gerichtliches Nachspiel wird aber die Folge sein.

Großlehna. Sozialdemokratischer Verein. Den Bericht vom Kreistag gab Genosse Brattke. Obwohl die Versammlung die Anstellung eines Parteisekretärs für notwendig hielt, waren etliche Mitglieder der Ansicht, diese Angelegenheit zu verschieben, bis die Kassenverhältnisse günstigere wären. Wenn auch der jetzige Gehalt des Sekretärs angemessen sei, so wäre vorauszusehen, daß er im nächsten Jahre ausgebessert werden müsse. Der Sitz des Sekretärs gebäre der geographischen Lage nach nicht nach Schkeuditz, sondern nach Merseburg. Die Ablehnung des Antrags Altranstädt, kleinen Distrikten 40 Prozent zu belassen, wurde mißbilligt. In nächster Zeit soll eine öffentliche Jugendversammlung stattfinden. Das Sommerfest ist bis Mitte August verschoben.

— Von der Volksschule. Vorige Woche wurde der vierte Lehrer, Schulamtskandidat Neulinger, in sein Amt eingeführt. Der Schulneubau soll auf dem Grundstück des Herrn Köriten errichtet werden, wozu ein Morgen Land angekauft ist. Vorläufig werden zwei Klassen und zwei Wohnungen eingerichtet. Der Kostenanschlag beläuft sich auf 30 000 Mk. Eine Klasse ist jetzt im Gasthofe zur Eisenbahn untergebracht.

Bitterfeld. Auf der elektrischen Versuchsstrecke Bitterfeld—Dessau ist ein Berliner Stadtbahnzug zusammengestellt worden. Er besteht aus zwei Triebgestellen, die sich am Kopfe und am Ende des Zuges befinden. Dieser Zug ist unter elektrischen Strom gesetzt und ausprobiert worden. Da keine Ausstellungen zu machen waren, ist nunmehr der Stadtbahnzug in die fahrplanmäßigen Versuchszüge der Strecke Bitterfeld—Dessau eingestellt worden. Den Triebgestellen wird ein einphasiger Wechselstrom von 15 000 Volt Spannung zugeführt, der in den Transformatoren nach Bedarf in Strom von 200 bis 600 Volt Spannung umgewandelt wird. In der Mitte des Zuges sind zwei Führerstände eingeschaltet, so daß der Zug nach Bedarf auch in zwei getrennten Teilen mit je sechs Wagen fahren kann. Bei alle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140623-10/fragment/page=0007

fahrten wird besonders das schnelle Anfahren bewundert. Da die bisherigen Probefahrten sehr erfolgreich waren, so sollen sie auf der größeren Strecke Zerbst—Bitterfeld—Delitzsch—Leipzig fortgesetzt werden, weil man hier bessere Feststellungen über die Geschwindigkeit machen kann, als auf der 26 Kilometer langen Versuchsstrecke Bitterfeld—Dessau.

— Gewerkschaftskartell. In der Kartellsitzung vom 18. Juni wurde zunächst von dem Schreiben des Bezirkssekretärs Kenntnis genommen, wonach bei Berufungen der Unfallverletzten sich die Verbandskollegen nur an ihren Vorstand oder direkt an den Kartellvorstand wenden sollen, da nur durch das Gewerkschaftskartell alle Berufungen an das Bezirkssekretariat gesandt werden sollen. Wird der Instanzenweg nicht befolgt, so kann eine Vertretung für den Verletzten beim Oberversicherungsamt durch das Bezirkssekretariat nicht übernommen werden. Der Genosse Petersohn hat sein Amt als Kassierer niedergelegt, an dessen Stelle wurde Genosse Busch gewählt, als Revisor Genosse Schröter. Den Bericht von der Volksfürsorge erstattete Genosse Brautsch. Die Rechnungsstelle hat einen Bestand von 194 Anträgen zur Volksversicherung, mit einer Versicherungssumme von 36 907 Mk. In die Revisionskommission der Volksfürsorge wurde Genosse Felix gewählt. Der Vorsitzende berichtete danach einiges von den Wahlen zum Versicherungsamt und über die Veranstaltungen zum Gewerkschaftsfest.

— Ueber den letzten Unglücksfall auf dem Werk Neu-Staßfurt ist noch zu berichten, daß nicht zwei Kessel explodiert sind, sondern eine Flasche mit Wasserstoffgas und zwar dadurch, daß der Stahlschlauch, womit das Wasserstoffgas in die Flaschen geleitet wird, platzte und eine Stichflamme entstand. Der eine Arbeiter stand sofort in Flammen. Haare und Kopfhaut wurden ihm verbrannt.

Holzweißig. Beim Baden ertrunken. Am Freitag badeten mehrere jugendliche Arbeiter von der Grube Auguste im Tonteich, wobei der 16 Jahre alte Arbeiter Weinhold aus Holzweißig ertrank. Die Badeanstalt in dem Betrieb soll im schlechten Zustande sein.

Eilenburg. Recht sonderbare Zustände, so wird uns vom Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes geschrieben, herrschen in der Lumpensortieranstalt von Adolf Fechenbach. Schon seit längerer Zeit sind uns fortgesetzt Beschwerden über diesen Betrieb zugegangen und haben wir uns bemüht, die größten Mißstände, soweit es in unseren Kräften stand, zu beseitigen. Gegen die schlechte Behandlung aber, die sich die dort beschäftigten Leute von einem 18jährigen Buchhalter gefallen lassen, konnten wir bisher wenig tun, da ein Teil der Arbeiterinnen in der Lumpensortieranstalt den Wert der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht erkannt hat und sich auch bis heute noch nicht entschließen konnte, dem Verband beizutreten. Was sich dieser 18jährige Herr leistet, davon nur einige Proben. Am 6. Juni kam er auf den Einfall, die Spinde zu revidieren, und zwar in Abwesenheit der Arbeiterinnen. In einem Spinde war eine Bluse von dem Haken heruntergefallen. Ob der Buchhalter glaubte, diese sei gestohlen, oder was ihm sonst eingefallen sein mag, kurzum, er nahm die Bluse und riß sie mitten durch. Als er von der Arbeiterin aufgefordert wurde, die Bluse zu bezahlen, verhöhnte er zunächst noch die Besitzerin und erst als sich die Arbeiter energisch ins Mittel legten, bequemte er sich, die Bluse zu bezahlen. Auch die Löhne sind der schmutzigen Arbeit keineswegs angepaßt. Da meistens im Akkord sortiert wird, kommt es bei der Bezahlung öfters zu widerlichen Szenen, bei denen sogar schon die Fäuste eine Rolle spielten. Das kommt davon, daß sich das Gewicht der sortierten Lumpen, nachdem der Akkord dort bezahlt wird, sich von den Arbeiterinnen nicht nachprüfen läßt, was jedenfalls zu Mißtrauen Anlaß gibt. Vielleicht spricht Herr Fechenbach mit seinem jungen Mann mal ein ernstes Wort. Aber auch für die dort Beschäftigten entsteht die Pflicht, diese unwürdigen Zustände selbst zu beseitigen. Dies kann aber nur geschehen, wenn sie sich ihrer zuständigen Organisation und das ist der Fabrikarbeiterverband, anschließen.

Eisleben. Jubelfeier der Erfindung der Buchdruckschnellpresse. Am Sonnabend und Sonntag feierte der Ortsverein Eisleben des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ein Doppelfest. Der erste Tag galt dem Andenken des Erfinders der Buchdruckerkunst, Johannes Gutenberg, während der zweite Tag dem Andenken des Erfinders der Schnellpresse, Friedrich Johann König, eines Sohnes der Stadt Eisleben, gewidmet war. König hat durch seine vor hundert Jahren gemachte Erfindung es erst ermöglicht, daß die Erzeugnisse der Buchdruckerkunst bezw. die schnellste Verbreitung des gedruckten Wortes in billiger Weise vor sich gehen konnte. Ohne die Erfindung Friedrich Königs wäre eine so weitgehende Aufklärung aller Bevölkerungsschichten, wie wir sie heute verzeichnen können, einfach nicht möglich gewesen. Für beide Tage hatte der Vorsteher des Gaues An der Saale im Verbande der Deutschen Buchdrucker, Hugo König aus Halle, die Festreden übernommen. Am ersten Tage fand im Wiesenhaus Festessen, Gartenkonzert, Feuerwerk und Ball statt; am Sonntag geschah die Ehrung Friedrich Königs vor dessen Denkmal durch Festrede, Ansprachen mit Kranzniederlegungen und anschließendem Platzkonzert. In der Rede am Sonnabend im Garten des Wiesenhauses feierte der Redner die Verdienste Gutenbergs und dann insbesondere die segensreiche Tätigkeit der Organisation des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in ihrem Ringen und Kämpfen seit beinahe fünfzig Jahren. Er schilderte eingehend, wie der Verband immer bestrebt gewesen sei, im Interesse der Gesamtgehilfenschaft den realen Boden des Gewerbes zu beackern und wie er mit nüchternem Blick alle neu auftauchenden Fragen im Gewerbe behandelt und sich mit ihnen abgefunden habe. Obwohl die Ausführungen, dem Zwecke des Tages entsprechend, sich im streng gewerkschaftlichen Rahmen bewegten, haben sie allem Anschein nach bei einem Teile des zahlreich erschienenen Bürgertums arg verschnupft, der in diesen Räumen nur reichstreue Reden zu hören gewöhnt ist. Es ist nun mal so in den Mansfelder Landen: es brauchen nur die Worte Aufklärung, Fortschritt und Freiheit genannt zu werden — ganz gleichgültig, in welcher Ideenverbindung dies geschieht — und die sozialdemokratische Hetzrede ist fertig!

Bei der eigentlichen König-Feier am Sonntag schilderte der Redner das Leben und Wirken dieses großen Sohnes der Stadt Eisleben in anschaulicher Weise. Wir verzagen uns, an dieser Stelle näher darauf einzugehen, da wir in den nächsten Tagen diese Ausführungen in der Unterhaltungsbeilage bringen werden. Zu beiden Tagen waren zahlreiche Delegationen von auswärts erschienen. Auch die „Spitzen der Behörden", einzelne Prinzipale und Vertreter der örtlichen Presse, sowie ein sehr zahlreiches Publikum nahmen an der Feier teil, die erschütlich einen würdigen Verlauf nahm und die imposante Ehrung eines wirklich verdienstvollen Mannes darstellte. Die auswärtigen Delegationen sowie der Ortsverein Eisleben des V. d. D. B. legten unter kurzen Gedenkworten Kränze am Denkmal Friedrich Königs nieder. Anschließend fand ein Platzkonzert der Bergkapelle zu Eisleben statt. Jedenfalls kann der kleine Ortsverein Eisleben im Verbande der Deutschen Buchdrucker, dem die Initiative zur Ehrung des genialen Erfinders entsprang, mit dem Verlauf derselben sehr zufrieden sein. Es ehrt sich selbst, wer solche verdienstvolle Männer ehrt!

— Eine schwere Explosion, bei der ein glücklicherweise kein Mensch verletzt wurde, ereignete sich am Sonnabend früh in der Niederlage der Riebeckschen Brauerei Gleich nach Beginn der Frühstückspause explodierte der Warmmesser-Apparat und zwar so gewaltig, daß Teile des Apparates durch das Dach des Gebäudes sausten und noch einige Meter weit fortgeschleudert wurden. Wäre die Explosion einige Minuten früher erfolgt, dann hätte sie sicher Menschenleben, da sich mehrere Personen in dem fraglichen Raume aufhalten, vernichtet. Wie uns von fachmännischer Seite glaubhaft mitgeteilt wird, soll sich an dem Apparat kein Ventil befunden haben.

— Verhinderte Doppelehe. Der Bureaugehilfe Th. von hier lebt in einem Orte bei Halle von seiner Frau getrennt. Des Alimentenzahlens müde beabsichtigte er, eine neue Ehe einzugehen. Die noch nicht geschiedene Frau teilte diese Absicht der hiesigen Behörde mit. Aber dreist und gottesfürchtig erschien Th. mit seiner neuen Braut und verlangte einen Ausweis, daß in der Person eine Verwechslung vorliege. Damit hatte er freilich kein Glück, denn außer seiner Frau sind auch noch mehrere Kinder vorhanden, die Zeugnis von seiner Ehe ablegen. Th. wurde somit vor der durch das Gesetz mit schwerer Strafe bedrohten Bigamie bewahrt.

Erdeborn. Eine Schießaffäre. Der Obstpächter Gottschalk aus Erdeborn, der von dem Obstpächter Cahn entlassen worden war, versuchte Cahn zu erschießen. Er erbrach eine Obsthude, stahl ein Gewehr und ging damit in das Wirtshaus. Als Obstpächter Cahn die Wirtschaft betrat, feuerte Gottschalk. Zum Glück war die Büchse nur mit Vogeldunst geladen, so daß Cahn keine ernsteren Verletzungen erlitt. Im Gefängnis machte dann Gottschalk seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Mühlberg. Zum Leichenfund an der Moritzfähre. Wie wir vor kurzer Zeit gemeldet haben, wurde oberhalb der Moritzfähre eine männliche Leiche gefunden, die einen 72 Pfund schweren Sandstein auf dem Rücken gebunden hatte. Die Untersuchung des unbekannten Toten konnte nicht bestimmt feststellen, ob Mord oder Selbstmord vorliegt. Die angestellten Nachforschungen haben jetzt ergeben, daß der Tote der am 15. Mai 1892 in Horndorf in Württemberg geborene Hausdiener Karl Wilhelm Kupfer ist. Er ist bis zum 23. Mai in Dresden gewesen und hat sich dann in Leipzig drei Tage stellungslos aufgehalten. Vor der Tat ist K. acht Wochen in einem Dresdner Krankenhause gewesen.

Falkenberg. Der Tod auf den Schienen. Der Bahnarbeiter Franz Richter aus Schmerkendorf wurde beim Anstreichen von Telegraphenmasten von einer rangierenden Wagengruppe erfaßt, von der Leiter gerissen und überfahren. Er war sofort tot.

Allerlei.

Berta v. Suttner gestorben.

In Wien hat am Sonntag vormittag die bekannte Schriftstellerin und begeisterte Vorkämpferin der bürgerlichen Friedensbewegung, Berta v. Suttner, 71 Jahre alt, die Augen für immer geschlossen. Ein Leben reich an Arbeit, Wirken und Streben hat hier der Tod ausgelöscht. In Wort und Schrift hat diese tapfere Frau unermüdlich für die Friedensidee gewirkt, der sie noch bis zuletzt ihre Kraft widmete. Freilich über die rein idealistische Auffassung und Betrachtung der Friedensfrage ist sie nicht hinausgekommen. Ihr Fehler war der Mangel an geschichtlicher Erkenntnis des Krieges, der Mangel an Verständnis für die historischen Möglichkeiten der Lösung von Machtfragen ohne Gewalt. Hätte sie dieses Verständnis gehabt, so würde sie begriffen haben, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht der historische Boden ist, auf dem sich das von ihr lediglich rationalistisch und ethisch erfaßte Ideal eines ewigen Friedens verwirklichen kann. Immerhin hat die leidenschaftliche Agitation der Frau v. Suttner wenigstens den Erfolg gehabt, daß das internationale Schiedsgerichtswesen eine ernsthafte Organisation erhalten hat und wenigstens in bescheidenem Umfang als ein Hemmungsorgan wirken kann. Ihre Friedenspropaganda hat Berta v. Suttner mit einem Roman eröffnet, der im Jahre 1889 unter dem Titel: Die Waffen nieder! erschien und sofort großes Aufsehen erregte. Es war eine Tendenzschrift, die lediglich in künstlerischer Form eine Idee mundgerecht machen wollte, gedieh aber dank der dichterischen Begabung ihrer Verfasserin als ein Kunstwerk, das auch in der Literatur seinen Rang behauptet. Eine unmittelbare Wirkung dieses Romans war die seither kläglich preisgegebene Friedenskundgebung des russischen Zaren. Die Waffen nieder! wurde in alle Kultursprachen übersetzt und erlebte eine stattliche Zahl von Auflagen. Bald nach dem Erscheinen des Werkes sammelte sich um Berta von Suttner ein ganzer Kreis von bürgerlichen Friedensideologen des In- und Auslandes, dessen geistiges Oberhaupt sie war und blieb, wenngleich diese Tatsache erst ziemlich spät durch die Zuerkennung des Nobelpreises, der wohl unter dem Einfluß ihres Wirkens gestiftet worden war, anerkannt wurde.

Das klassenbewußte Proletariat zollt dem edlen Wirken dieser wackeren Vorkämpferin des Friedens hohe Achtung und Anerkennung. Wird es doch bereinst mit dem Siege des Sozialismus auch den Friedensgedanken in die Tat umsetzen, für den Berta v. Suttner mit seltener Ausdauer und hoher Begeisterung ihre besten Kräfte eingesetzt hat.

Furchtbarer Zusammenstoß in der Luft.

9 Personen getötet!

Wie wir am Sonnabend schon kurz meldeten, war der Flugplatz in Fischamend Sonnabend vormittag der Schauplatz einer furchtbaren Katastrophe. Durch einen Zusammenstoß zwischen einem Militärluftschiff und einem Aeroplan fanden 9 Personen den Tod. Ueber das entsetzliche Unglück werden folgende Einzelheiten bekannt:

Um 11 Uhr hatte sich das lenkbare Luftschiff Körting zu einer Fahrt erhoben. Um 8½ Uhr war der Feldpilot Leutnant Pflatz mit dem Fregattenleutnant Buchta als Beobachter auf dem erst kürzlich von der Heeresverwaltung angekauften Farman-Doppeldecker vom Flugfelde Fischamend aufgestiegen, um den Ballon zu verfolgen. Er umkreiste mehrmals den Ballon und suchte ihn sodann zu überfliegen. Bei diesem Versuche streifte er die Ballonhülle, welche einen Riß erhielt. Es erfolgte eine furchtbare Explosion. Der Ballon ging sofort in Flammen auf. Sowohl der Ballon als der Aeroplan stürzten aus etwa 400 Meter Höhe in die Tiefe und blieben am Abhang des Königsberges zerstümmelt etwa sechs Meter von einander entfernt, liegen. Sämtliche Insassen des Ballons wurden als verkohlte Leichen aufgefunden. Oberleutnant Pflatz und Fregattenleutnant Buchta sind gleichfalls tot, ihre Körper sind furchtbar verstümmelt. Die Luftfahrzeuge waren fast vollständig verbrannt, die Eisenteile verbogen und größtenteils tief in die Erde eingebohrt. Das Benzinreservoir des Luftschiffes hatte sich ebenfalls in den Boden eingegraben, und man mußte jeden Augenblick eine neue Explosion befürchten. Die Leichen der Offiziere und Mannschaften wurden auf Lastautomobilen, welche man aus Fischamend herbeigeholt hatte, weggeschafft.

Augenzeugen berichten, daß sie außer dem Feuerscheine eine heftige Detonation wahrgenommen hätten, und daß sie entsetzliche Schreie und Hilferufe aus der Gondel des Ballons gehört hätten. Als sie dann die Unglücksstelle erreichten, waren die Hilferufe verstummt, und man fand nur noch die Leichen vor.

Wie andere Augenzeugen des Luftschiffungglücks berichten, wurde das dicht über dem Luftschiff schwebende Flugzeug durch den Sog, den durch die Propeller verursachten Wirbelwind, an das Luftschiff herangezogen. Die Hülle des Luftschiffs brannte noch weiter, als sie am Boden anlangte. Oberleutnant Pflatz gab noch schwache Lebenszeichen, als die ersten Augenzeugen anlangten; er hatte Zuckungen, und es sah aus, als wolle er sich erheben. Alle anderen Verunglückten waren sofort tot. Die Insassen des Luftschiffes waren durch die Hitze ganz zusammengeschrumpft.

Todesopfer der Arbeit.

Hamborn, 20. Juni. Auf Zeche Neumühl stürzten heute nachmittag beim Kaminbau zwei Arbeiter aus 50 Meter Höhe in den Kamin; sie waren sofort tot. Ein dritter Arbeiter klammerte sich an das Gerüst und konnte gerettet werden.

Aubin (Dep. Aveyron, Frankreich), 20. Juni. In dem Bergwerk von Serons bei Aubin sind bei einem Schachteingang zwei Bergleute getötet worden.

London, 20. Juni. Das Grubenunglück auf der Hillcrestmine ist das schlimmste in der Geschichte Kanadas. Der Gesamtverlust an Menschenleben beträgt 197. Die Explosion fand in einer Tiefe von 1200 Fuß statt. Von den unter Tage gewesenen Bergleuten sind nur 40 und von diesen nur 27 unverletzt gerettet worden. Sofort nach Eintreffen der Nachricht von dem Unglück in Calgary wurden Hilfszüge abgesandt. Lange Zeit konnten die Freiwilligen nicht zum Rettungswerk einfahren, da aus dem Schachte dichte Rauchwolken quollen und Flammen emporloderten.

Die Rennbahngendarmen freigesprochen!

In dem Bestechungsprozeß gegen die drei Gendarmeriewachtmeister erkannte am Sonnabend das Oberkriegsgericht des Korps der Landgendarmerie gegen alle Angeklagte auf Freisprechung, legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf und beschloß, die Angeklagten Gendarmeriewachtmeister Haneberg und Suchland, die seit Mitte September 1913 in Untersuchungshaft saßen, aus der Haft zu entlassen. Der Verhandlungsführer bemerkte in der Urteilsbegründung, der Gerichtshof sei der Ansicht, daß wohl starke Verdachtsgründe vorlägen, die Schuld jedoch nicht hinreichend nachgewiesen sei.

Haneberg war in erster Instanz vom Kriegsgericht der ersten Gardedivision zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, Degradation und Entlassung aus der Gendarmerie, Suchland zu einem Jahr und denselben Nebenstrafen verurteilt. Erzleben freigesprochen worden.

Auch in der jetzigen Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht beantragte der Vertreter der Anklage — denn auch der Gerichtsherr hatte Berufung eingelegt —, gegen Haneberg zwei Jahre Zuchthaus, Ehrverlust, Degradation und Entlassung aus der Gendarmerie, gegen Suchland ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und dieselben Nebenstrafen. Aber das Gericht entschied auf völlige Freisprechung.

Freispruch im Elberfelder Mordprozeß.

Die beiden Angeklagten im Elberfelder Mordprozeß, Brunhilde Wilden und Dr. Nolten sind freigesprochen worden. Nach den Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger zogen sich die Geschworenen nach ein Uhr morgens zur Beratung zurück, und in dritter Stunde verkündete ihr Obmann, daß die Schuldfragen sämtlich verneint worden seien. Daraufhin wurden beide Angeklagten freigesprochen.

Tod auf dem Schützenfest.

Einen schrecklichen Abschluß fand das Schützenfest in Schladen (Harz). Beim Ausschuß der Hirschscheibe traf ein Schütze den Scheibenwärter Olittal, der aus der Deckung hervorsah, direkt in den Kopf. Der Tod trat auf der Stelle ein. Olittal hinterläßt Frau und sieben Kinder.

Bootsunglück auf dem Rhein.

Das den Verkehr zwischen dem Loreley und St. Goarshausen vermittelnde Motorboot wurde Sonntag nachmittag in dem Augenblick, als es an der Landungsstieg von St. Goarshausen anlegen wollte, von einem zu Berge kommenden Schraubendampfer angerannt und umgeworfen. Von den sechs Insassen des Motorbootes wurden der Bootsführer, ein Herr und drei Damen gerettet, während eine etwa 26 Jahre alte Russin ertrank.

Kleines Allerlei. Familientragödie. Der Dekorationsmaler Melzer in Hamburg schrieb einer hiesigen Zeitung, er wolle sich und sein Kind erschießen. Die Polizei wurde benachrichtigt und fand nach gewaltsamer Oeffnung der Wohnung beide als Leichen vor. — Unterschlagungen in Höhe von 90 000 Mk. hat sich der Klosterschreiber Neher des St. Johanniskloster in Hamburg zuschulden kommen lassen. Es handelt sich um Gelder milder Stiftungen. Die Unterschlagungen liegen schon Jahre zurück und wurden bei einer Kassenrevision entdeckt. Neher will das Geld in seinem Haushalt verbraucht haben.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Dienstag, den 23. Juni: Wolkig, etwas kühler, strichweise Regenschauer und Gewitter.

Ein unschätzbarer Vorteil ist es, wenn die Säuglinge an der Mutterbrust genährt werden, weil sie hierdurch die ihnen zuträglichste Nahrung erhalten und am besten vor Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh usw. geschützt bleiben. Kann aber eine Mutter ihrem Lieblinge diese Wohltat nicht erweisen, so gebe sie „Kufeke" als Zusatz zur Kuhmilch, denn „Kufeke" hat sich schon in Tausenden von Fällen aufs beste bewährt und bildet infolge seiner hervorragenden Eigenschaften ein vorzügliches Nahrungsmittel für gesunde und kranke Kinder. *817

Gegen die Dreiklassenwahl,

die während dieser Woche bei Geschw. Loewendahl stattfindet, werden auch die Leser u. besonders „die Leserinnen" des Volksblatts nichts einzuwenden haben — vielmehr gern ihr Wahlrecht ausüben, wenn sie unter Loewendahls schönen Sachen zu **diesen Preisen** wählen dürfen; es sind nämlich die Hauptbestände der Abteilungen **Kostüme, Mäntel und Kleider** bunt durcheinander in drei Klassen eingeteilt und kosten: **Klasse I Mk. 10.75, Klasse II Mk. 18.50, Klasse III Mk. 24.00;** ferner ca. **1000 Röcke,** auch drei Klassen, **Mk. 3.75, Mk. 5.75, Mk. 7.50** — alles wertvolle, schöne, neue Sachen!

1936

Diese Veranstaltung dauert nur bis Sonnabend den 27. Juni.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140623-10/fragment/page=0008

Halle, 23. Juni

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 143 — 1914.

Ideen sind ja nur das einzig wahrhaft Bleibende im Leben. Sie sind im eigentlichsten Verstande das, was den denkenden Menschen ernsthaft und dauernd zu beschäftigen verdient. Wilhelm v. Humboldt.

Der Lämmergeier.

[Nachdr. verb.

Novelle von Karl Federn.

(Schluß.)

Die Lichter flimmerten, der Wein funkelte in den Karaffen; Aufregung und Angst steigerten die Lust. Marietta, gewohnt, neben Thora die Geringere zu sein, und wie ein Kätchen froh, sich an den schönen und schrecklichen Mann schmiegen zu dürfen, war still geworden. Leopardo zog seinen Arm aus dem ihren und, die warme Wange in die Hand gelegt, schlief sie auf dem Sofa ein. Nun fragte er Thora, was sie von ihm gehört und was sie von ihm denke, und sagte ihr in heißen Worten mit feuchten Augen, was er gefühlt, seitdem er ihr zuerst auf der Piazza begegnet war. Thora glühte; ihr Traum war selige Wirklichkeit geworden. Leopardo betrachtete sie mit vorgeneigtem Haupt, die schönen frechen Augen in die ihren gesenkt, die Lippen verzogen. Ihr frommer Eifer machte ihn lächeln. Und als sie von ihrer und auch von seiner „guten Mutter" sprach, und daß sie ihm ihrem Eltern vorstellen wollte, und das Glück ihrer Puppenträume schilderte, da lachte er laut. Er lachte so lange, daß sie unmutig wurde; er wollte ihre Hand streicheln, sie entzog sie ihm; aber ein einziges beschwörendes „Signorina!" genügte, sie zu versöhnen: schon seine Stimme überwältigte sie.

Wieder goß er ihr von dem schweren roten Wein ins Glas. Der Saal, die Spiegel und Bilder bewegten sich langsam um sie; sie wollte nicht mehr trinken. Er riet ihr, in die Kühle hinauszutreten. Erregt und beklommen folgte sie ihm unter die Bäume. Große üppige Blüten riß er von den Zweigen und bot sie ihr; sie befestigte sie an der Brust und sah dankbar zu ihm auf. Da küßte er sie auf den Mund. Sie entlief, während er lächelnd auf der Gartenbank sitzen blieb. Er wußte, wie man Engel in den irdischsten Schlingen fängt. Sie kam wieder, schlang ihre Arme um ihn und verging in seinen Küssen. Zaudernd folgte sie ihm ins Haus zurück: sie war in seinem Schlafzimmer. Der Raubvogel stand über ihr. Plötzlich hob er sie empor, vergeblich wehrte sie sich gegen die wilde Liebkosung und gegen das eigene Blut: in leisem Schreien und Stöhnen verging ihr Widerstand.

Als sie zur Besinnung kam und sich halb entkleidet in dem fremden Bette fand, kam ein Todesschreck über sie. Sie wollte augenblicklich fort. Aber er mochte die Sinnberaubte nicht in die dunkle Nacht entlassen, und da kein Zureden sie beruhigte, schloß er die Tür ab. Von Wein und Müdigkeit überwältigt, schlief sie ein und erwachte erst im Sonnenschein. Als sie sich eingeschlossen fand, rief sie um Hilfe und nach Marietta. Statt dieser kam Leopardo, der lachte und ihr keinen Trost bot.

Betäubt und verloren irrte sie durch die Zimmer; in dem Saal, in dem sie tags zuvor gespeist hatten, saß sie ein junges Weib auf dem Sofa sitzen: es war Marietta. Sie saß regungslos da; ein sonderbarer satter Ausdruck war in ihren Augen, sie saß, wie in einem starren Traum versunken. Als Thora vor ihr stand, hob sie den Kopf mit einem Seufzer, senkte ihn aber sofort wieder und ward glühend rot.

„Marietta!" sagte Thora leise.

„Signorina!" gab sie ebenso leise zurück, ohne das Angesicht zu erheben.

Endlich sah sie empor, mit einem flehenden Blick; da merkte sie, wie verändert Thora aussah. Langsam stand sie auf und beide blickten einander schreckensstarr an. Marietta ward rot und weiß und nestelte an einer Schnur von Glasperlen an ihrem Halse, an der sie ein Muttergottesbild trug. Die Schnur, die zerrissen und eilig wieder zusammengebunden war, ging auf, und das Muttergottesbild und die Perlen rollten auf den Steinboden.

„Wer hat das Halsband zerrissen, Marietta!" fragte Thora. Marietta antwortete nicht.

„Wo warst du heute nacht, Marietta?"

„Signorina, und du?"

Da schollen Schritte: Leopardo stand in der Türe. Marietta schlug ein Kreuz und riß Thora mit sich. Von Grauen gejagt, flohen sie vor ihm durch Zimmer und Gänge; wohin sie eilten, sahen sie nicht, bis sie einer großen schwarzgekleideten Frau mit wirren grauen Haaren und glänzenden Augen fast in die Hände liefen. Sie schien auf Leopardo zu warten, der mit einem: „Guten Morgen, Mama! wie geruht?" herankam. Die alte Frau antwortete mit Flüchen; höflich bat er sie, fortzufahren, und sie nannte ihn die Schande ihres Hauses und die Geißel ihres Lebens; keuchend, mit wutkreischender Stimme rief sie Elend und Krankheit und jedes Unglück hier und das höllische Feuer drüben auf ihm herab. Höhnisch lachend ging er davon. Zitternd standen die Mädchen vor ihr. Sie fluchte ihnen nicht weniger, spie sie an und schlug sie ins Gesicht. Dann nahm sie sie mit sich, und gebrochen von Schrecken und Reue folgten sie ihr hilflos und sträubten sich nicht.

Sie mußten die härteste Arbeit tun, bei Nacht auf dem Stein schlafen und bei Tage stundenlang in der Kapelle, in der die ewigen Kerzen brannten, vor dem Altar beten, bis die Knie schmerzten und sie umsanken. Und schlimmer noch als alle Mißhandlungen waren die marternden Reden der alten Contessa, mit denen sie sie beschimpfte und ihnen ihre Schande und Sünde vorhielt. Dabei redete sie oft unheimlich, wirr und nicht verständlich, und bei Nacht hatte sie schreckliche Träume und Visionen und weckte die Mädchen auf, um ihnen die Teufel und die höllischen Martern zu schildern, die sie gesehen hatte und die ihrer warteten.

Dennoch blieben sie bei ihr und ließen alles mit sich geschehen, bis die Polizei sie holte.

Denn Thoras Eltern waren zurückgekehrt und das Dorf war in Aufruhr: nach allen Richtungen war telegraphiert, und die Gegend durchstreift worden, bis man zuletzt darauf verfiel, auch im Palazzo zu forschen.

„Die Mädchen seien zu ihm gekommen, er habe sie nicht gerufen," sagte Leopardo; und hilflos und elend, wie sie waren, mußten sie es bestätigen. Man konnte ihm nichts anhaben.

Thoras Vater erstattete die Anzeige bei den Gerichten wider ihn, aber die Untersuchung mußte eingestellt werden. Ihre Mutter starb über diesem Unheil; der Vater versank noch mehr in seine Bücher. Sie selbst ward ein kränkliches, frommes, dünnes, altes Fräulein in Dänemark — denn der Vater war mit ihr in die Heimat zurückgekehrt — und lebte einsam und gebrochen dahin.

Marietta wurde von ihrer Mutter verprügelt, die Brüder ließen ihr sagen, sie möchte sich nicht zeigen, wenn sie heimkämen, sonst würde sie ihres Lebens nicht sicher sein. So lief sie zuletzt in den Palazzo zurück.

Sechs Jahre später traf Leopardo Valbruna, der, als er Haus und Grund hatte verkaufen müssen, Agent einer Automobilfabrik geworden war, sie in einem Café in Mailand wieder. Er erkannte sie und trank die halbe Nacht mit ihr; als er dann in ihrer Wohnung im schwerem Schlafe lag, überlegte sie, ob sie ihm ein Messer in die Brust stoßen sollte; aber sie tat es nicht, sondern nahm nur einen Hundertlirenschein aus seiner Brieftasche.

4]

Ich bin das Schwert!

[Nachdr. verb.

Roman von Annemarie v. Nathusius.

Hans Wandlitz wurde aufgefordert, den Abend über zu bleiben, Papa zeigte ihm die Wirtschaft, meine Brüder schleppten ihn durch den Park. In Mamas rotem Salon traf ich ihn allein vor dem Ofen, während die anderen sich noch umzogen.

Ich wollte sofort den Rückzug antreten, aber er kam, meine Absicht erratend, rasch auf mich zu.

„Warum behandeln Sie mich so schlecht, mein gnädiges Fräulein?" fragte er fast traurig. „Ich hoffte, wir würden Freunde werden."

„Wie konnten Sie das hoffen? Wir kannten uns bis heute doch gar nicht?" gab ich erstaunt zurück.

„Aber ich hörte von Ihnen in Damsdorf."

„Hat Frau von Kuhlmann von mir gesprochen?"

„Ja —" Er lächelte mich an. „Sie sagte mir: Das reizendste Mädchen weit und breit wohnt in Falkenhain. Darum bin ich so rasch gekommen."

Diese Unverfrorenheit entrüstete mich: „Ich habe gar keinen Gefallen an Komplimenten und Schmeicheleien, Baron Wandlitz," gab ich ihm scharf zu verstehen. „Das hätte Frau von Kuhlmann Ihnen lieber sagen sollen, denn sie kennt mich gut." Ich ging an ihm vorbei zum Sofaplatze, wo die neuen Zeitungen lagen.

„Ja, sie kennt Sie gut —", war alles, was Hans Wandlitz sagte. Er folgte mir: „Geben Sie mir die Hand, wir müssen Freunde werden."

Sein schönes, dunkles Gesicht war plötzlich dicht über dem meinen, ich atmete den feinen Duft seiner Kleider, eine leichte Schwäche wandelte mich an und — zögernd, als griffe ich nach einer verbotenen Frucht, legte ich meine Hand in die seine.

Mein Herz schlug heiß, ein unbekanntes, seltsames, halb bitteres, halb seliges Gefühl machte mich schwer und müde. Wir sprachen diesen Abend kaum miteinander, doch mir war, als habe ein unabwendbares Schicksal nach mir gegriffen, mich gezeichnet, wie man Sklaven zeichnet, die einem dienen sollen, als dem einzigen Herrn. Ich wehrte mich kaum. Endlose Ritte brachten mir den verlorenen Schlaf nicht wieder, überall hin verfolgten mich die dunklen Blicke dieses Mannes, sein heißer Händedruck. Ich glaubte zu lieben. Denn er erfüllte mich ganz. Wie, wenn er nur mit mir spielte? Das waren grausame Gedanken, die sich in wilden Tränenströmen lösten. Er kam in rascher Folge zweimal. Ich sah in die Luft, wenn ich mit ihm sprach. Allen Stolz nahm ich zusammen, um nichts von meinen Empfindungen zu verraten. Seine Augen, seinen Händedruck wies ich wie Brandfackeln. Wie, wenn er jetzt hinging und meine Cousine Teupitz heiratete? Die letzten langen Septembernächte fanden mich am Fenster wachend. Seit vierzehn Tagen kannte ich Hans Wandlitz und neben ihm existierte nichts mehr für mich auf der Welt.

Es war lange nach Mitternacht. Das ganze Haus schlief, nur ich wachte an meinem stillen Parterrefenster, vor dem das Rosendickicht duftete, betäubend, wie Liebesodem. Da hörte ich leise, leise durch die Nacht auf der Straße einen Hufschlag klingen. Darauf wurde es wieder still. Nur vom Hofe her drang zuweilen das Murren eines gefesselten Bullen herüber, das Stampfen eines träumenden Pferdes, was alles gleichsam die nächtliche Ruhe nur noch vertiefte. Gigantisch standen die Linden und Kastanien gegen den tiefblauen Sternenhimmel, wie unheimlich vermummte Gestalten aus irgend einer Fabelwelt hoben sich die Koniferengruppen aus den weiten Rasenflächen heraus. Ich lehnte die heiße Stirn gegen das Fensterkreuz und als hätten meine sehnenden Gedanken ihn herangezogen, tauchte plötzlich neben mir eine wohlbekannte Gestalt aus dem Dunkel. Ein Strauß kleiner roter Rosen flog in mein Zimmer, eine Hand leuchtete auf, Sporen klirrten, flüsternde Worte, die ich nicht verstand, verstatterten an meinem Ohr.

Wie von Mördern verfolgt, schloß ich rasch, halb ohnmächtig, das große Fenster, zog die Vorhänge zu und brach danach fast in die Knie. Eine Weile noch hörchte ich leidenschaftlich hinaus, aber nichts rührte sich mehr, nur die Uhr auf dem Kamin tickte laut und mein Herz schlug wie ein Hammer dumpf und hart. Gleich einer Kranken wankte ich zu meinem Lager, auf das ich niederfiel. Erst gegen Morgen sank ich in fieberhaften Schlaf. Am nächsten Tage ging ich mit kochendem Blute und irrenden Blicken umher. Nur der eine Gedanke kreiste in mir, unabwendbar wie das böse Gewissen: wird er wiederkommen? Und die Stunden bis zur Nacht schienen mir wie endlose Wüsten, durch die ich widerwillig, todmüde waten mußte.

Ich erkannte mich nicht mehr. Ein reizendes Tier hatte von mir Besitz ergriffen. Was andere Mädchen bereits mit zwölf, vierzehn Jahren erlebten, das hatte man in mir durch Erziehung und besondere Anlagen künstlich zurückgehalten. War doch die Flucht vor dem sinnlichen Leben als Schmutz und Niedrigkeit oberstes Gesetz und Moral. Die Frau mußte die erotischen Funktionen ihres Körpers fortleugnen, sie durfte nichts davon wissen, schon die Erkenntnis dieser Dinge war Sünde. Wie sollte ich damals ahnen, was mir geschah, was mich in Flammen setzte für diesen Mann, der mich meiner Keuschheit überdrüssig machte? Den Erwecker meiner Sinne, ihn hielt ich für den großen Helden meiner großen, allmächtigen Liebe.

Mitternacht kam, ich öffnete das Fenster wie ein Dieb. Nichts war zu hören, kein Hufschlag, kein Schritt. Kalt und fern strahlten die Sterne, das Flüstern der Bäume — bald stark, bald schwach —, drang mir schauerlich ins Herz. Eine Stunde ging hin, ich fühlte mich verlassen, verloren, die Augen schmerzten, die Lippen brannten vor Trockenheit. Könnte ich mich zu Boden werfen und schreien, könnte ich diese Uhr zertrümmern, deren Zeiger so unerbittlich weiter rückte, ach könnte ich meine Gedanken töten, mein glühendes Hirn draußen in der Erde kühlen. Die Reseden atmeten süß und schwer, ihr Hauch verwirrte mich ganz und gar. Ein Geräusch vom Hause zog meine Aufmerksamkeit vom nächtlichen Parke ab. Als ich mein Gesicht dem Fenster wieder zuwandte, stand, ohne daß ich seine Schritte gehört hatte, Hans Wandlitz neben dem Rosenbeete. Mit einem ersticken Schrei wich ich zurück, doch er verhinderte das Schließen des Fensters, indem er rasch vortrat, seinen Arm auf das Sims legte und mir Rosen entgegenhielt.

„Was soll das heißen?" begehrte ich auf mit dem letzten Reste von Stolz.

„Komm," sagte er leise, „komm, wir haben aufeinander gewartet."

Das klang, als ob alles überwunden sei und wir einander nichts mehr zu sagen hätten, nur in die Arme sinken müßten. Doch erst als er versuchte, sich auf das Fensterbrett zu schwingen, kam ich heran.

„Um Gottes willen!" Ich zitterte am ganzen Leibe. „Wenn uns jemand hörte oder sähe." Ich nahm ihm die Rosen ab. Blitzschnell hatte er meine Arme um seinen Nacken gelegt, zog mit seinen Händen mein Gesicht zu sich hin und küßte mich auf den Mund.

Etwas in mir zerriß, etwas suchte ihm zu entfliehen, der letzte Rest mädchenhafter Scheu hemmte sich ihm entgegen, ich rang mit einer dunklen, unbekannten Macht, während ich dem Manne, der mich hielt, Widerstand bot. Verzweifelt wehrte ich mich gegen seine umklammernden Hände und hatte keinen anderen Wunsch, als ihm zu folgen.

„Komm in den Park," bat er wieder und wieder.

Neben meinem Zimmer war der kleine Gartensaal. Pluto wachte dort, wo die Glastür ins Freie führte. Ich schlich mich leise hinaus, streichelte den Hund, schloß auf und war draußen. Sofort nahm uns das Dunkel auf.

Unsagbar schämte ich mich dieser meiner Preisgabe und Niederlage. Aber er übertönte alles mit heißen fremden, wilden Liebkosungen. Fast trug er mich zu der Bank am Teiche: „Kleines, dummes Mädchen," flüsterte er, „Kleines, liebes Mädchen!" Und ich ließ mich küssen, pressen — die Hündin Sinnlichkeit hatte mich in ihrem Banne, ich mußte Sklavin eines Mannes werden, den ich nicht kannte.

Am nächsten Mittag fuhr Hans Wandlitz mit seinem stolzen Viererzug und im Zylinder vor das Falkenhainsche Portal, begehrte meinen Vater zu sprechen und bat ihn um meine Hand.

Eine halbe Stunde darauf saßen wir am Mittagstische, Champagner schäumte in den Schalen und mein Vater ließ das „glückliche Brautpaar" leben.

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Masse.

Die Wechselbeziehungen zwischen dem Theater und der Masse untersucht Dr. Max Adler in dem Juniheft der von Frhrn. v. Grotthuß herausgegebenen Monatsschrift Der Türmer (Verlag von Greiner u. Pfeiffer, Stuttgart).

Die Entwicklung der Theaterkunst unserer Tage widerspricht dem nur scheinbar. Nie freilich ist im Theater die Masse stärker verleugnet worden als von der Schauspielkunst des modernen Dramas. Es galt, so zu spielen, als ob das Publikum überhaupt nicht im Theater vorhanden sei.

Erst Max Reinhardt rehabilitierte die Masse durch seine in allen deutschen Landen erfolgreichen Zirkusinszenierungen, die, eben ihres Erfolges wegen, eine klare Sprache sprechen, wie das Publikum ins Theater zu locken ist. Gerade in unseren Tagen, wo das soziale Drama die Masse nur in individuellen Vertretern auf die Bühne bringt, gibt Max Reinhardt mit seinen Zirkusinszenierungen das Zeugnis der starken Sehnsucht des Theaters nach der Großartigkeit und erschütternden Wucht der szenischen Massen-Rhythmik, und er erweist dadurch, daß der Ursprung der Theaterkunst auch ihr ewiger Zweck ist, trotz Kammerspielen und ähnlicher, aus Intime gerichteter Bühnenwirkungen.

Die Masse in einzelnen Köpfen, in Vertretern der Stände und Berufe, in ihren mannigfaltigen individuellen Abstufungen nach Ueberzeugungen, kurz die Masse als Individuum zu schildern, das blieb mit der Entdeckung der Individualität der modernen Zeit vorbehalten, insbesondere dem Drama, das auf germanischem Boden erstand, wo Einzelwille und Massenwille sich scharf sonderten, sich Individuum und Masse als Gegensätze herausbildeten. Uninteressant bleibt die Masse in den hierarchischen Volksfestspielen des Mittelalters, sowie auf dem Theater der romanischen Völker. Im spanischen Drama ist sie Bühnenfüllsel, Dekoration; in der höfischen „klassischen Tragödie" spielt das Volk keine Rolle. Eine Art Ersatz für die fehlende Masse auf der Bühne war das Publikum, das auf der Szene saß, bis es Voltaire hinunterwies. Shakespeare und Schiller aber schaffen die großen, unübertroffenen Vorbilder der Massentechnik.

Im Drama Shakespeares nehmen Volksszenen einen äußerst breiten Raum ein. Shakespeare kann sich historische Vorgänge und Persönlichkeiten gar nicht ohne die an ihnen teilnehmende, sie umgehende Volksmenge denken. Als praktischer Theatermann unterhielt er die „Gründlinge im Parterre" mit einem dekorativen, stimmungmachenden, belustigenden Massenaufgebot, ganz wie es Stoff und szenische Dynamik erforderten. In zwei Dramen, Julius Cäsar und Coriolan, gab er sein künstlerisches Massenszenen-Bekenntnis. Dies Volk ist hier nicht bloßes Szenenfüllsel, sondern ein wichtiges Glied der Handlung, es wird darum mit der künstlerischen Meisterschaft behandelt, die Shakespeare auszeichnet. Sorgfältig wird die Masse in Temperamente unterschieden, mit psychologischem Feingefühl geschieht die Auflösung der Massenempfindung in Dialog und dramatische Bewegung; vor der Massenseele indessen hat Shakespeare als echter Renaissancemensch nicht die geringste Hochachtung. Die Masse hat kein selbständiges Leben, sie dient nur als Folie der handelnden, heldenhaften Persönlichkeit. Wie erbärmlich zeigt sich das Volk in der Forumszene des Antonius, wie höhnt es Shakespeare mit seinem Coriolan! Wenn Shakespeare die Masse charakterisiert, so zeichnet er Pöbel, voller niedriger Instinkte; Dummheit, Wandelmütigkeit, Roheit. Daß der Sohn des Volkes, den Talent und Glück umporgehoben hatte, solche Anschauung vom Volke hatte, ist bezeichnend für den sozialen Geist der Renaissance. Nicht viel anders zeichnet Goethe, der Massenverächter gleich Shakespeare, besten hohes Vorbild vor Augen, die Masse im Egmont. Doch er, der große Versöhnliche, ist ungleich liebevoller in der Zeichnung, ihm wird das Volk beinahe zum Selbstzweck. Etwas stark Vormärzliches eignet ja seinen Bürgern in politischen Angelegenheiten, aber wenn sie ihre Feste feiern können, dann stehen sie da, wie Egmont von ihnen rühmt: „Männer, wert, Gottes Boden zu betreten, ein jeder rund für sich ein kleiner König, fest, rührig, fähig, treu." Immerhin ist die Zwiespältigkeit, wie Goethe das Volk zeigt, keck und prächtig im täglichen Leben und beim Fest, duckmäuserisch und hilflos, wankelmütig und lächerlich in öffentlichen Angelegenheiten, ebenso charakteristisch für ihn, den Aristokraten, wie für den Anteil des sozialen Lebens an Drama und Theater. Vielleicht hätte es der französischen Revolution gar nicht erst bedurft, um die Wandlung, die sich im Innern der Masse seit dem Elisabethischen Zeitalter vorbereitet hatte, klar zutage treten zu lassen. Schiller, der Ehrenbürger der französischen Revolution, von der er sich in der Glocke offenkundig abwandte, . . . Schiller zeigte diese Wandlung schon in den Räubern.

Gleich Shakespeare ist Schiller der Dramatiker der Masse, aber während jener in ihr nur das Animalische des Pöbels erblicken kann, schreitet Schiller, der Sozial-Ethiker, dazu fort, im Tell das Volk als ethische Persönlichkeit auf die Bühne zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140623-10/fragment/page=0009

stellen, recht im Gegensatz zu dem zügellos-unedlen Verfahren der zeitgenössischen französischen Nation. So schuf er das klassische Massendrama der modernen Zeit, das Shakespeares artistische Errungenschaften weise nutzend, die dramatische Massentechnik des 19. Jahrhunderts bis Gerhart Hauptmanns Webern durch seine imposante Wucht völlig in seinen Bann gezogen hat. Die Massentechnik war ein ausgebildetes Instrument, auf dem Grabbe impost-phantastischer, Kleist dämonischer, Hebbel im Gemälde-Stil, Hauptmann subtiler und realistischer spielten, dessen artistische und geistige Wucht jedoch kaum geändert wurde.

Die deklamatorische Monumentalität des antiken Chors . . ., die schillernde Folie, die bei Shakespeare der Pöbel zur Handlung abgibt . . ., die sittlich-dynamische Wucht, mit der bei Schiller das Volk als Held von der Bühne Besitz ergreift . . ., das sind die drei großen dichterischen Formulierungen des Problems, das die Masse auf der Bühne darstellt. In farbigster Mannigfaltigkeit sind sie dichterisch gestaltet, und es scheint, daß in ihnen alle Möglichkeiten des dichterisch-dramaturgischen Problems gegeben sind. Phantastischer konnte Kleist sein, ungeheurer Grabbe, feiner konnte Hauptmann zeichnen, einen neuen Gehalt für die dichterische Massenszene konnte selbst der Sozialismus nicht hervorbringen. Es blieb nun aber der Bühne übrig, endlich einmal die großen Aufgaben der Dramatiker kongenial zu lösen, doch haben die glänzenden deutschen Massenregisseure des 19. Jahrhunderts, Immermann in Düsseldorf, der Meininger Herzog und Cronegk ihre Verpflichtung nur zum Teil erfüllen können, und innerhalb des Bühnenbetriebes sind sie zwar leuchtende, aber unerreichbare Muster geblieben. — —

Nicht nur als Zuschauer in der erweiterten vierten Wand des Theaters sitzend, auch nicht nur als in die Handlung einbezogener realer Faktor, der Bühne selber ist die Masse mit dem Theater unlöslich verbunden. Sie ist es stärker und vor allem tiefer durch den diktatorischen Willen, mit dem sie dem Theater als ihrem Erzeugnis befiehlt, befiehlt durch die Stimme des Blutes. Das Theater ist vom Blute der Masse durchpulst. Es ist eine öffentliche Angelegenheit, und nur was der ganzen Menschheit zugeteilt ist, will die Masse auf ihm verhandelt sehen, will jeder, wenn er sich als Bestandteil der Masse fühlt, auf ihm verhandelt sehen. Ist nicht zum guten Teil unser Theater gerade deshalb in eine Krise geraten, weil der lebendige Kontakt zwischen dem Erzeuger und dem Erzeugnis verloren zu gehen droht?

Kleines Feuilleton.

Johanniskronen.

Johanniskronen nannte man die Kränze, mit denen man sich früher am Johannistage schmückte, und die man beim Tanz um das lodernde Feuer den Flammen preisgab. „Es geh' hinweg und werd' verbrannt mit diesem Kraut all mein Unglück!" rief man den Gewinden nach, wenn sie ins Feuer flogen, und glaubte fest, daß dieses mit den „Johanniskronen" zugleich auch alle Leiden vernichtete, die deren Trägern für das kommende Jahr vom Schicksal eigentlich zugedacht waren. Freilich mußten die Kränze, wenn sie zauberkräftig sein sollten, aus ganz bestimmtem Material gewunden werden, aus den sogenannten „Johanniskräutern". Zu ihnen zählte man im Volke außer dem durchlöcherten Johanniskraut oder Hypericum perforatum und dem Donarkraut oder Sedum telephium noch eine Reihe anderer Pflanzen, wie z. B. das Eisenkraut, den Wärlapp, das Sempervivum und vor allem den Beifuß. Der letztere galt bekanntlich von jeher als ein Mittel gegen Ermüdung beim Wandern. Johannes der Täufer soll deshalb ein Beifußgewind als Gürtel getragen haben, und zur Erinnerung daran legte man ebenfalls Beifußgürtel um, die man den Flammen des Johannisfeuers gleich den „Kronen" überantwortete. Der Beifuß aber erhielt deshalb mancherorts auch den Namen „Johannisgürtel" oder „Sonnenwendgürtel". Am 24. Juni pflegte man auch getrocknete Wurzeln der Pflanze zu zerstoßen, um das Pulver als Heilmittel gegen das „Johannisübel" — ein alter Name für die Epilepsie — zu gebrauchen. Für wirksamer noch als Beifuß aber galt wohl das „durchlöcherte Johanniskraut", auch „Herrgotts Wundkraut" genannt. Helle Deldrüsen lassen die Blätter dieses Johanniskrautes gleichsam durchlöchert erscheinen, und der Sage nach hat sie der Teufel selbst durchbohrt — aus Ärger darüber, daß seine bösen Anschläge auf die Gesundheit der Menschen durch den heilkräftigen roten Saft, den man aus den Blumenblättern des Hypericum perforatum herauspressen kann, vereitelt werden. Da dieser Saft, das sogenannte „Johannisblut", auch die Kraft besitzt, den Herrn der Hölle selbst zu bannen, so heißt die Pflanze auch „Jageteufel" oder „Teufelsflucht". Neuerdings wird sie am Johannisfest auch zu Ehe- und Liebesorakeln benutzt. In der Johannisnacht pflücken die Mädchen die Blume und werfen sie aufs Geradewohl in ein Gefäß mit Wasser. Blüht sie hier weiter, so wird der Trauring noch im selben Jahr am Finger blinken, verwelkt sie aber, dann heißt es warten. Etwas Ähnliches tun auch die Dorfschönen in England und Irland. Am Vorabend des Johannistages pflanzen sie sich Abkömmer der Orpine Plant, des Wunderkrautes, in Blumentöpfe und nennen diese nun „Midsummer Men" — „Mittsommermännchen". Für verliebte Mädchen bilden diese grünen „Johannismännchen" eine Quelle ständiger Spannungen und Beunruhigungen. Die Blätter der Pflanze sind nämlich sehr empfindlich gegen äußere Einflüsse und wechseln ihre Stellung öfters. Aus der verschiedenen Stellung der Blätter, die sich der Pflegerin bald zukehren, bald von ihr abwenden, glaubt sie auf die Treue oder Untreue ihres Geliebten schließen zu können. . . . Nicht fehlen in einer wirksamen Johanniskrone durfte ferner das Donarkraut, Sedum Telephium. Man hängt es auch an den Häusern auf, um sie vor Blitzschlag zu bewahren. Doch kann es seine Zauberkraft nur dann entfalten, wenn man es am 24. Juni mittags zwischen 11 und 12 Uhr bricht. Hoch in der Wertschätzung stand auch das schon erwähnte Eisenkraut, die Verbena; diese alte Kultpflanze, von den Aegyptern als „Träne der Fis" bezeichnet, ist eine „Friedenspflanze". Plinius erzählt, daß Gesandte, die den Friedensschluß erwirken wollten, mit einem Kranz von Eisenkraut auf dem Haupte zum Feinde zogen. Auch bei germanischen Friedensfeiern soll sie eine Rolle gespielt haben. Sie ist also gewissermaßen ein Sinnbild der Versöhnung, und dies suchte man daraus zu erklären, daß ihr heilkräftiger Saft die Wunden schloß; also wieder verband, was zerrissen war. Aus einem anderen „Johanniskraut", dem Wärlapp, machte man Gürtel wie aus dem Beifuß. Und wie dieser deshalb den Namen „Johannisgürtel" führt, so erhielt auch der Wärlapp die Bezeichnung „Gürtelkraut" oder — wie z. B. in Ulm — den fast gleichlautenden Namen „Sankt Johannisgürtel".

Schutz- und Trutzbündnis zwischen Ameisen und Akazien.

Ueber ein eigenartiges Abkommen berichtet der bekannte Ameisenforscher Prof. Dr. K. Escherich in den eben erschienenen Lieferungen 50 bis 55 des naturwissenschaftlichen Prachtwerkes Die Wunder der Natur (Deutsches Verlagshaus Bong u. Ko., Berlin W. 57, 65 Lieferungen zu je 60 Pf.). Es handelt sich hierbei um gewisse Akazien Südamerikas und Afrikas, die durch ihre stark vergrößerten Dornen besonders auffallen, die sogenannten Büffelhorn- oder Flötenakazien. Wenn der Wind über die Steppe dahinzieht, ertönen von diesen trockenen, hohlen, mit Löchern versehenen Kugeln (Gallen) eigentümliche, wenn auch schwache, sausende, an das Rauschen der Segel erinnernde Klänge, aber wie mit der Stärke des Windes zunehmende und verhallende Aeolstöne, was zu dem Namen Flötenakazien den Anlaß gegeben hat. Berührt man diese Gallen, so stürzen sofort in nervösem Eifer zahlreiche Ameisen heraus. Mit gerade nach oben gehobenem, immer hin und her wackelndem Leib, dessen Spitze ein Tröpfchen übelriechender, milchigweißer Flüssigkeit entquillt, verbreiten sie sich auf die Blätter und Zweige. Es ist zweifellos, daß hier ein Fall von einem Schutz- und Trutzbündnis vorliegt, aus dem beide Teile Nutzen ziehen. Die Ameisen finden in den harten und hohlen Gallen den besten Schutz und die bequemsten Wohnungen. Andererseits haben die auf der Steppe zerstreuten Akazien durch diese Armee von kampflustigen überiedenden Ameisen, die sich beständig auf ihnen befinden und bei der geringsten Berührung der Pflanzen massenweise aus den Gallen herausstürmen, den besten Schutz gegen Angriffe nicht nur von Tieren, sondern auch gegen blattfressende Insekten. Bei der amerikanischen Büffelhornakazie richtet sich der Schutz hauptsächlich gegen die schlimmen Blattschneider-Ameisen, die eine besondere Vorliebe für die Akazienblätter zu haben scheinen. Die Kenntnis dieser nutzbringenden Tätigkeit gewisser Ameisen ist übrigens eine sehr alte und auch schon mehrfach praktisch verwertet. So haben die Chinesen bereits im 12. Jahrhundert räuberische, karnivore Ameisenarten gesammelt und gezüchtet, um mit ihrer Hilfe die Orangen- und Mandarinenbäume raupenfrei zu halten. Auch die Javaner benutzten Ameisen, um die Früchte der Mangobäume vor den Angriffen eines Rüsselkäfers zu schützen. Die genannten reichillustrierten Lieferungen des Werkes enthalten außerdem Aufsätze von Prof. Dr. R. Hesse über den Papier Nautilus, von Dr. F. Marshall über Verborgene Wunder des Schmetterlingskörpers, von Sir Harry Johnston über Fasanvögel, von Prof. Dr. P. Schwahn über Unterirdische Flüsse uff.

Was 1913 auf den Dampfern des Norddeutschen Lloyd verzehrt wurde.

Von dem gewaltige Umfange der an Bord der Ozeandampfer erforderlichen Proviantmengen mögen folgende Zahlen ein anschauliches Bild geben: der Anschaffungswert der vom Norddeutschen Lloyd in Bremen im Jahre 1913 verbrauchten Proviantartikel betrug rund 26 Millionen Mark gegen 20½ Mill. Mark im Vorjahre. Hiervon entfallen auf Fleischwaren 8 445 000 Mark, Fische 2 951 000 Mk., Geflügel u. Wild 2 124 000 Mk., Konserven 1 253 000 Mk., frisches Gemüse 652 000 Mk., Getränke 1 123 000 Mk., Zigarren, Tabak und Zigaretten 351 000 Mk., sonige Proviantartikel 8 941 000 Mk., Kantinenumsatz 236 000 Mark. Im einzelnen wurden u. a. verbraucht (in Pfunden): frisches Rindfleisch 6 608 123, Schweinefleisch 869 820, Kalbfleisch 870 915, frische Fische 1 044 686, Enten 249 274, Hühner 143 008, Gänse 161 828, Hasen 2671 (Stück), Erbsen 289 632, Bohnen 364 490, Makkaroni 448 137, Roggenmehl 719 700, Weizenmehl 7 437 400, Kartoffeln 20 944 680 (außerdem Stärkekartoffeln 19 333), Eier 7 801 604 Stück, Apfelsinen 2 925 287 Stück, Aepfel und Birnen 989,180 Stück; in Flaschen: Champagner 36 661, Rotwein 56 566, Rhein- und Moselweine 110,950, Lagerbiere 291 968 (2 214 641 Liter in Fässern), Mineralwasser 428 914. — Der Gesamtverbrauch an Kohlen auf den Dampfern des Norddeutschen Lloyd belief sich im Jahre 1913 auf 1 796 013 Tonnen im Werte von 31 075 472 Mk. gegen 1 743 016 Tonnen im Werte von 30 325 481 Mk. im Vorjahre!

Humor und Satire.

„Zum Gedächtnis." Der Tierschutzverein einer deutschen Stadt im Osten hatte die Freifrau von Schnabelwitz, eine wirdige, bejahrte Dame, bei ihrem Wegzug ob ihrer Verdienste zum Ehrenmitglied ernannt. Es wurde ein schönes Diplom ausgefertigt und eingerahmt überreicht, dessen Schlußsatz als besonders sinnige Ehrung verkündete: „Der Verein hat beschlossen, zum Gedächtnis der Scheidenden jedes Jahr ein altersschwaches Pferd zum Schlachten aufzukaufen."

(Simpl.)

Gebirgstour. Erster Tourist: Famos geschlafen, von Ungeziefer habe ich nichts gemerkt!

Der zweite: Ich auch nicht!

Der dritte (seufzend): Na, da muß bei mir im Bett wohl Generalversammlung gewesen sein! (Lust. Blätt.)

Wirtschaftiche Rundschau.

Politischer Schacher in Millionen.

Die Hochfinanz hat alle Hände voll zu tun, fast jeder Tag bringt neue große Finanzoperationen.

In Frankreich hat man die Geschäfte mit der Türkei und Griechenland unter Dach und Fach gebracht. Es schweben noch manch andere Dinge, vor allem wohl ein großer Pump Rußlands. Der russische Finanzminister versichert unentwegt, daß die russischen Finanzen glänzend stehen und das ist ein sicheres Zeichen, daß er Anleihen braucht. Auch die Bagdadanleihe dürfte bald fällig werden. Vorläufig aber ist man in Paris mit häuslichen Angelegenheiten beschäftigt: die große französische Anleihe wird vorbereitet. Denn wie immer die bennende Frage der Einkommensteuer gelöst wird, vorerst müssen die Ausgaben, die die dreijährige Dienstzeit verursacht, durch eine Anleihe gedeckt werden. Die neue Regierung Viviani läßt über ihre finanziellen Pläne folgendes verlauten: man wird das runde Stümmchen von zwei Milliarden Frank brauchen; allerdings nicht auf einen Hieb, sondern in Raten; vorläufig handelt es sich um 800 Millionen Frank, die im Juli aufgenommen werden sollen. Die Verzinsung soll 3½ Prozent betragen, als Emissionskurs sind 91 Prozent vorgesehen und die Anleihe soll in 25 Jahren getilgt werden. Die Tilgung erfolgt selbstverständlich zu pari, d. h. 100 für 100. Für die Kapitalisten bedeutet das einen glatten Gewinn von 9 Prozent: sie kaufen die Papiere zu 91 für 100 und erhalten nach 25 Jahren 100 für 100. Somit betragen die Zinsen pro Jahr nicht 3½, sondern ganz erheblich mehr. Erstens erhält man 3½ Prozent auf den Nominalwert des Papieres, während man nur 91 für 100 dieses Nominalwertes bezahlt, das ergibt eine Verzinsung von rund 3,84 Prozent. Da in 25 Jahren ein Gewinn von 9 Prozent durch die Tilgung zum Nennwert entsteht, so sind das abermals neun Fünfundzwanzigstel gleich 0,36 Prozent pro Jahr. Zusammen also eine Verzinsung von 4,20 Prozent. Das Geschäft ist dabei ziemlich sicher, denn die einzige Bedingung ist, daß Anno 1939 Frankreich noch als zahlungsfähiger kapitalistischer Staat besteht und darauf lassen die Herren Kapitalisten es gern ankommen.

Daß die Regierung derart hohe Zinsen bewilligen muß, beweist, daß auch für das reiche Frankreich die Zeit des niedrigen Zinsfußes vorbei ist. Kein Wunder! Den Kapitalisten geht es gut in unserer Zeit. Die Preise werden künstlich in die Höhe geschraubt, wobei der Staat durch seine Handelspolitik eifrig hilft, die Arbeitslöhne werden herabgedrückt, wobei der Staat abermals hilft. Das Resultat sind hohe Profite und daher begnügen sich die Kapitalisten, wenn sie dem Staate leihen sollen, nicht mit dem früheren Zinsfuß. — Ein feines Geschäft das. Der Staat wirft die Milliarden hinaus im Interesse der Bourgeoisie; ein großer Teil dieser Milliarden fließt zurück in die Taschen der Kapitalisten in Form von fetten Profiten bei den Staatslieferungen (siehe Rüstungsindustrie); das Kapital, das die Kapitalisten dem Staat vorstrecken für diese Zwecke, wirft hohen Zins ab. Herz, was willst du mehr. Wer zahltes? Nun, die arbeitenden Massen! Die Frage ist nur, wie lange sie es sich gefallen lassen. Die Herren von der Hochfinanz meinen, es wird noch lange dauern . . .

Weil man also in Paris ein so nettes Geschäft vor sich hat, ist für andere Regierungen dort momentan kein Geld zu haben. Zufällig brauchte aber die zarische Regierung eine kleine Anleihe. Lumpige 50 Millionen Rubel. Man wollte sich einem Fiasko in Paris nicht aussetzen, deshalb machte man eine „Eisenbahnanleihe". Das ist so Brauch: man nimmt Anleihen auf, die angeblich für den Bau von Eisenbahnen, also für produktive Zwecke bestimmt sind, verwendet aber das Geld ganz gemütlich für allgemeine Staatszwecke. In der Regel werden solche Anleihen in Deutschland untergebracht, denn hier kümmert sich das Börsenpublikum am wenigsten um Politik und das Haus Mendelssohn sorgt für die Plazierung. Diesmal wollte aber die russische Regierung offenbar den Eindruck vermeiden, daß sie auf den deutschen Geldmarkt angewiesen sei und wandte sich nach London. Dort fanden sich auch Bankiers, die bereit waren, das Geschäft zu machen. Aber es gibt in England eine einflußreiche unabhängige Fachpresse; diese deckte den Schwindel mit den „Eisenbahnanleihen" rücksichtslos auf und nahm bei Gelegenheit auch die gesamte Finanzwirtschaft Rußlands unter die Lupe, wobei sie sich nicht gerade schmeichelhaft aussprach. Das Resultat war, daß die Bankiers, die die Papiere übernommen hatten, nur ein Viertel der Gesamtsumme an das Publikum absetzen konnten; mit drei Vierteln bleiben sie sitzen und müssen abwarten, bis sie die Papierchen allmählich in Deutschland und Frankreich absetzen können.

In Berlin ist ein kleines Geschäftchen in aller Stille abgewickelt worden: eine Anleihe in Höhe von 65 Millionen Mark für die „Schutzgebiete". Die Bedingungen sind: für Kapital und Zinsen haften die Kolonien in Afrika als Gesamtschuldner und — das Reich als Bürge; Verzinsung 4 Prozent; von Tilgung ist, wie in Deutschland üblich, keine Rede, Zeichnungskurs 96,40 Prozent. Die wirkliche Verzinsung beträgt also fast 4,15 Prozent. — Mit diesen deutschen Kolonialanleihen hat es eine besondere Bewandtnis. Bis 1908 gab es solche Anleihen nicht, sondern es wurden die durch Anleihen zu bestreitenden Ausgaben in den Etat des Reiches eingestellt und die Anleihen waren dann einfach Reichsschulden. Nach der Hottentottenwahl von 1907 hat dann Herr Dernburg, der ehemalige Direktor der Darmstädter Bank, die durch ihr Transvaalgeschäft bekannt ist, seine Kunste spielen lassen und besondere Kolonial-Anleihen eingeführt. Seit 1908 sind dann von Jahr zu Jahr ein paar Dutzend Millionen auf diese Weise flüssig gemacht worden. Ende 1913 hatten sich 181 916 770 Mark angehäuft, mit der neuen Anleihe von 65 Millionen sind es also rund 247 Millionen. Da die gesamten deutschen Kolonien so viel wert sind, kann bezweifelt werden. Aber für die Gläubiger ist das ziemlich gleichgültig. Wenn sie der Kolonialverwaltung allein Geld geben sollten, würden sie sich wohl hüten, den Beutel aufzumachen, aber für Kapital und Zinsen bürgt eben das Deutsche Reich. In Wirklichkeit handelt es sich also um Reichsanleihen und wenn man von den Schulden des Reiches spricht, darf man diese Viertel Milliarde ja nicht vergessen. — Da die Verzinsung reichlich ist, so ist die Anleihe wohl untergebracht worden. Es wird berichtet, daß sie am 16. Juni „überzeichnet" wurde, d. h. daß mehr als 65 Millionen vom Publikum angeboten wurden.

Zerschlagen hat sich vorläufig eine andere Transaktion: Bulgarien will einen Pump von 500 Millionen Frank aufnehmen, wovon jetzt 250 Millionen begeben werden sollen, und zwar soll Deutschland damit beglückt werden. — Die Verhandlungen wurden vor einigen Wochen begonnen und es erschienen prompt in der Börsenpresse spaltenlange Artikel über die finanziellen Verhältnisse Bulgariens, die sehr optimistisch verfaßt waren. Man erfuhr daraus, daß es den Bulgaren recht gut gehe, daß der Krieg ihnen wenig materiellen Schaden gebracht habe, kurz, daß sie durchaus kreditwürdig sind. In Wirklichkeit stehen die Dinge anders. Bulgarien ist bis heute reines Agrarland und solche Länder werden durch einen Krieg, bei dem der Feind nicht ins Innere eindringt, allerdings nicht ruiniert. Aber es ist gar keine Frage, daß die Bauernbevölkerung infolge des Krieges um vieles ärmer geworden ist, als sie vor dem Kriege war und diese Schäden sind sicher noch nicht überwunden. Die sozialdemokratische Presse Bulgariens berichtet denn auch, daß in den Städten die Lage der Handwerker und Krämer trostlos sei, daß die Arbeitslosigkeit andauert, weil die Kaufkraft der Bauernschaft erschöpft ist. Daß angesichts dessen auch die finanzielle Lage des Staates nicht günstig sein kann, liegt auf der Hand. Eine Kriegsentschädigung von der Türkei war nicht zu erlangen, die Kriegskosten sind also nicht gedeckt, während die Staatseinnahmen spärlich fließen, denn wo der Bauer nichts hat, hat auch der bulgarische Zar kein Recht verloren. Während des Krieges und nach Friedensschluß hat die Regierung kurzfristige Anleihen aufgenommen, die jetzt zurückgezahlt werden müssen. Es sind das, soweit bekannt, 125 Millionen Frank, die man französischen und russischen Banken schuldet, 30 Millionen an österreichische Banken, 140 Millionen an die bulgarische Nationalbank, außerdem sind für „Requisitionsscheine" 150 Millionen zu zahlen, d. h. es sind die Scheine einzulösen, die die Regierung statt baren Geldes den Armeelieferanten während des Krieges ausstellt. Das sind also 445 Millionen Schulden. Die Anleihe soll jetzt nominell 250 Millionen betragen, da sie aber zu niedrigem Kurse begeben werden muß, so erhält die Regierung entsprechend weniger, vielleicht 225 Millionen, vielleicht noch weniger. Es würden also nur die drückendsten Schulden bezahlt werden können, von verfügbaren Geldern für neue Aufträge kann keine Rede sein.

Schließlich verlautet dann, die Diskontogesellschaft, die die Verhandlungen führt, mache zur Bedingung, daß die Anleihe durch die Einnahmen aus einem Tabakverkaufsmonopol Bulgariens sicher zu stellen sei. Die deutsche Presse hob hervor, dieses Monopol würde „der deutschen Zigarettenindustrie Unabhängigkeit bei ihren Rohstoffbezügen verbürgen". Das ist recht interessant. Die bulgarischen und besonders die neu unter bulgarische Herrschaft gestellten mazedonischen Bauern bauen in der Tat guten Zigarettentabak an. Ein Verkaufsmonopol würde bedeuten, daß sie ihr Produkt an die Regierung verkaufen müssen, die es dann im Auslande verkauft. Nun munkelt man in Deutschland schon lange von einem Reichs-Zigarettenmonopol. Dann würde sich ergeben, daß die bulgarische Regierung als Schuldner den Tabak nach Deutschland an die Monopolverwaltung zu liefern hätte. Eine recht nette Perspektive. Die Diskontogesellschaft würde dabei wohl den Vermittler spielen, was auch ein schönes Geschäft ist.

Der Plan hat sich indessen vorläufig zerschlagen. Die bulgarische Regierung will nicht, oder vielmehr, sie kann nicht. Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß die Tabakbauern nicht mehr die willenlosen Heloten sind, mit denen man machen kann, was man will.

Jetzt haben sich die Aussichten der bulgarischen Regierung plötzlich stark gebessert. Der Zarenbesuch in Bukarest hat gezeigt, daß die feinen österreichischen Kombinationen auf Sand gebaut sind: Rumänien, das Hätschelkind des Dreibundes, dreht den Wiener Herren eine Nase. Um so notwendiger ist es also, mit Bulgarien sich gut zu stellen, es mit goldenen Ketten an den Dreibund zu fesseln. Es ist also wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung sich ins Zeug legen wird, damit die Berliner Bank Entgegenkommen zeige und Bulgarien nicht genötigt ist, sich doch noch an Frankreich zu wenden. Wie die Gläubiger dabei fahren werden, ist unsicher, denn ob die bulgarische Regierung zahlungsfähig bleibt, ist nicht so ganz außer Zweifel. Politische Geschäfte sind oft faule Geschäfte.

J. Karski.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140623-10/fragment/page=0010